

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis für den Abonnenten des Monatsheftes 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelhe Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für halbtägige und gewöhnliche Vereins- und Berichtsinsertionen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das selbige Blatt 20 Pf., (täglich 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Streifenzeile und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Kultur und Klassenkampf.

Wenn der blöde Philister vom Klassenkampf hört, so sträuben sich ihm die Haare und eine Gänsehaut jagt über seine Kehle. Er sieht im Geiste wilde Mordgesellen und entmenschte Weiber, die im wilden Handgemenge aneinandergeraten und ihre vereinte Robheit gegen ihn, gegen Religion, Ordnung und Sittlichkeit, gegen Kunst und Wissenschaft und schließlich auch gegen das Palladium des sittlichen Staates, gegen das Eigentum, kehren.

Du schaust den Geist, den du begreifst, nicht mich! So darf der Geist des proletarischen Klassenkampfes auf die schreckhaften Phantasienvorstellungen des geängsteten Pfahlbürger antworten.

Der Klassenkampf ist nicht ein zügelloses Dreinschlagen roher Soldnerheere, er bedeutet nicht eine wilde Entfesselung bestialischer Instinkte im Menschen, sondern er ist die Zusammenfassung der stärksten und wertvollsten Kräfte unserer Zeit zur Erkämpfung der höheren und humaneren Kultur einer kommenden Zeit. Im proletarischen Klassenkampf der Gegenwart vollzieht sich wieder einmal das uralte, gewaltige Ringen der Menschheit um eine höhere Stufe der menschlichen Existenz. Aber noch niemals zuvor ist dieses Ringen mit solcher qualitativen und quantitativen Stärke geführt worden wie heute im Befreiungskampfe des Proletariats. Niemals zuvor haben solche unübersehbaren Millionenheere im Felde gestanden, nie zuvor haben die Vorkämpfer der neuen Zeit die große, geschichtliche Bedeutung ihres Kampfes so klar erkannt und so bewußt gefördert wie die Klassenbewußten Arbeiter von heute.

Aber weil die Arbeiter ihren Kampf als die Erfüllung einer weltgeschichtlichen Aufgabe voller Ueberzeugung führen, so wirkt er zugleich auf sie selber, auf jeden einzelnen von ihnen erhebend und veredelnd zurück. Sie fühlen die Verantwortung, die sie vor den kommenden Geschlechtern tragen, und diese Verantwortung, diese freiwillige Erfüllung einer ersten Kulturpflicht weckt in ihnen die stärksten seelischen Antriebe, belebt in ihnen die intellektuellen Kräfte und schärft ihnen den Blick und das Gewissen für die höchsten und reinsten Ideale der Menschheit.

Was wäre die Arbeiterklasse seelisch und geistig ohne den Klassenkampf! Eine amorphe, eine tote, schwerfällige Masse, ein Gauke verächtlicher und demütiger Sklaven.

Der Klassenkampf hat die Arbeiter zum Selbstbewußtsein, soweit der einzelne in Betracht kommt, zum Klassenbewußtsein, soweit es sich um sie als Gesamtheit handelt, emporgehoben. Nicht bürgerliches Wohlwollen, nicht väterliche Fürsorge des kapitalistischen Staates hat dem Arbeiter die Augen geöffnet für die befreiende Bedeutung des Wissens, für die veredelnde Wirkung der Schönheit und Kunst, für die erhebenden Reize der Natur. Ginge es nach der herrschenden Klasse und ihrer staatlichen Organisation, so tappten die Arbeiter blind und gefühllos an dem goldenen Ueberflusse der Welt vorbei. Der geschwähnte Klassenkampf, die unermüdete Organisations- und Agitationsarbeit des Proletariats, Partei und Gewerkschaften, sie sind es, die den Arbeiter aus dem entmutigenden, hoffnungslosen Zustande der Unterwerfung unter „ewige“ und „unerforschliche“ Mächte herausgehoben und auf das feste Fundament des hoffnungsvollen Kampfes gegen vergänglich und in ihrem Eigennutz und Klasseninteresse sehr wohl zu entwerfende gesellschaftliche Kräfte gestellt hat.

Aufklärung und Bildung, das sind die Mittel, durch die die moderne Arbeiterbewegung von Anbeginn an auf die Arbeiter eingewirkt hat, um sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und ihrer gesellschaftlichen Stellung zu bringen.

Nicht eine leichte Aufklärung über tausend gleichgültige Dinge, nicht eine oberflächliche Bildung zum Ruhm und frommen des einzelnen an und für sich, sondern Aufklärung und Bildung, die Licht in das Dunkel der sozialen Verhältnisse bringen, die den einzelnen seine Aufgabe als Mitglied des Ganzen, als Angehöriger seiner Klasse erkennen und erfüllen lehren.

Solche Arbeiterbildung setzt sich enge Grenzen, sie muß sie sich setzen, wenn sie nicht zum planlosen Umherirren auf dem weiten Ozean des Wissens werden soll.

Aber diese Grenzen setzt sie sich selber, sie läßt sie sich nicht vorschreiben von der herrschenden Klasse. Nicht eine stumpferhafte Erweiterung der ungenügenden Volksschulbildung ist das Ziel unserer Arbeiterbildung. Die Hebung der Elementarbildung ist Sache der bürgerlichen Gesellschaft, und wir zwingen sie dazu durch unseren Einfluß in Reich, Staat und Gemeinde. Noch weniger kann eine hilflose und ärmliche Nachahmung der höheren Schule unser Ziel sein; es fehlen dafür alle Voraussetzungen. Auch die Pflege der Berufs- und Fachbildung können wir uns nicht zum Ziel setzen. Dafür

reichen unsere Mittel nicht, und wir haben als kämpfende Arbeiter auch kein Interesse daran; dem bürgerlichen Staate liegt diese Pflicht ob.

Als ein Produkt des Klassenkampfes ist unsere Arbeiterbildung entstanden, der Klassenkampf bestimmt auch ihr Ziel und ihre Grenzen. Alles, was dem Klassenkampfe nicht, ist wert, von der Arbeiterbildung erfährt zu werden; was im Klassenkampfe gleichgültig ist oder ihn gar schädigt, lehnen wir als Gegenstand unserer Arbeiterbildung ab.

Das bedeutet eine Beschränkung. Aber aus dieser Beschränkung erwächst doch zugleich eine große Kraft im Hinblick auf das erstrebte Ziel, und keineswegs bedeutet diese Beschränkung eine engherzige, kleingeistige und kurzfristige Abschließung des Menschen gegen seine Umwelt und gegen die tausendfachen Anregungen des gesellschaftlichen Lebens und der Kultur.

Wenn der Klassenkampf die große Konzentration aller vorwärtsdrängenden Kräfte der Gesellschaft auf das eine große Ziel der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft ist, so ist er zugleich auch der sicherste und zuverlässigste Hüter aller wertvollen Güter der Kultur. Die Wilderstürmer früherer Zeiten waren keine Sozialdemokraten, und die frenetische, rohe Zerstörung eines wertvollen Gemäldes, wie sie unsere Tage erst wieder gesehen haben, ist nicht von einer proletarischen Kämpferin, sondern von einer bürgerlichen Frauenrechtlerin verübt worden. Obwohl die Massen der organisierten Arbeiter von den Machthabern der heutigen Gesellschaft rücksichtslos ausgesperrt werden vom Genuß der Schönheit, obwohl man keinen Finger rührt, um sie zum Verständnis von Wissenschaft und Kunst zu erziehen, rührt doch der kulturell rückständigste Arbeiter seinerseits nicht einen Finger, um Güter der Kultur zu schützen.

Der Klassenkampf, die Erziehung der Arbeiter durch den Klassenkampf zur Mitarbeit am Aufstieg der Menschheit, selbst wenn dieser Aufstieg dem Kämpfer von heute persönlich nicht mehr zugute kommt, sondern erst seinen Kindern und Kindeskindern, — sie haben die Arbeiter zur Achtung vor der Kultur erzogen.

Aber auch zugleich zum Kampf um die Kultur! Nicht einige wenige sollen die annähernden Ruhnießer der Kultur bleiben, sondern Wissen und Kunst, Schönheit und Lebensfreude sollen Gemeingut der Menschheit werden.

Wenn deshalb dereinst die große Stunde des kämpfenden Proletariats schlägt, wenn die Expropriateure expropriert werden, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht mit starker Hand ergreift, so braucht die Menschheit um ihre höchsten Güter nicht zu zagen, denn: Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, Vor dem freien Menschen erzittert nicht!

## Die italienische Ministerkrise.

Rom, den 9. März. (Sig. Ber.)

Die heutige Ministerkrise kennzeichnet den trügerischen Tiefstand des parlamentarischen und politischen Lebens in Italien. Giolitti tritt zurück, ohne daß ein Kammerverbotum seine parlamentarische Autorität erschüttert hätte, ja, wenige Tage nach einem Votum, das ihm mehr als 240 Stimmen Mehrheit gab. Der offizielle Anlaß der Krise ist der Rücktritt der Radikalen aus dem Ministerium, ihr Uebergang zur Opposition; was aber ist der Grund dieses Uebergangs? Der „Avanti“ sagt geradezu, daß Giolitti selbst die Radikalen aufgefördert hat, doch endlich zur Opposition überzugehen.

Die Radikalen haben in ihrer Tagesordnung, die in der Fraktionsstimmung mit 15 gegen 14 Stimmen durchging, erklärt, daß sich mit der Diskussion über die libyschen Ausgaben eine politische Periode schließt, in der das Experiment der Teilnahme der Radikalen an der Regierung zum Vorteil der demokratischen Ideale ausgeschlagen ist; daß aber nunmehr eine schärfere Scheidung der Parteien nötig sei, weshalb die Fraktion nicht weiter dem Ministerium ihre Unterstützung geben kann. Man bedenke, daß die radikale Fraktion 70 Mitglieder zählt, daß also der vorliegende Beschluß nur von einer kleinen Minderheit gefaßt wurde. Man bedenke weiter, daß Sacchi, der radikale Minister für Landwirtschaft, Industrie und Handel, noch soeben erklärt hatte, die Radikalen würden Giolitti in den Tagen des Kampfes nicht verlassen, nachdem sie in denen des Ruhmes ihn zur Seite gewesen wären. Man halte sich ferner vor Augen, daß die Radikalen den Kriegszummeß, die Vergeudung und Vergeuerung von Millionen in Libyen mit ihren demokratischen Idealen zu vereinigen verstanden haben und jetzt auf einmal an den Kinosteuern, an Erbschafts- und Automobilsteuern sich dreimal demokratisch ärgern: wie einer, der Balnässe verstopft und dann vorgibt, an einem Hirschkorn zu erstickt! Vergewissert man sich all die innere Unwahrscheinlichkeit dieser radikalen Krise, so muß man wirklich nach einer außerhalb der radikalen Partei liegenden Ursache suchen. Und diese Ursache ist Giolitti.

Dieser war seit längerer Zeit amüsiert. Man weiß aus seiner nicht kurzen politischen Laufbahn, daß er jeder heftigen Opposition gegenüber nur zwei Mittel kennt: sie durch Zuge-

ständnisse zu besänftigen, oder sich zurückzuziehen. Diesmal hatte er nun einmal die lärmende sozialistische Opposition, dann die ganz unvermutet wegen des Geschehes über die Ziviltrauung aufläufig gewordenen Liberalen. Hätte Giolitti dieser Situation ihren parlamentarischen Lauf gelassen, so hätte er dabei alt und grau werden können, wenn er es nicht ohnehin schon wäre. Seine parlamentarische Mehrheit hätte er nicht eingebüßt, selbst dann nicht, wenn die ganze radikale Fraktion zur Opposition übergegangen wäre, was durchaus nicht ihre Absicht war. So hat Giolitti seine beiden radikalen Kollegen im Kabinett bitten müssen, ihm doch freundlichst ein Bein zu stellen. Natürlich handelt es sich bei ihm nicht darum, lediglich eine Gelegenheit zum Rücktritt zu finden. Er will mit Glanz abtreten und seinen Nachfolger auf möglichst viel Dornen bitten.

Der heutige Abgang ist denn auch glanzvoll. In offiziöser Sprache bedeutet er, daß Giolitti, von den Radikalen verlassen, lieber von der Regierung zurücktritt, als ein Ministerium ohne radikale Elemente zu bilden. Er geht eben weg, weil er zu demokratisch ist! Wenn man das, so lange er da war, nicht intensiv spürte, so soll man es wenigstens bei seinem Weggang merken.

Was die Dornen des Nachfolgers betrifft, so können sie sich sehr sehen lassen. Mit der heutigen Kammer ist auf alle Fälle sehr schwer zu regieren. Da Giolitti geht, weil er zu demokratisch ist, so muß man, wie die Auktoren des Parlamentarismus sofort herausbekommen haben, den Nachfolger unter den Konservativen suchen: Salandra, Sonnino oder sonst eine Numie der Rechten. Wie soll nun dieser Unglückliche mit einer Kammer regieren, in der 52 Sozialisten sind, 23 Reformisten, 19 Republikaner, 70 Bürgerlich-Radikale und 30 konstitutionelle Demokraten, also insgesamt nahezu 200 Abgeordnete, die einem Ministerium der Rechten unbedingt den Krieg erklären würden? Es liegt auf der Hand, daß ein solches Kabinett nicht einmal für die 100 Tage die Balance halten könnte, die die mittlere Lebensdauer der Ministerien Sonnino darstellen. So besteht bei allem Heißhunger nach Parteiführer doch ein gewisses Bedenken, die Giolittische Erbschaft anzutreten. Deshalb wird die Krise vermutlich recht langwierig sein.

Die sozialistische Partei kann sich über den heutigen Szenenwechsel freuen, wenn es nur wirklich ein Szenenwechsel wird. Ein konservatives Ministerium kann zu einer gesunden Abgrenzung der Parteien Anlaß geben und wird unserer Partei als Gegner willkommen sein. Wenn aber das neue Ministerium nur eine Art Kabinett Giolitti aus zweiter Hand darstellen soll, das nur von Giolitti Gnade lebt, und dem dieser seine Mehrheit borgt, dann muß unsere Fraktion auf seinen Rücktritt dringen, wie sie auf den des bisherigen Ministerpräsidenten gedrungen hat. Nach schlimmer als Giolitti ist der Giolittismus. Die heutige Krise läßt sich nun so an, als ob wir zwar den einen los würden, aber den andere behielten.

## Gemeindegewählte und Sozialdemokrat.

Abermals hat das Oberverwaltungsgericht gegen den klaren Wortlaut der von seinen Mitgliedern beschworenen Verfassung, nach dem alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, die Amtsentsetzung eines Gemeindegewählten bestätigt, weil dieser bei der Landtagswahl sozialdemokratisch gewählt hatte und sich als Wahlmann hatte aufstellen lassen. Durch dies Urteil ist dem Grundgesetz der preussischen Verfassung von der Gleichberechtigung aller Preußen ins Gesicht geschlagen, das Reichsrecht schwer verletzt, das eine unterschiedliche Behandlung der Sozialdemokraten durch Aufhebung des Sozialistengesetzes verboten hat, und endlich den Beamten die beleidigende, sie als Menschen herabsetzende Zumutung gemacht, ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht nach ihrer Ueberzeugung und nicht zum Wohl der Allgemeinheit, sondern nach dem Wunsch der jeweiligen Regierung auszuüben. Diese seit dem 4. Juni 1907 in dem Urteil gegen den Schöffen Erul vom Oberverwaltungsgericht, wie unsere Leser wissen, wiederholt bekräftigte Verletzung der Grundrechte der Bürger steht auch im schroffsten Widerspruch zu dem vom Oberverwaltungsgericht noch im Jahre 1891 in der Klage des Geflossenen Stüben gegen den Oberpräsidenten von Schleswig dargelegten Rechtszustand.

Ueber die Verhandlung wird uns folgendes berichtet: Gegen den Genossen August Liebig als Gemeindegewählter von Viereck (Kreis Wiesbaden) war das ordentliche Disziplinerverfahren auf Amtsentsetzung eingeleitet worden, weil er sich im vorigen Jahre bei der Landtagswahl von der sozialdemokratischen Partei als Wahlmann hatte aufstellen und wählen lassen und weil er selber sozialdemokratisch gewählt hatte. Der Kreisaußschuß in Wiesbaden verurteilte den Genossen Liebig zur Amtsentsetzung.

In den Gründen wurde u. a. ausgeführt: Die Schöffen gehörten zu den mittelbaren Staatsbeamten. Staatsbeamte unterliegen in Bezug auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte Beschränkungen, die für andere Staatsbürger nicht bestanden. Diese Beschränkungen ergaben sich aus den besonderen Pflichten der Staatsbeamten, denen sie sich auch durch Berufung auf Verfassungsrechte nicht entziehen konnten. Die Pflichten setzten den Beamten in ihrer außeramtlichen Tätigkeit bestimmte Grenzen, die unbedingt inne zu halten seien. Unter anderem sei eine solche Grenze gezogen durch die Pflicht aller Beamten, die Bestrebungen von Parteien, die die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung bekämpfen, nicht bewußt zu fördern und zu unterstützen. Zu diesen Parteien gehöre die Sozialdemokratie. Durch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mache sich ein Beamter nicht nur des Vertrauens unwürdig, das sein Beruf erfordere, sondern er verletze auch die Pflichten

seines Amtes, das von ihm das Eintreten für die bestehende Staats- und Rechtsordnung erfordere, mit deren Wahrung die Ziele der Sozialdemokratie in Widerspruch ständen. (Entscheidung des O. V. G.)

Tatsächlich wurde festgestellt, daß der Angeklagte bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von der sozialdemokratischen Partei als Wahlmann aufgestellt und gewählt worden sei und daß er selbst die von dieser Partei aufgestellten Wahlmänner gewählt habe.

Großes Gewicht wird dann in dem Urteil auf den Umstand gelegt, daß Genosse Liebig angeblich vor seiner Vereidigung als Gemeindefürsorge auf die besonderen Verpflichtungen, die er durch Ableistung des Eides auf sich nehme, hingewiesen worden sei und sich zu ihrer Erfüllung bereit erklärt habe. Es hätte angenommen werden müssen, daß er sich in Zukunft von der sozialdemokratischen Partei fernhalten werde. Dies habe er jedoch nicht getan. Vielmehr sei aus der Tatsache, daß Liebig als Wahlmann für die Sozialdemokratie aufgestellt worden ist und deren Kandidaten gewählt hat, sowie aus dem Besuch einer sozialdemokratischen Versammlung und aus dem von ihm in der Gemeindeverwaltung gestellten Anträge auf Einführung der Prellwahl zu folgern und festzustellen, daß er noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei und für die Bestrebungen dieser Partei einträte. Das gebe aber nach der Meinung des Kreisaußenbüros für einen Gemeindefürsorge nicht an, denn ein so offenes Eintreten der Angeklagten für die sozialdemokratische Partei sei mit den Pflichten seines Amtes nicht vereinbar. Durch sein Verbleiben bei dieser Partei und die Bekundung seiner Zugehörigkeit habe er sich nach der Ueberzeugung des Kreisaußenbüros des Vertragens unwürdig gezeigt, das sein Amt erfordere. Auch habe er die mit seinem Amte verbundene Pflicht, für die bestehende Rechts- und Staatsordnung einzutreten, gänzlich verlegt. Er sei deshalb des Dienstvergehens schuldig. Bei seinem feierlichen Verhalten sei nicht anzunehmen, daß er seine Stellung zur sozialdemokratischen Partei ändern werde; es hätte deshalb als angemessene Strafe nur Entlassung aus dem Amte in Frage kommen können.

Zu bemerken ist noch, daß Bürgermeister und Beigeordnete von Bierstadt in der Verhandlung befragt hatten, daß sich Liebig im Amte in Vergehen hat zuschulden kommen lassen. Das erschien aber dem Vertreter der heutigen „Rechtserklärung“ unerheblich: der Sozialdemokrat mußte gehängt werden.

Gegen dies Urteil legte Liebig das Rechtsmittel beim Oberverwaltungsgericht ein, vor dessen Disziplinarssenat am 10. März in der Sache verhandelt wurde.

Der Disziplinarssenat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte die Entscheidung des Kreisaußenbüros. Er erachtete die in den oben wiedergegebenen Gründen des Kreisaußenbüros ausgesprochenen Grundzüge für zureichend. Insbesondere wurde betont: Liebig sei als Beamter anzusehen. Wenn er trotz des Dienstvergehens sich dazu herbeilasse, seine Stimme bei der Landtagswahl für sozialdemokratische Kandidaten abzugeben und sich selber als sozialdemokratischer Wahlmann wählen zu lassen, so verstoße er dadurch gegen die Pflichten, die er durch sein Amt übernommen habe. Es müsse bei der Entlassung aus dem Amte verbleiben.

Dies Urteil verstößt aufs schärfste gegen die auch für die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts bindenden Vorschriften der Verfassung und der Gesetze. Es geht aber auch weit selbst über das hinaus, was die Militärverwaltung durch den bekannten Tagesbefehl den Soldaten dahin zumutet, daß sie keine revolutionäre oder sozialdemokratische Gesinnung betätigen dürfen. Vor acht Jahren hatten wir aufgefodert, daß auch am Kontrollversammlungstage die Gewählten sozialdemokratisch wählen sollten, weil der Befehl, nicht so zu wählen, mit Recht und Gesetz unvereinbar sei. Ein deshalb gegen uns eingeleitetes Strafverfahren mußte als erfolglos eingestellt werden. Ein Jahr später, im Jahre 1907, hat die Militärbehörde angeordnet, der Korpsbefehl sei nicht dahin zu verstehen, daß Reservisten oder Landwehrleute nicht sozialdemokratisch wählen dürften, denn solch Befehl ließe sich mit dem Gesetz nicht vereinigen. Das Oberverwaltungsgericht aber ist militärischer als die oberste militärische Behörde: sie verlangt von dem Beamten, entgegen Recht und Gesetz, daß er gegen seine Ueberzeugung stimme, also ein Wahlergebnis, das der Ausdruck der wahren Ansicht der Wähler sein soll, fälsche. Wahrlich, wir sind in Preußen weit gekommen: ein Beamter wird disziplinarisch bestraft, weil er das Wahlergebnis nicht fälschen will, bestraft durch die höchste preussische Disziplinarbehörde!

## Politische Uebersicht.

### Die kolonialen Einzelsetz.

Aus dem Reichstag, den 11. März: Nachdem die Generaldebatte zum Kolonialetat berrauht ist, folgten heute kleinere Gesetze und Gesetzentwürfe die Etats der einzelnen Schutzgebiete. Beim Etat für Neu-Guinea schritt der mit allen kapitalistischen Wassern gewaschene Reichsparteiler Dr. Arendt die Frage an, ob nicht die von der Budgetkommission bewilligte halbe Million zu Vorarbeiten für die Erschließung von Petroleum in dieser Kolonie zu streichen sei, denn solche „risikanten Geschäfte“ seien dem Privatkapital vorzubehalten. Auch die Sozialdemokraten hatten in der Kommission für diesen Antrag gestimmt, damit, wie Genosse Dr. Frank im Plenum ausführte, die Schäden des Privatkapitals von den Naturschätzen der Kolonien möglichst zurückgeschafft werden. So gab es denn ein Hin und Her zwischen den Interessenten des Privatkapitals und den Befürwortern der staatlichen Petroleumregie, an welcher Aussprache sich unser Genosse Dr. Frank, die Abgeordneten Erzberger und Pflieger vom Zentrum, Gothein und Waldstein von der fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberale Passche und der Konservative Dr. Dertel — außer dem Staatssekretär natürlich! — beteiligten. Für eine Verlängerung der Schutzfrist, die die Paradiesvögel vor den erwerbssüchtigen Nachstellungen der Jäger sichern soll, legte sich neben den Nationalliberalen Reinath und Passche auch Genosse Roske ins Zeug.

Beim Etat für Samoa, dessen Begründung durch den christlichsozialen Pojamenengel Kumun der sozialdemokratische Redner mit Recht ein „unverständliches Gemurmel“ nannte, holte sich der Staatssekretär Soli und sein Schildeknabe Schulz-Bromberg von dem Genossen Ledebour eine verdiente Abfuhr. Trotz ihres Widerspruchs konnte Ledebour ihnen nämlich nachweisen, daß ein direktes, in seinen Folgen unheilvolles Verbot der Fischeien zwischen Weibchen und Eingeborenen bestehe, und der Staatssekretär mußte schließlich durch verlegenes Schweigen zugeben, daß die Sache stimmte.

Der Etat für Deutsch-Ostafrika brachte neben den Regierungsschulen und dem Hafen von Dar-es-Salaam, für die sich der Fortschrittler Müller-Reinigen und der Reichsparteiler Dr. Arendt erwiderten, auch die Bahnbauten aufs Tapet. Während der Konservative Böhlenbarff lebhaft für den Ausbau der Bahnen eintrat, legte Genosse Ledebour dar, warum die Sozialdemokratie für die Ruandabahn, die eine Unterjochungsbahn sei, nicht stimmen könne.

Morgen 2 Uhr: Kleinere Vorlagen und Weiterberatung des Kolonialsetats.

### Fiskus und Kohlenhundkat.

Daß das Profiteurinteresse des Privatkapitals rücksichtslos die Interessen der Allgemeinheit mit Füßen tritt, ist eine faßbar bekannte Tatsache, auf die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit hingewiesen hat. Die Gegner pflegen uns dann gewöhnlich zu erwidern, daß wir diese Behauptung nur zur Befriedigung unseres Agitationsbedürfnisses aufstellen. Mit diesem Einwand wird es nun ein für allemal zu Ende sein, denn ganz dasselbe wie die bösen Sozialdemokraten behauptete am Mittwoch der Vertreter der preussischen Regierung im Abgeordnetenhaus, wenn auch nicht mit den gleichen Worten. Nur die doch der Handelsminister Dr. Sydow in der Debatte über das Kohlenhundkat sich über die Pläne der Regierung einer gewissen Zurückhaltung befleißigen, weil, wie er hervorhob, an der Spitze der zum Syndikat gehörigen Betriebe sehr geschickte und geschäftstüchtige Leute stehen, mit denen es nicht leicht ist zu verhandeln. Ihnen gegenüber habe er die staatlichen Interessen durchzusetzen, und deshalb könne und dürfe er seine Karten nicht aufdecken. Wer zwischen den Felsen zu lesen versteht, der wird wissen, was der Minister mit seinen Worten gemeint hat. Er wünscht, dem Staate einen Einfluß auf die Maßnahmen des Syndikats zu sichern, aber das kann er nicht, wenn die Sachwalter des Grubenkapitals seine Absichten erfahren. Ein schmeicheles Zeugnis stellt er damit diesen Prozentpatrioten, die sich gar nicht genug tun können in der Anpreisung ihrer nationalen Gesinnung, gerade nicht aus.

In welcher Abhängigkeit sich der Fiskus vom Grubenkapital befindet, das legte Genosse Hue in einer zweistündigen ausgezeichneten Rede dar, die von einer solchen Sachkenntnis diktiert war, daß sogar der konservative Abg. von Pappenheim unserem Genossen die schuldige Anerkennung nicht versagen konnte. Was Hue an der Hand eines sorgsam zusammengestellten Zahlenmaterials über die Rentabilität des staatlichen Bergbaus nachwies, konnte von keiner Seite, selbst nicht von dem nationalliberalen Abgeordneten Hasenclever, dem Vertreter der Syndikatsinteressen, widerlegt werden. Mit Recht stellte unser Genosse als das Hauptmoment, von dem die Unternehmer sich leiten lassen, die Furcht der Privatkapitalisten vor dem Einfluß des Staates auf die Preisgestaltung hin, und nicht bringen genug konnte er vor einer Verbindung mit dem Syndikat warnen. Es war keine Uebertreibung, wenn er am Schluß die Worte aussprach: Der Staatssozialismus marschiert! Vorläufig nur der Staatssozialismus, hoffentlich bald auch der demokratische Sozialismus. Wenn der Abg. v. Pappenheim meint, daß die Neubildung des Kohlenhundkats gerade im Interesse der Arbeiter liegt, so würde er den Beweis für diese lächerliche Behauptung wohl kaum zu erbringen imstande sein. Vorläufig ist er ihn schuldig geblieben.

Die Debatte wird, da der Donnerstag für die Kommissionsberatungen freibleibt, erst am Freitag fortgesetzt.

### Reaktionäre Sammlung.

Die Fanfaren der reaktionären Parteien bläsen zur Sammlung. Voran die Fanfaren der ultramontanen Landknechte, die „Kön. Volkzeit“. In ihrer Ausgabe vom Dienstagabend (Nr. 216) verkündet sie wieder mal die Notwendigkeit einer Sammlung aller bürgerlichen Parteien „in einer Front gegen die Sozialdemokratie“; aber, so meint das baskenische Blatt, vor diese Aufgabe unter dem Gesichtswinkel der Fortführung unserer bisherigen Wirtschaftspolitik ins Auge fassen, der müsse freilich den Freisinn ausschließen. Die Mehrheit für den neuen Postarif sei eine sehr geringe und unsichere. Darum sei im Interesse der Sammlung im Reichstage eine Probeabstimmung für den künftigen Postarif geboten. Der Antrag Herold-Zedlig, der im Abgeordnetenhaus einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen auf Grundlage der bisherigen Wirtschaftspolitik verlangt habe, dränge nach einer Wiederholung: „Diese Probeabstimmung würde dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft im Reich draußen zeigen, ob der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung noch die Wünsche der Mehrheit des Volkes vertreten kann. Findet sich jetzt schon im Reichstage eine Mehrheit auf dem Boden eines solchen Antrages, dann würde diese Mehrheit für die Regierung eine starke Rückenbedeckung dem Auslande gegenüber werden; verlagert bei dieser Abstimmung der Liberalismus, dann trägt er die schwere Verantwortung vor dem Volke.“

Dann heißt es weiter: „Wenn der Reichstag durch die Kündigung der bestehenden Handelsverträge zu neuen Zolltarifverhandlungen gezwungen wird, und wenn die Wünsche der Landwirtschaft und der Industrie dabei eine Mehrheit finden sollen, dann kann das nur durch das Eintreten der christlichen Gewerkschaftsführer, der Arbeiterabgeordneten und der Vertreter der industriellen Wirtschaft mit den Nationalliberalen und mit der Mehrheit zuwege gebracht werden.“

Mit anderen Worten: dann dürfen weder die Führer der christlichen Gewerkschaften noch die Nationalliberalen sich von dem sogenannten „Partei der schaffenden Arbeit“ fernhalten, sondern sie müssen sich willig, ohne Rücksicht auf ihre speziellen Interessen, diesem Vollverweinerkartell anschließen und damit in den Dienst der Agrarkonservativen und des Zentralverbandes deutscher Industrieller stellen!

Daß dieses Fanfarengebälde den großindustriellen Schürmachern vortrefflich in ihre lauberen Zolpläne paßt, ist selbstverständlich, und so serviert denn die ehrsame „Post“ in ihrer Mittwochsvormorgennummer ihren Lesern ganz denselben Gedanken in etwas anderer Sauce. Sie schreibt:

„Mehr als die Regierung scheint aber die schuppelnerische Mehrheit des Reichstages der Rückenbedeckung zu bedürfen. Wirklicher noch als die Kundgebung des Abgeordnetenhauses wäre eine ebenso entschlossene schuppelnerische Kundgebung der Mehrheit des Reichstages. Man wird daher hoffen, daß nach dem Vergange des Abgeordnetenhauses die nach dieser Richtung hin sowohl vom Zentrum wie auch aus der Reichspartei gegebenen Anregungen von größerem Erfolg begleitet sein werden als bisher. Insbesondere würde es Sache der nationalliberalen Reichstagsfraktion sein dem Beispiel ihrer Parteigenossen im Landtage zu folgen, und zwar um so mehr als die nationalliberale Partei von einer gewissen Miskand an der Verstärkung der selbständigeren Rinderheit im Reichstage nicht ganz freizusprechen ist. Wäre also die Reichstagsmehrheit bald auf den ihr von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gewiesenen Wegen folgen.“

Eine saubere Spekulation! Der Reichstag soll durch eine Art Probeabstimmung für die kommenden wirtschaftspolitischen Kämpfe sefeliget werden, und zugleich sollen die Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion, indem man sie unter den Druck der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses stellt, zum bedingungslosen Anschluß an das reaktionäre konservativ-liberal-rechtsnationalistische Lebensmittelveerweinerkartell gedrängt und gezwungen werden. Auf diese Weise hofft man dann nicht nur eine sichere Mehrheit für die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der jetzigen „legendären nationalen Wirtschaftspolitik“ zustande zu bringen, sondern auch bei anderen Fragen die Nationalliberalen zu Troßknechten der konservativ-liberalen Verbrüderung machen zu können.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Am Freitag gelangt im Reichstage die Duell-Interpellation des Zentrums zur Verhandlung. Die Fraktion bestimmte als Redner hierzu die Genossen Haase und Wendel. Zu der Abänderung der Gewerbeordnung, betr. den Betrieb der Gas- und Schmelzwirtschaften und der Konzessionierung des Kinobetriebs sprechen die Genossen Gwald, Davidsohn und Schulz-Erfurt. Zur Keimen der Heinge dem Gesehten zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, sprechen die Genossen Dr. Erdmann und Heine.

### Sammlung im Zeichen des Blödsinns.

Die mit so viel Applomb angeforderte Stern-Korrespondenz, die unter der Regie des Abgeordneten v. Dewitz die baskenreife Firma der Reichs- und Freikonservativen Partei mit Hilfe einer ausgebreiteten Stimmungsmache für die Politik der bürgerlichen Sammlung fanatisiert soll, hat soeben ihre segensreiche Tätigkeit aufgenommen. Sie beginnt — das ist bezeichnend genug — mit einem Angriff gegen den Parlamentarismus und einer Hymne auf die durch den Willen der Volksoberleitung in ihren Entschlüssen nicht behinderte Monarchie. Aber man kann leider nicht behaupten, daß sie sich bei ihren staatsrechtlichen Untersuchungen in große geistige Anstrengungen stürzt, und es scheint uns, als ob es selbst die Leser der „Post“ und die der Keimen Probierblätter, denen das freikonservative Material kostenlos zugänglich gemacht wird, doch gar zu gering einschätzen ließe, wenn man ihnen den Unterschied zwischen Parlamentarismus und Monarchie mit dem folgenden Satz Harzsumachen läßt:

„Der Parlamentarismus ist kurzfristig und vorzugsweise mit den Augenblicksbildern beschäftigt, wie sie dem unmittelbaren Eigennutz des Volkes vorschweben; die Monarchie wirkt den Blick weit über die Gegenwart hinaus. Sie hängt nicht an dem Ziel des Tages, sondern an dem Gold der Zukunft.“

Diese Gegenüberstellung ist so entsetzlich phrasenhaft, daß es sich nicht einmal lohnt, an der hier von dem Sinn der Monarchie gegebenen Definition die Politik derjenigen Parteien zu messen, die sich am lautesten als Hüter des monarchischen Gedankens und als Gegner des Parlamentarismus gebärden und dabei doch stets bereit sind, das Streben nach dem „Golde der Zukunft“ zu durchkreuzen, wenn sie ihre Tagesinteressen bedroht glauben.

Doch der Korrespondenzartikel will seine schöne These ja auch an einem praktischen Beispiel erhärten. Und was läge da näher als die Zabern-Affäre:

„Die hätte, um auf die neueste Zeit zu kommen, der Parlamentarismus die Zabernfrage gelöst? Der Reichskriegler hätte unter der Wucht des Riktrauensvotums abhandeln müssen. Der Oberst Reuter wäre entlassen worden, die Ober wären in Zabern gelassen, dem Spott und der ferneren Beleidigung ausgesetzt. Selbst hätte das Militär sich nicht schümen dürfen. Die Polizei war dazu außerstande. Militärische Hilfe requirirte sie nicht, weil sie die Lage dafür nicht als angebracht erachtete. Kurz: ein Chaos von Verzerrungen und Verwirrungen, weil der Volkswille ausgesprochen durch die parlamentarische Vertretung des Freisinn, die Sozialdemokratie, der Völkler, Polen und Danen gegenüber den Vorgängen eine diametral entgegengesetzte Richtung als der deutsche Kaiser nahm.“

Ein tollereres Lohwunder von Wahren und Falschem, von Zutreffendem, Entstelltem und Erlogenem läßt sich nicht denken. Dieses blödsinnige Gewirre von Behauptungen zu analysieren, wäre zwecklos; denn man müßte zu dem Ende noch einmal die ganze Zabern-Affäre aufrollen, ohne die Hoffnung hegen zu dürfen, bei den freikonservativen Meinungsmachern ein auch nur oberflächliches Verständnis für die demokratische Lösung des Problems zu finden. Wir beschränken uns deshalb auf das Vorlegen dieser kleinen Kostproben aus der Küche des Herrn v. Dewitz und überlassen es jedem, sich seine eigenen Gedanken über die Qualitäten der politischen Speiseanstalt zu machen, in der die Gäste mit herartigen Gerichten gefüttert werden.

### Die Syndikataffäre.

Die bekannte infame Soldatenkinderlei, über die wir vor einiger Zeit berichteten, gelangte gestern vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps zur Aburteilung. Wie gemeldet, hat sich der Vorgang in der Kaserne des Regiments Königin Augusta abgepielt. Am 26. November hatte der Sergeant Wasse mit dem Grenadier Krömer auf der Stufe einen Aufritt, bei dem es sich um einen Korb handelte, der dem Untergebenen gehörte und vom Feldwebel unter dessen Zeit gefunden worden war. Der Sergeant ließ darauf den Grenadier mehrere Male auf der Stufe hin- und herlaufen und befahl ihm dann, sich niederzulegen, und zwar vor dem Spudnapf. Der Untergebene tat, wie ihm geheißen und legte sich so, daß der Kopf dicht vor dem Spudnapf lag. Nun erhielt er vom Sergeanten den Befehl: „Sauf!“ Und der Grenadier führte auf diesen Befehl aus und trank aus dem Spudnapf. Er erhob sich dann wieder und spie aus. Ein Einjähriger, der den Vorgang mit angesehen hatte und darüber empört war, meldete das Geschehene dem Vorgesetzten. Das Kriegsgericht erkannte seinerzeit gegen den Sergeanten, der dem Grenadier Krömer außerdem noch bei einer anderen Gelegenheit eine Sackpfeife verlegt hatte, auf drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte glaubte sich zu streng bestraft und legte Verurteilung beim Oberkriegsgericht ein. Der Gerichtsherr dagegen legte Verurteilung ein, weil ihm das Strafmaß zu gering war und weil gegen den Angeklagten nicht auch auf Degradation erkannt worden war. Das Oberkriegsgericht des Gardekorps verhandelte gestern in nichtöffentlicher Sitzung. Nach längerer Sitzung wurde das Urteil öffentlich verkündet. Es lautete wiederum auf drei Monate Gefängnis und außerdem erkannte das Verurteilungsgericht auf Degradation. In der Urteilsbegründung wurde besonders auf das Unappetitliche der Handlungsweise des Angeklagten hingewiesen.

### Das Geschäft mit der Wehrsteuer.

Die Hausagrarier fahren fort, die Wehrsteuer zu einem lukrativen Geschäft zugunsten ihres Säckels auszunutzen. In Bisingen in Baden erhielt ein Mieter vom Hausbesitzer die Erhöhung des Mietpreises wie folgt angekündigt:

„Infolge Erhöhung des Zinses, der Anlagen und Staatssteuer sowie der Wehrsteuer bin ich gezwungen, mit der Miete pro Monat um 3 M. aufzuschlagen.“

Da dieser Hausbesitzer etwa 50 Mieter hat — er besitzt mehrere Häuser — und bei einzelnen Mietern Erhöhungen bis zu 6 M. pro Monat vornimmt, bringt ihm die Wehrsteuer etwa 2000 M. pro Jahr ein. — Man sieht, die Parrioten verstehen das Geschäft: die Wehrsteuer, die der Wehr tragen sollte, wird nicht nur abgemildert, sie bringt ihm noch einen ganz erheblichen Gewinn ein. Unter solchen Umständen werden sie mit Hurra in jedem Jahre einer Wehrsteuer zustimmen.

### Soldatenwirthschaft durch einen Offizier.

Vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt stand dieser Tage der Hauptmann von der Brinden von der 5. Kampagne des 96. Infanterie-Regiments in Gera (Reut.). Der Hauptmann war der Wirthschaft seines Barchen angefallen. Die Verhandlung wurde selbstverständlich hinter verschlossenen Türen geführt, wegen angeblicher Gefährdung der Disziplin. Aber der Umstand, daß der Herr Hauptmann in 44 Tagen Stubenarrest beurteilt worden ist und der Ursache einer anderen Kompagnie

zugestellt wurde, läßt darauf schließen, daß die Behandlung des Soldaten durch seinen Vorgesetzten ziemlich schlimm gewesen sein muß.

### Ein Riesenadelzug.

Eine große Kundgebung wird zum Abschied des Statthalters Grafen Wedel in Stralsburg vorbereitet. Es soll dem Statthalter u. a. ein imposanter Fadelzug gebracht werden. Bis jetzt haben 2000 Vereine und über 300 000 Mitglieder sich der Kundgebung angeschlossen. 200 Vereine aus Stralsburg und Umgebung mit über 12 000 Mitgliedern haben bereits ihre Teilnahme am Fadelzug angefragt.

### Frankreich.

#### Ein drakonisches Urteil.

Paris, 11. März. Die aus Toulouse gemeldet wird, hat das Kriegsgericht des 17. Armeekorps fünf Soldaten wegen der im Mai v. J. aus Anlaß des Dreijahrsgefechts vorgekommenen militärischen Kundgebungen zu Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt. Die „Humanité“ bemerkt dazu: Die Nachricht klingt so seltsam, daß man beinahe annehmen möchte, daß die Soldaten aus einem anderen Grunde bestraft worden seien.

### Schweden.

#### Unser Wahlaufsatz.

Stockholm, 9. März. (Eig. Ber.) Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie veröffentlicht in der Parteipresse ein „Manifest an das Volk Schwedens“, das in ausgezeichneter Weise den Kernpunkt der politischen Krise des Landes und der Stellung der Sozialdemokratie darlegt. Es wird zunächst festgestellt, daß die Konvention des Königs auf Anregung von Antrimortlicher Ratgeber eine entgegengesetzte Rüstungspolitik forderte, als die von der Regierung befohlenen, und daß durch diese herausfordernde persönliche Einmischung des Königs die aus dem Wahlsieg der Linken 1911 hervorgegangene Regierung vertrieben und ein neues Ministerium berufen wurde, mit dem Auftrag, durch Verlockungen oder Druck die Sanktion der königlichen Versprechungen auf dem Burghof zu erhalten.

Sodann charakterisiert der Aufsatz die Agitation der Rüstungshörer: „Die Wähler sollen besonders einmal vor den allgemeinen Wahlen im Herbst einen Wahlkampf durchmachen, in welchem alle Waffen zur Anwendung kommen, Schred und Druck, Lüge und Verleumdung, um die Volkmeinung wenn möglich umzustimmen, sie zu einem Fußschemel des Königs und der Herrenmacht zu machen.“

Der Wahlkampf gilt in erster Linie: für oder gegen die persönliche Königsmacht. Eine Hofkamarilla, zu der unzähligst bekannte Aufwiegler gegen die Reichstagesgehörigen, haben den König zu dem unkonstitutionellen Schritt veranlassen.

Auf diese Herausforderung muß das Volk die ungewöhnliche Antwort erteilen, daß kein anderer Wille als der des Volkes herrschen soll. „Es muß einmal für alle Klar gemacht werden, ob in unserem Lande eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der Wähler und des Reichstages stützt, auch künftig pünktlich in ihrer Arbeit gehindert und unterbrochen werden kann, weil es dem Monarchen einfällt, hervorzutreten und zu erklären, daß er keineswegs ein solche Auffassung teile“ und daß er von gewissen Forderungen „nicht absteht“.

Von besonderem Interesse ist der Teil des Aufsatzes, der sich mit der Rüstungsfrage selbst beschäftigt. Die liberale Partei habe sich in großer Nähe von der Rüstungshöhe mitgesessen lassen und einflußreiche liberale Zeitungen prahlten, daß ihr Wehrprogramm kaum hinter dem der Konserwativen zurückbleibe. „Und doch zeigt die eigene Untersuchung der Liberalen, daß die Aufrechterhaltung des Zollsystems eine unabweichliche Voraussetzung für die Rüstungsvermehrungen des liberalen Programms ist. Mit dem Zollsystem aber wird die Teuerung vereinigt. Die liberalen Versprechungen einer Milderung der Teuerung werden damit zu einer leeren Phrase.“ Die Konserwativen wollen noch darüber hinaus einjährige Wehrpflicht, eine Flotte und 100 Millionen Jahresausgaben für Rüstungszwecke, womit nicht nur die Volkseheubildung und Teuerung verweigert werden, sondern auch die Sozialreform inhibiert und unmöglich gemacht wird.

Die Sozialdemokratie will dagegen die bisherigen Schwächen der Landesverteidigung beseitigen, indem für eine genügende Bewaffnung der Reserve Sorge getragen wird. Ausbau der Seemehr durch Torpedo- und Unterwasserboote anstatt der wahnwitzigen „H-Boote“, die zwar 15 Millionen Kronen das Stück kosten, aber doch nicht einen Kampf mit den großen Riesen der Seemächte aufnehmen können. Ersparungen aber sollen gemacht werden durch eine Herabsetzung der Lebenszeit auf 6 (statt 8) Monate. Die Herabsetzung sei möglich, weil bisher mit der Ausbildungszeit eine große Verschwendung betrieben wurde. Anstatt jetzt 80 Millionen würde man nur 70 Millionen Kronen Kosten haben und die einmöglichen Ausgaben mühten durch eine wirkliche Behrsteuer der Besitzenden getragen werden.

Der Aufsatz schließt: „Vorwärts überall für die sozialdemokratischen Kandidaten! Mögen die roten Stimmen sich enorm vermehren, möge eine noch härtere sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Antwort des Volkes werden auf die Herausforderung der Burghofrede und das rücksichtslose Militärprogramm der königlichen Regierung!“

Unterzeichnet ist dieser Aufsatz von sämtlichen Mitgliedern des Parteivorstandes, auch von denen, die persönlich sonst ein rein negatives Programm in der Frage der Landesverteidigung vertreten. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei in den bevorstehenden Kämpfen ist damit dokumentiert, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

### Aus der Partei.

#### Erfolge der Roten Woche.

Der erste rote Sonntag in Mannheim brachte der Partei 800 neue Mitglieder und der Parteipresse 500 neue Abonnenten. Dieser Erfolg ist mittels einer durchgreifenden Hausagitation erzielt worden. Abgeschlossen ist diese noch nicht. Mit einer am Dienstag stattgefundenen Frauenversammlung mit der Genossin Dr. Gradnauer-Dresden als Referentin wurde die Agitation unter den Frauen eingeleitet. Die Versammlung war von annähernd 500 Frauen besucht.

Im Bergarbeiterkreis Waldenburg i. Schl. haben die ersten Tage der Roten Woche für unser Parteiorgan, die „Schlesische Bergwacht“, 365 Abonnenten und für die politische Organisation 280 neue Mitglieder gebracht. Aus den Nachbarorten Schmiednitz, Girschberg, Sandeshut laufen täglich recht beachtenswerte Teilergebnisse ein.

In Brandenburg a. d. Havel wurden bis jetzt 400 neue Parteimitglieder und 120 Abonnenten für die „Brandenburger Zeitung“ gewonnen. Die am Montag abgehaltene, von etwa 800 Frauen besuchte Frauenversammlung brachte allein 135 weibliche Mitglieder für den Wahlverein.

#### Verteiler der holländischen Sozialdemokratie.

In den Niederlanden, vom 12. bis 14. April, hält die holländische sozialdemokratische Partei ihren Jahreskongreß ab. Der Hauptpunkt der langen Tagesordnung ist die Revision des Parteiprogramms, besonders der politischen Forderungen. Es hat jahrelang unüberändert fortbestanden und muß nunmehr aktueller gestaltet werden, um so mehr als einige Forderungen des Programms inzwischen durch die Gesetzgebung erfüllt worden sind.

Weiter ist eine eingreifende Revision des Organisationsstatuts von der Partei vorbereitet worden. Diese Revision ist notwendig, weil sich die Mitgliederzahl in der Parteiorganisation in den letzten vier Jahren verdreifacht hat und eine Dezentralisation nicht länger hinausgeschoben werden kann. Die Provinzialauschüsse bekommen ausgedehntere Befugnisse, auch wird ein aus Vertretern der Parlamentsfraktionen, der Presse und der provinziellen Organisationen gebildeter Parteirat geschaffen, der mit dem Parteivorstand die Partei zu leiten hat. Oberste Instanz bleibt der Jahreskongreß.

#### Gemeindevahlerfolge.

In Peterswaldau im Eulengebirge wurden die drei ausgeschiedenen Gemeindevorsteher, die Genossen Schuppe, Langhammer und Weder, wiedergewählt. Die Bürgerlichen gaben den Kampf von Anfang an auf, indem sie überhaupt keine Kandidaten aufstellten.

In Herrnsprosch bei Breslau wurde Genosse Front als Gemeindevorsteher gewählt. Damit ist der letzte bürgerliche Vertreter aus der dritten Abteilung verschwunden.

#### Beschlagnahmtes Gemeindevahlergebnis.

In Dörs, einem dicht bei Danzig gelegenen Dorf von 11 000 Einwohnern, finden in diesem Monat die Gemeindevahlen statt. Der Wahlkampf ist außerordentlich heftig, da der bürgerliche Wahlkampf alles daransetzt, das Eindringen unserer Genossen in die Gemeindevorstellung zu verhindern. Das sozialdemokratische Wahlkomitee hatte ein Plakat zum Ausschlag gebracht, das nicht das geringste enthält, was irgendein zu einem strafrechtlichen Eingreifen Veranlassung geben könnte. Nichtsdestoweniger ist das Plakat am 8. März ohne Angabe von Gründen durch die Polizei konfisziert worden.

#### Ein sozialdemokratischer Bürgermeister in Skive.

Bei der durch Referendum erfolgten Bürgermeisterwahl im dänischen Städtchen Skive wurde der sozialdemokratische Kandidat, Lehrer Kjems, mit 880 Stimmen gegen 790 Stimmen, die auf seinen konservativen Gegenkandidaten entfielen, gewählt. 87 Proz. der eingeschriebenen Wähler nahmen an der Wahl teil. Kjems ist der erste sozialdemokratische Bürgermeister in der Provinz; in Kopenhagen sind unsere Genossen, wie bekannt, seit Jahren im Magistrat vertreten.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Der neue Kurs.

Wenn aus fast allen Ecken des Reiches härtere Strafen gegen sozialdemokratische Blätter zu melden sind, dann darf dabei auch die Breslauer Justiz, die ja in dieser Beziehung einen Namen hat, nicht fehlen. Bezeichnend für die Art der Breslauer Rechtsprechung ist ein Prozeß, der am Dienstag vor der I. Breslauer Strafkammer gegen den Verantwortlichen der „Vollmacht“, Genossen Förster, verhandelt wurde. In Verhelldorf, Kreis Striegau, verurteilte der Orlsparrer Franke die Kolporteurin des liberalen „Striegauer Anzeigers“ wiederholt zu belagern, die Kolportage für dieses Blatt aufzugeben und sich für die katholische Presse zu interessieren. Da dies von der Kolporteurin trotz Androhung von schweren Kirchenstrafen nicht befolgt wurde, weil die Frau damit zum Lebensunterhalt der Familie beitrug, und die „Erwahnungen“ des Herrn Pfarrers kein Ende nahmen, sah sich der Mann der Kolporteurin veranlaßt, folgendes Inserat im „Striegauer Anzeiger“ zu veröffentlichen:

„Wenn der Pfarzer Franke aus Verhelldorf meiner Frau auf ihren geschäftlichen Gängen keine Ruhe läßt und sie noch weiter auf der Straße belästigt, sehe ich mich veranlaßt, ohne Rücksicht auf seinen Verfall gerichtlich gegen ihn vorzugehen.“

Dieses Inserat verlor die „Vollmacht“ mit folgender Einleitung: „Eine kräftige kalte Dusche verabsolgte ein Verhelldorfer Einwohner dem dortigen Pfarzer. Im Striegauer Anzeiger“ ist nämlich folgendes vielstimmige Inserat zu lesen. „Und am Schluß des Artikels hieß es: „Die Sache ist nicht unbel! Aber Mut gehört dazu, im schwarzen Verhelldorf gegen den Pfarzer auf diesem Wege vorzugehen. Wenn der Mann nicht unabhängig genug ist, wird er sich vor dem Dorgewaltigen bald unmöglich machen.“

Durch die Spitzmarke „Eine kalte Dusche“ und den Hinweis auf das vielstimmige Inserat fühlte sich der Herr Pfarzer, der Vertreter der christlichen Nächstenliebe, der alles zugab, schwer beleidigt, weil damit zum Ausdruck gebracht sein sollte, daß es sich um unbillige Belästigungen des Pfarzers Franke gegen die Kolporteurin handelte.

Obwohl Genosse Förster und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, mit Nachdruck die geradezu ungeheuerliche Auslegung, die der Herr Pfarzer und der öffentliche Ankläger den Worten von der „kalten Dusche“ und dem vielstimmigen Inserat gab, zurückwiesen, erkannte das Gericht nach dem Antrag des Staatsanwalts auf drei Wochen Gefängnis.

Gegenüber solchen Auslegungen muß man allerdings die Waffen strecken. Der Unterzeichner des Inserats und der Verleger des „Striegauer Anzeigers“ wurden von Pfarzer Franke ebenfalls wegen Beleidigung verklagt, aber vom Schöffengericht Striegau in Wahrung berechtigter Interessen freigesprochen. Genossen Förster wurden diese verweigert, obwohl der Herr Pfarzer nicht direkt bestraft, auch bei sozialdemokratischen Ausdrücken keine Belagerungsversuche gemacht zu haben.

Ein empfindlicher Gegner. In Halberstadt hat die nationalliberale Partei in dem Rechtsanwalt Deesen ein Mitglied, das sich seit Jahren durch eine besonders gehässige Belagerung der Sozialdemokratie ausgezeichnet. Dieser selbe Herr ist aber von einer mimosenhaften Empfindlichkeit gegen jede gegnerische Kritik. So ging er hin und verlagte gleich drei Sozialdemokraten auf einmal, weil sie ihm bei passender Gelegenheit die Antwort nicht schuldig geblieben waren.

Am Montag wurde der Prozeß vor dem Schöffengericht in Halberstadt verhandelt, und zwar waren angeklagt der Redakteur Genosse Berg vom „Halberstädter Anzeiger“, einem in einem Privatverlag erscheinenden Blatt mit sozialdemokratischer Tendenz, der Arbeitersekretär Genosse Schulze, Halberstadt und der Kolporteurin Emil Müller von der „Waldenburger Volksstimme“. Unsere Genossen, die verteidigt wurden durch die Rechtsanwältin Wolfgang Heine, Berlin und Hammer Schlag, Magdeburg, ließen es sich nicht nehmen, einmal vor Gericht die ganze niedrige Komplexion dieses nationalliberalen Wahlmachers zu belächeln, was denn auch in achtminütiger Verhandlung so gründlich geschah, daß der Verteidiger des Herrn Deesen einmal verzweifelt bemerkte, es scheine, als ob nicht die Angeklagten, sondern Deesen selbst auf der Anklagebank läge. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß Genosse Berg wegen Beleidigung

in zwei Fällen zu 500 M. Geldstrafe und wegen einfacher Beleidigung Genosse Schulze zu 200 M. und Genosse Müller zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurden. Nun kann Herr Deesen weiter „kämpfen“ und kagen!

### Aus Industrie und Handel.

#### Hamburg-Amerika-Linie.

Die gleich der Reingewinn der Hapag im Jahre 1913 auf 60 Millionen gegen 53,6 Millionen im Jahre 1912 gestiegen ist, sieht die Hapag von einer Erhöhung der Dividende ab. Wie im Vorjahre werden 10 Proz. oder 15 Mill. Mark an die Aktionäre verteilt werden. Dagegen erfahren die Abschreibungen und Rückstellungen wiederum eine Erhöhung um 6 Millionen auf 44 Millionen Mark. Sehr charakteristisch für die gegenwärtige Lage in der Seeschifffahrt ist die Mitteilung, daß eine zwingende Veranlassung zur Erhöhung des Konkurrenzstempels-Kontos nicht mehr vorliegt. Ihm wurden daher nur 0,6 Millionen gegen mehr als 4 Millionen im Jahre 1912 zugewiesen. Die Mitteilung bestätigt den Friedensschluß der Hapag mit dem Lloyd und die Gewissheit, daß die Erneuerung der nordatlantischen Schifffahrtskonvention gesichert ist. Ueber die neue Interessengemeinschaft mit dem Lloyd berichtet die Verwaltung: „Die Verhandlungen sind zurzeit noch nicht abgeschlossen. Sie sehen die Herstellung einer engen Interessengemeinschaft auf dem Gebiet des nordatlantischen und des östasiatischen Geschäfts zwischen dem Norddeutschen Lloyd und unserer Gesellschaft vor, die unter Befolgung der Bewegungsfreiheit der besonderen Entwicklung beider Gesellschaften Rechnung trägt. Daneben schweben Verhandlungen zwecks Herstellung eines Vertragsverhältnisses zu den ausländischen Gesellschaften, das, wenn es zustande kommt, in mancher Hinsicht wesentliche Verbesserungen gegenüber dem früheren ergeben dürfte.“

Die Seebahnenflotte ist außer durch die Neubauten durch Verkauf zweier Dampfer vermehrt worden. Ausgeschlossen sind durch Verkauf vier Dampfer, ferner durch Totalverlust der Dampfer „Aelia“. Im Bau verbleiben noch 19 Dampfer, darunter zwei der Imperator-Klasse. Einschließlich dieser Schiffe hat die Flotte jetzt einen Bruttoreumgehalt von 1 360 860 Registertons gegen 1 306 819 Tons im Vorjahre, zeigt also eine Vermehrung um 53 541 Registertons. In der Bilanz steht der gesamte Seeschiffspark mit 254,66 (i. V. 213,57) Millionen Mark.

Ueber den Geschäftsverkehr mit einzelnen Gebieten äußert sich der Jahresbericht: „Auf unseren wichtigsten Verkehrsgebieten während des weitaus größten Teils des Jahres die Entwicklung überwiegend günstig. Obwohl in den Vereinigten Staaten die Tendenz der Regierung den großen Korporationen unfreundlich bleibt, war doch sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr sehr lebhaft. Letzterer wurde im ersten Teil des Jahres noch durch die vorausgegangene große Ernte gefördert und im letzten Teil stellte sich infolge der Zolltarifreform eine Zunahme der Ausfuhrbewegung nach den Vereinigten Staaten ein. Während diese sich auch bis jetzt noch lebhaft erhalten hat, ist im Export von Amerika infolge unbefriedigender Baumwoll- und Maisernte eine starke Abminderung seit dem Herbst eingetreten. Ebenso hat der Verkehr mit Mexiko unter der anhaltenden politischen Unruhe und den Folgen der Vernichtung großer wirtschaftlicher Werte leiden müssen, während sonst das Geschäft mit Westindien und Zentralamerika befriedigend war. Die Gesamtergebnisse des Südamerikageschäfts waren recht befriedigend und man erhofft von dem nachlassenden der Spannung auf den europäischen Weltmärkten auch eine günstige Auswirkung auf Südamerika infolge der dort noch große wirtschaftliche Aufgaben der Erfüllung harren, deren Zuangriffnahme dem Verkehr neue kräftige Impulse geben dürfte. Die Geschäftslage in Ostasien war befriedigend, insbesondere der Export nach Japan stark. Unsere neueringerichtete Linie über den Pacific hat noch unter Ladungsmangel im Verkehr nach der amerikanischen Westküste zu leiden; doch zweifeln wir nicht, daß ihre weitere Entwicklung befriedigend sein wird, zumal mit der Eröffnung des Panamalkanals eine wirtschaftliche Hebung der Gebiete an der Westküste sicher eintreten wird. Der bevorstehenden Umwälzung des Verkehrs hoffen wir auch dadurch entsprechen zu können, daß wir schon im Laufe dieses Jahres größere und schnellere Schiffe mit guter Koffagiereinrichtung in unsere von Hamburg ausgehenden Colon-Linien einleiten werden.“

In den Kreis unserer Verkehrsbeziehungen ist im verflochtenen Jahre der Hafen von Emden eingetreten, den wir regelmäßig mit Frachtdampfern nach Ostasien und Südamerika und vom Frühjahr dieses Jahres ab auch mit nordamerikanischen Passagier- und Frachtdampfern anlaufen, außerdem nach Bedarf auch mit Dampfern unserer anderen Linien. Um die Wirksamkeit für Emden möglichst intensiv zu gestalten, haben wir eine selbständige Loksterngesellschaft, die Emden Verkehrs-Gesellschaft A. G., mit dem Sitz in Emden ins Leben gerufen.“

### Letzte Nachrichten.

#### Die Abfindungsfrage im Krankenkassenkreis.

Die Vertreter der Ärzte und Kassenverbände haben bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern als Ausführungsbestimmungen zu Nr. 11 des Berliner Abkommens nähere Vereinbarungen über die Berechnung und Abführung der Kassen- und Arztbeiträge zur Deckung der Abfindungslasten getroffen. Als Stelle, an welche die Beiträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die königlich preussische Seehandlung in Berlin bestimmt. Es fand dann eine ausgedehnte Besprechung über die kassenärztlichen Verhältnisse in einigen Orten statt, in welchen zurzeit noch auswärtige Ärzte tätig sind, und es wurde beschlossen, umgehend erneut darauf zu wirken, daß auch in diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Kassenverbände erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich weiter tätig sein zu wollen.

#### Die Lehrerbildungsvorlage in Hessen.

Darmstadt, 11. März. (B. T. B.) Ueber die Bildungsvorlage der Volksschullehrer ist heute abend zwischen den beiden Kammern und der Regierung eine völlige Einigung erzielt worden. Sie erfolgte auf Grund einer Gesamtsitzung von elf Klassen mit einem Anfangsgehalt von 1550 Mark und einem Abzügegehalt von 3600 Mark. Am Freitag wird die Vorlage vor dem Plenum der Zweiten Kammer zur Verabschiedung kommen.

#### Eine Niederlage der mexikanischen Rebellen.

London, 11. März. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 10. März: Nach einem Bericht der „New York World“ aus El Paso hat eine Schlacht bei Larcion stattgefunden. Die Rebellen, die die Stadt angegriffen hatten, wurden geschlagen. Die Zahl der Getöteten soll 1000 Mann betragen. Die Truppen General Huertas bewegten sich in vier getrennten Abteilungen vorwärts, daneben befehlt noch eine Kolonne von 5000 Mann. In Belen haben sich 900 Mann, die ins Gefängnis geworfen waren, freiwillig in die Arme einreihen lassen.

Nur 3 Mark monatlich!

In zweiter vermehrter und verbesserter Auflage erschien soeben:

# Handbuch der Politik

## Aus über hundert Besprechungen:

Ein ungeheures Gebiet durchmisst der Leser in dem grossartigen Werk, einem unentbehrlichen Hilfsmittel bei jeder praktischen und theoretischen Betätigung. Es ist geeignet, in übersichtlicher und erschöpfender Weise die Grundlagen und Aufgaben der Politik jedem Gebildeten vorzuführen, indem es die Wechselbeziehungen von Staat und Gesellschaft, Herrschaft und Verwaltung, Parlamentarismus, Gesetzgebung und Rechtsprechung darstellt, Wesen, Ziele und Aufgaben der politischen Parteien und der grossen Wirtschaftsbünde erörtert und in den grossen Kapiteln über Staatshaushalt, Gemein- und Einzelwirtschaft, soziale Fragen und Schulwesen das weite Gebiet des inneren Staatslebens durchwandert und in zwei Schlusskapiteln die schwierigen Fragen der Grenzlande und Kolonien und die politischen Ziele der Grossmächte unter Berücksichtigung der Verhältnisse des nahen und des fernen Orients beleuchtet. Das Werk ist allen, die sich mit Politik beschäftigen, warm zu empfehlen.

Regierungsrat Prof. Albert Lotz, Mitglied des Abgeordnetenhauses, im „Juristischen Literaturblatt“.

Geradezu vorbildlich. Fränkischer Kurier.

Herausgegeben von

**Dr. Paul Laband**  
Exzellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Professor der Rechte an der Universität Strassburg.

**Dr. Adolf Wagner**  
Exzellenz, Wirkl. Geh. Rat, Professor der National-Oekonomie an der Universität Berlin.

**Dr. Franz v. Liszt**  
Geheimer Justizrat, M. d. R., Professor der Rechte an der Universität Berlin.

**Dr. Georg v. Schanz**  
Reichsrat d. Krone Bayern, Geh. Hofrat, Prof. d. Nation.-Oekonomie an der Universität Würzburg.

Unter Mitwirkung vieler anderer Autoritäten.

Drei Bände (460 und 444 und 436 Seiten) Grosslexikonformat:

Preis in 3 Leinenbänden 40 Mark

in 3 Halblederbänden 48 Mark.

Verlag von Dr. WALTHER ROTHSCHILD in Berlin.

**Dr. Adolf Wach**  
Exzellenz, Wirkl. Geh. Rat, Mitglied der erst. Kammer, Professor der Rechte a. d. Universität Leipzig.

**Dr. Karl Lamprecht L. D.**  
Geheimer Hofrat, Professor der Geschichte an der Universität Leipzig.

**Dr. Georg Jellinek †**  
weiland Geheimer Hofrat, Professor der Rechte an der Universität Heidelberg.

**Dr. Fritz Berolzheimer**  
Vorsitzender der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Berlin.

In **112** Abschnitten  
werden **140** Themata  
von **109** Autoren  
behandelt.

## Aus über hundert Besprechungen:

In einem Sammelwerk, wie es nach solcher Umsicht kaum je bereitet worden, in so würdigem Glanz noch nie entstanden ist, werden die Grundlagen, die Aufgaben, die Ziele der Politik bis ins Tiefste und Höchste untersucht; und für fast alle wichtigen Gebiete sind als Exploratoren und Wegweiser die **ersten Sachverständigen** Deutschlands gewonnen worden. So ist **das Urteil höchster Instanz**, das eine Epoche über die Grundlagen, Aufgaben, Ziele ihres Gemeinschaftslebens fällt.

Maximilian Harden in der „Zukunft“.

„Ungemein lebendig und fesselnd.“

Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Hamm.

**Standardwerk der deutschen Politik**, auf das das deutsche Volk mit Stolz blicken kann.

„Berliner Tageblatt“.

**Musterwerk**, das seinesgleichen nicht hat.

„Leipziger Neueste Nachrichten“.

Einzelne Abschnitte wahre **Meisterstücke**.

„Deutsche Rundschau“.

Die Leistung erfüllt mit **besonderem Respekt**.

„Frankfurter Zeitung“.

**Lichtvolle, fesselnde Einzeldarstellungen**.

Wirkl. Geh. Kriegsrat Dr. Romm im „Tag“.

Unsere **ersten und besten Köpfe** haben Bausteine zu diesem **unentbehrlichen Nachschlagewerk** beigetragen.

„Augsburger Postzeitung“.

## Einiges aus dem reichen Inhalt:

**Die preussische Polenpolitik.** Von Dr. Ludwig Bernhard, Professor an der Universität Berlin.

**Das deutsche Volkstheer.** Von Willibald Stavenhagen, K. Hauptmann a. D., Berlin.

**Bestand und Mehrung der Kriegsmarine.** Von Geh. Admiralitätsrat Paul Koch, Berlin.

**Die Luftfahrtruppe.** Von Luftschiffhauptideutnant a. D. Dr. A. Hildebrandt, Berlin.

**Deutschlands wirtschaftliche Expansion und überseeische Bestrebungen.** Von Dr. Albrecht Wirth, Privatdozent an der Technischen Hochschule München.

**Grossbritanniens auswärtige Politik, England und Deutschland. Der britische Imperialismus.** Von Dr. Hans Plehn, London.

**Russland seit 1905.** Von Dr. Otto Hoetzsch, Professor an der Universität Berlin.

**Osterreich-Ungarn seit 1866.** Von Dr. Paul Herre, Professor an der Universität Leipzig.

**Die Balkanstaaten und die Orientkrise.** Von Universitätsprofessor Dr. Hans Uebersberger, Wien.

**Höhere Schulen.** Von Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Adolf Matthias, Berlin.

**Die Bedeutung der akademischen Seminarier für die Geisteswissenschaften.** Von Exzellenz Wirklichem Geh. Rat Dr. Wilhelm Wundt, Professor an der Universität Leipzig.

**Handelshochschulen.** Von Dr. J. Jastrow, Prof. a. d. Handelshochschule Berlin.

**Reform des Rechtsunterrichts. Vorbildung des Juristenstands.** Von Exzellenz Wirklichem Geh. Rat Dr. Adolf Wach, Prof. a. d. Univ. Leipzig.

**Bund der Landwirte.** Von Konrad Freiherrn v. Wangenheim auf Klein-Spiegel, Vorsitzendem des Bundes der Landwirte.

Erster Band:

## Die Grundlagen der Politik:

(Sechs Hauptstücke)

1. Politik als Staatskunst und Wissenschaft. 3. Herrschaft und Verwaltung. 5. Die Rechtsprechung und parlamentarismus.

2. Der Staat. 4. Die Gesetzgebung. 6. Der Parlamentarismus.

Zweiter Band:

## Die Aufgaben der Politik:

I. Teil (Sechs Hauptstücke)

7. Die politischen Parteien in Deutschland. 9. Allgemeine Wirtschaftstragen. 11. Handel, Geld und Kredit. 8. Die öffentlichen Lasten und Schulden. 10. Der öffentliche Verkehr. 12. Urproduktion, Industrie und Gewerbebetriebe.

Dritter Band:

## Die Aufgaben der Politik:

II. Teil (Sechs Hauptstücke)

13. Selbsthilfe und Sozialschutz. 15. Bildung. 17. Grenzlande und Kolonien. 14. Die Lage der geistigen Berufe. 16. Polizei und Sicherheitsreformen. 18. Die politischen Ziele der Mächte in der Gegenwart.

## Einiges aus dem reichen Inhalt:

**Politik als Staatskunst. Ihr Begriff und Wesen.** Von Kronsyndikus Geh. Justizrat Dr. Philipp Zorn, Mitglied des Herrenhauses, Professor an der Universität Bonn.

**Staatsform und Politik im Lichte der Geschichte.** Von Geh. Hofrat Dr. Karl Lamprecht, LL. D., Professor an der Universität Leipzig.

**Staat und Kirche.** Von Geh. Justizrat D. Dr. Wilhelm Kahl, Professor an der Universität Berlin.

**Staat und Recht.** Von Geh. Justizrat Dr. Josef Kohler, LL. D., Professor an der Universität Berlin.

**Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland.** Von Dr. Hugo Preuss, Prof. an der Handelshochschule Berlin.

**Wahlrecht.** Von Dr. Hermann Rehm, Professor an der Universität Strassburg.

**Vereins- und Versammlungsrecht.** Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Ernst Müller-Meinungen, M. d. R., München.

**Bedeutung und Aufgabe der Parlamente. Parteienbildung.** Von Dr. Wilhelm v. Blume, Professor an der Universität Tübingen.

**Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland.** Von Dr. Theobald Ziegler, Prof. a. d. Univers. Strassburg.

**Presse.** Von Geh. Hofrat Dr. Karl Bücher, Professor an der Universität Leipzig.

**Deutschkonservative und Reichspartei.** Von Geh. Hofrat Dr. Georg von Below, Professor an der Universität Freiburg (Baden).

**Die Zentrumsparlei.** Von Justizrat Dr. Carl Bachem, Köln.

**Nationalliberale.** Von Rechtsanwalt Bassermann, M. d. R., Mannheim.

**Der Linksliberalismus.** Von Rechtsanwalt Conrad Haussmann, M. d. R., Stuttgart.

**Die Sozialdemokratie.** Von Paul Hirsch, M. d. A., Berlin.

**Der Revisionismus in der Sozialdemokratie.** Von Eduard Bernstein, M. d. R., Berlin.

## Einiges aus dem reichen Inhalt:

**Hansabund.** Von Oberbürgermeister Alfred Knobloch, Direktor des Hansabundes, Berlin.

**Der Kurs der Deutschen Reichs- und Staatsanleihen.** Von Geheimen Oberfinanzrat Dr. Otto Schwarz, Vortragendem Rat im Preuss. Finanzministerium, Berlin.

**Der Geburtenrückgang in Deutschland.** Von Ministerialrat Universitätsprofessor Dr. Friedrich Zahn, Direktor des Kgl. Bayer. Statistischen Landesamtes, München.

**Handel.** Von Dr. Bernhard Harms, Professor an der Universität Kiel.

**Bankkonzentration in Deutschland, ihre Vorteile und Gefahren.** Von Geh. Justizrat Dr. Jacob Riesser, Professor an der Universität Berlin.

**Die Bedeutung der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben der Nation und die staatlichen Mittel zu ihrer Förderung.** Von Exzellenz Dr. Hugo Thiel, Ministerialdirektor a. D., Berlin.

**Die neuen Reichssteuern.** Von Geheimem Rat Universitätsprofessor Dr. Karl Th. Ritter v. Eheberg, Erlangen.

**Die Industrie.** Von Regierungsrat Dr. phil. et jur. Josef Grunzel, Professor an der Exportakademie Wien.

**Die Frau in der Wirtschaft des zwanzigsten Jahrhunderts.** Von Geh. Hofrat Dr. Julius Pierstorff, Professor an der Universität Jena.

**Strafrechtsreform.** Von Geh. Justizrat Dr. Franz v. Liszt, M. d. R., o. Prof. an der Universität Berlin.

Das Werk ist nicht nur für Fachpolitiker, sondern auch für alle gebildeten Laien geschrieben, die sich für Politik interessieren.

Das „Handbuch der Politik“ wird sofort komplett franko

gegen monatliche Teilzahlungen von nur

# 3 Mark

geliefert.

## Karl Block, Buchhandlung BRESLAU I, Bohrauer Strasse 5

## Bestellschein.

Gefl. auszuschneiden und im Kuvert einzusenden.

Der Unterzeichnete bestellt hiernit laut Inserat im „Vorwärts“ bei der Buchhandlung **Karl Block, Breslau I, Bohrauer Strasse 5:**

## Handbuch der Politik

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.

in 3 Leinenbänden ..... Mark 40.— } Nicht Gewünschtes  
in 3 Halblederbänden ..... Mark 48.— } gefl. zu durchstreichen.

wünscht Zusendung des kompletten Werkes sofort franko gegen monatliche Zahlung von 3 Mark. Erfüllungsort Breslau.

Name und Stand: .....

Ort (Post) u. Datum: .....

Gewerkschaftliches.

Gewerkschafter und Rote Woche.

Verflechtung des Koalitionsrechts, Zerrümmung der Gewerkschaften, Züchtung von Streikbrecherbanden, Stärkung und Ausbau der Unternehmerorganisationen, Hochhalten der Lebensmittelpreise!

Auf das vorstehende Programm ist das ganze Verhalten des Unternehmertums und der Agrarier eingestellt. Und alle Staatsmächte werden für die Verwirklichung der Scharfmacherpläne in Bewegung gesetzt. Die Rechtsprechung setzt schon mit kühnem Schwunge sogar über das formale Recht hinweg. Kann man doch fast davon reden, daß mordende Streikbrecher grundsätzlich freigesprochen werden, Streikende dagegen für übel gedeutete Worte ins Gefängnis fliegen. Immer schlagen die oft Staunen, meistens aber nur Empörung hervorrufenden akrobatischen Interpretationskünste in unserer Rechtsprechung zum Nachteil für die Arbeiter aus. Stets zum Vorteil für das Unternehmertum. Diese Tatsache kennzeichnet die Tendenz, enthüllt die Klassenjustiz in ihrer häßlichen Nacktheit. Das Gleiche gilt von den Maßnahmen der Polizei. Wo und wie sie in das öffentliche Leben eingreift, stets ist die Wirkung ein Schade für die Arbeiter, ein Nutzen für das Unternehmertum. Manchmal könnte man glauben, die Polizeiorgane seien Angestellte des Kapitals, so vorzüglich funktioniert der Apparat zu seinem Gunsten. Vereinsgesetz und Koalitionsrecht sind dabei für die Polizei keine Hindernisse. Man verbietet Versammlungen, löst sie auf, treibt Lokale ab, denunziert Arbeiter den Unternehmern, spielt Nachtwächter der Streikbrecher, hilft Streiks kaputt machen und hemmt die gewerkschaftliche Bewegung auf vielerlei Art.

Zerrümmung der Gewerkschaften mit dem Werkzeug der Gesetzgebung und Rechtsprechung ist ein Programmpunkt des Zentralverbandes der Industriellen, auf den er sich nach der Weisung des bekannten Herrn Bued festgelegt hat. Und ein Ausfluß dieses Strebens ist die tolle Wehe gegen die Gewerkschaften, mit der Forderung eines sogenannten Arbeitswilligengesetzes.

Unter der Anwendung von Terror, durch unbehinderten Koalitionszwang treibt das Unternehmertum den von ihm gegründeten Streikbrechervereinen Mitglieder zu. Durch geheime Feme, mittels schwarzer Listen sucht es die gewerkschaftlichen Organisationen zu schädigen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben.

Auf der anderen Seite vollzieht sich der Zusammenschluß des Unternehmertums zu einer geschlossenen Heermacht gegen die Arbeiterschaft. Und bei seinen Organisationsbestrebungen findet das Kapital die liebevolle Unterstützung aller der Staatsgewalten, die sich eifrig bemühen, die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter zu hindern. Schutz der nicht organisierten Unternehmer gegen den Organisationszwang des Unternehmertums gibt es nicht. Klar und deutlich zeigt sich überall, daß die ganze Staatsmaschinerie auf die Wahrnehmung der Klasseninteressen der herrschenden Gesellschaft eingestellt ist.

Die beabsichtigte Schwächung und Schädigung der Gewerkschaften hat den Zweck, Lohnbewegungen zu verhindern oder unwirksam zu machen. Aber die Lebensmittelpreise sollen auf dem jetzt erreichten hohen Stand gehalten werden. Ja, man will sie sogar noch weiter hinauf-treiben. Sollen doch Hölle auf Fische, Milch, Rahm, Gemüse,

Obst neu eingeführt oder erhöht werden. Und die Regierung, die sich willfährig zeigt, bei dem Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter Hausrechtsdienste zu leisten, die alle Repressalien gegen die Gewerkschaften deckt und fördert, hat in den letzten Tagen zweimal in auffälliger Weise demonstriert, daß sie mit allen Kräften die auf ein Hochhalten der Lebensmittelpreise gerichteten Bestrebungen unterstütze.

So sehen sich die Gewerkschaften von verschiedenen Seiten in ihren Interessen in der allerempfindlichsten Weise geschädigt und bedroht. Durch gewerkschaftliche Maßnahmen können die Arbeiter dagegen wenig ausrichten. Der Kampf gegen die herausgestellten Angriffe auf die Arbeiterschaft liegt fast ausschließlich auf politischem Gebiet. Daran ergibt sich für die Gewerkschafter mit zwingender Logik die Notwendigkeit, sich zum Schutz und zur Förderung ihrer gewerkschaftlichen Interessen auch politisch zu betätigen. Das haben viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter leider noch nicht begriffen. Kommt doch beinahe auf je drei Gewerkschaftsmitglieder nur ein politisch organisierter.

Mit der gelegentlichen Abgabe eines Stimmzettels ist es nicht getan. In der Ausübung des Wahlrechts allein liegt nicht die politische Pflichterfüllung. Sie erfordert als unerlässlich auch die politische Organisation und das Lesen der Parteipresse. Die Grundlage der politischen Macht und des politischen Einflusses der Arbeiterschaft beruht in der Stärke und Geschlossenheit der Parteiorganisation und in der Verbreitung der Parteipresse.

Wer als organisierter Gewerkschafter nach dieser Richtung seine Pflicht vernachlässigt, schädigt dadurch zweifellos auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen, stärkt die Stöckkraft des Unternehmertums.

Die Rote Woche bietet eine schöne Gelegenheit, politische Nachlässigkeitsünden wieder gut zu machen.

Darum, Gewerkschafter, hinein in die politische Organisation! Fort mit der bürgerlichen, kapitalistisch-dienstbaren bürgerlichen Presse aus dem Hause, hinein die Arbeiterzeitung!

Berlin und Umgegend.

Unzufriedenheit beim Personal der Firma Rudolph Herzog.

Die bekannte Firma in der Breiten Straße feierte vor einiger Zeit das Jubiläum des 75jährigen Bestehens. Den Kunden wurde aus diesem Anlaß ein geschmackvolles Präsent überreicht. Diese Aufmerksamkeit wirkte als eine gelungene Reklame. Das Publikum stürmte geradezu das Kaufhaus der Firma, und Käufer und Firma mögen in gleicher Weise mit dem Jubiläum zufrieden gewesen sein.

Nicht so die Angestellten. Für sie brachte der Jubeltag eine bedeutend erhöhte Arbeitsleistung, Ausdehnung der Arbeitszeit für einen großen Teil des Personals bis in die zwölfte Stunde ohne Bezahlung der Leberstunden, verkürzte Tischzeit und Aufhebung des bei den Angestellten und ihren Familien so beliebten Sechshöchstschlusses. Nun hat Herr Rudolph Herzog seinem Personal allerdings die Zinsen eines Kapitals von 100 000 M., das sind 4000 M. jährlich — für Unterhaltungs Zwecke überwiesen. Das wird aber von den Angestellten nicht als Entlohnung für die gelebte Ruhe angesehen. Liegt doch die Sache so, daß bereits 3 kapitalträchtige Unterhaltungsstellen existieren. Selbst wenn die Mittel dieser Kassen völlig gerecht verteilt werden — Mißgriffe werden beim besten Willen nicht zu vermeiden sein —, bilden solche Wohlstandseinrichtungen doch keine Gegenleistung für erhöhte gewerbliche Leistungen, die sich auf den einzelnen ganz anders verteilen als die eventuellen Bezüge aus den Kasseneinrichtungen. Die Angestellten verlangen nicht nach Wohlstand, sondern nach angemessener Entschädigung für ihre erhöhte Tätigkeit. Die Verwendung der 4000 M. für diesen Zweck hätte ihrem Empfinden weit mehr entsprochen.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Herr Strohmeyer (Hafenpeterbetrieb), Charlottenburg, Kanstr. 111, und Herr Walster (Schultheihauschank), Berlin, Reinickendorfer Str. 20, lehnen jede Ver-

einbarung mit der Organisation ab. Beide Betriebe sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

„Restaurant zur Wildgrube“ (Inhaber Fölmer), Brunnenstraße 174, bleibt nach wie vor gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung I.

Deutsches Reich.

Sämtliche Schneidergesellen in Burg bei Magdeburg haben die Arbeit niedergelegt. Veranlassung dazu gab die Weigerung der Zwangsinnung, in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag einzutreten. Vor einigen Jahren, als die Zwangsinnung noch nicht bestand, hatte die Organisation der Schneider mit den einzelnen Meistern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Da den Gehilfen die Lohnsätze bei der steigenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse nicht mehr genügten, reichten sie den neuen Tarifentwurf diesmal dem Innungsvorstand ein mit dem Ersuchen, darüber in Verhandlungen einzutreten. Dem Entwurf war eine formale Kündigung des alten Tarifvertrages beigefügt, weil die Innung ja nicht der Kontrahent dieses Vertrages war. Das bot der Innung die Handhabe, jegliche Verhandlungen abzulehnen, indem sie erklärte, daß der alte Tarif, weil er nicht gekündigt worden sei, weiter Geltung habe. Der Gewerbegerichtsvorsitzende hat angeblich den Innungsvorstand in dieser feiner Ansicht bestärkt. Die Meister bemühen sich, Erfolgskräfte heranzuziehen. Bisher hatten sie damit allerdings keinen Erfolg.

Neue Fesseln für die ober-schlesischen Bergarbeiter.

Jetzt haben die ober-schlesischen Bergwerksbesitzer, die frommen christlichen Zentrumsgroßen, einen Plan entworfen, um die ober-schlesischen Bergarbeiter immer enger in Fesseln zu schlagen. Sie haben beschlossen, „zur Wahrung gemeinschaftlicher Interessen in Arbeiterfragen sowie zur Erziehung und Unterhaltung eines Arbeitsnachweises“ einen Grubenverband für das ober-schlesische Steinkohlenrevier zu gründen. Ein Satzungsentwurf, der „streng vertraulich“ den Herren Kollegen zur Rücküberlegung zugegangen ist, liegt vor. Wahrung gemeinschaftlicher Interessen in Arbeiterfragen, bedeutet in diesem Falle: dem Arbeiter das Anie auf die Brust und die Faust aufs Auge!

Der Verband soll den von einem Ausstaus betroffenen Mitglie-dern Entschädigung gewähren. Mitglied des Grubenverbandes kann jedes ober-schlesische Steinkohlenbergwerk werden, wenn es dem berg- und hüttenmännischen Verein angehört. Der Jahresbeitrag beträgt 1 M. für jeden auf den Steinkohlenbergwerken beschäftigten Arbeiter. Neueintretende Mitglieder haben einen Eintrittsbeitrag zu zahlen, dessen Höhe in jedem Falle durch den Vorstand be-schlossen wird. Während eines Streiks und drei Monate nach seiner Beendigung darf kein Arbeiter des vom Streik betroffenen Werkes angenommen werden. Auch kann der Vorstand des Grubenverbandes be-schließen, daß diese Bestimmungen auf andere Bezirke ausgedehnt werden, sofern sich die Werke verpflichten, dem Grubenverbande gegenüber ebenso zu handeln. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit einer Konventionalstrafe von 1000 M. belegt, sofern nicht die Ausschließung des zuwiderhandelnden Mit-gliedes vorgenommen wird.

Entschädigung durch den Grubenverband wird dann gezahlt, wenn mehr als ein Drittel der unterirdischen Belegschaft einer selbständigen Schachtanlage streikt und der Widerstand des Werkes gegen die Forderungen der Arbeiter vom Vorstande als berechtigt anerkannt wird.

Entschädigung wird nicht gezahlt, wenn die Forderungen der Arbeiter von dem befristeten Wert ohne Zustimmung des Vorstandes ganz oder teilweise berücksichtigt werden! Die Entschädigung beträgt pro Tag und für jeden streikenden Arbeiter 1 M. Reicht das vorhandene Vermögen für die Gewährung von Entschädigung nicht aus, so ist jedes Verbandsmitglied zur Bezahlung der Hauptversammlung zu weiteren Zahlungen bis zur Höhe der erforderlichen Mittel verpflichtet.

Die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis entsprechen im wesentlichen denen des Zechenarbeitsnachweises für das Ruhrrevier. Die Mitglieder des Grubenverbandes sind verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitern der Nachweiskeit mitzuteilen und nur Arbeiter anzunehmen, wenn sich diese im Besitze eines gültigen Ausweises von der Nachweiskeit befinden. Nur steht den Mit-gliedern frei, Arbeitskräfte aus dem Ausland heranzuziehen. Der Nachweiskeit ist unter Vorlegung eines amtlichen Legitimationspapiers über die Personalien der heran-gezogenen Arbeiter Kenntnis zu geben.

Hat ein Arbeitssuchender Arbeit angenommen, findet sich aber innerhalb zwei Tagen des für die Arbeitsaufnahme festgesetzten

Kleines Feuilleton.

Die Mütter der Zukunft.

Das sind die Mütter schöner Zukunft nicht, die nur gebären, daß sie Liebe büßen, und dann ins Joch der Duldersehern müssen, in hoffnungsgarmer, stumper Ehepflicht.

Sie schwären traurig wie im Totenlicht, — auch ihre Kinder werden Sklaven zeugen, die sich der Faust des Schicksals betend beugen, — sich selbst im Dichte, finden sie sich nicht.

Die Mütter schöner Zukunft aber schauen mit tapfern Töchtern, freien starken Söhnen in Tage, die ihr Leid und Lieben krönen und ihrem Segen gold'ne Tempel bauen. Denn nur der Freiheit soll die Liebe krönen und keinem Gott als ihrer Kraft vertrauen.

Julius Zerfas.

Das Dementi. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat die Nachricht, daß — nach dem Milliardenopfer — schon wieder eine Rüstungsvorlage vorbereitet werde, dementiert. Dadurch steht unzweifelhaft fest, daß diese Rüstungsvorlage in der Tat unter-wegs ist.

Ich möchte lieber Schullehrer in Wiedensleben oder Landarbeiter in Dittelsheim oder Privatist im Eisack sein als ein Redakteur der „Norddeutschen Allg.“. Diese Leute müssen ihre Leberauszungen und Erkenntnisse fast so häufig wechseln wie S. M. die Uniformen. Sie kriegen jeden Tag von sämtlichen Ministerien telephonisch und schriftlich das Zeug, das dem deutschen Publikum vorgelesen werden soll, und haben sich dann im Schweige ihres Ange-sichts zu mühen, dieses Entengesüßel, das sich nicht selten auch noch untereinander bössartig anzicht, stillschweigend zu fangen und zu rufen und in den unständlichen Spalten der „N. A. Ztg.“ labyrinthisch verwirrt, nach einem nur ihnen bekannten System, zu verteilen, zu verkleistern und zu verstreuen.

Am schlußmüsten daran ist vielleicht der wochen-schauerliche Zeit-artistler dieses Blattes. Er soll doch sozulagen eine Meinung äußern, eine norddeutsch-preussische natürlich und eine allgemeine, aber doch immerhin eine Meinung. Für den norddeutsch-allgemeinen Wochen-schauer ist das aber schwierig. Denn was heute im Reichsanzleramt unumstößlich schien, ist morgen schon einen Dreck wert, und wenn

er am Sonnabend die Ansichten des Kriegsminister wieder — laßt, so spuckt ihm am Montag das Militärkabinett auf den Kopf.

Im übrigen ist die „Norddeutsche“ wie jede „offizielle“ Zeitung, nämlich so langweilig, daß selbst ein vom Zeitdanz Befallener schon nach der Lektüre einer halben Spalte zu schnarchen anfängt. Das jedoch, was sie ewig jung erhält und weswegen sie von ihren dreihundertundsiebendundschzig Bureau- und Redaktionsabon-nenten gehalten wird, gehalten werden muß, ist das „Dementi“ (Dementium officinale mondax).

Die Naturbeschreibung dieses humoristischen Requisites aus dem Fundus des offiziellen Presse-theaters wäre etwa so zu fassen: Das „Dementi“ einer Nachricht in der „Norddeutschen“ ist die offizielle Bestätigung ihrer Richtigkeit.

Es ist Brauch aller tüchtigen Journalisten, ein Gerücht in die Welt zu setzen, lediglich um zu sehen, ob die „Norddeutsche“ es dementiert. Tut sie's, so ist das Gerücht als zutreffend erwiesen.

Es wäre dem vorzüglichen Blatt zu empfehlen, für seine „Dementis“ zwei gesonderte Rubriken einzuführen: eine kleine, in die die paar wirklichen Dementis kämen und eine große, spalten-lange für die übrigen.

Oder noch besser, das Blatt gibt ein für allemal die Erklärung ab: Das französische Wort „dementi“ bedeutet in unserem Allge-meinen Norddeutsch „Bestätigung“.

Mit dem Rino am Südpol. Als Kapitän Scott seine letzte Fahrt zum Südpol antrat, besand sich unter seinen Gefährten auch das Mitglied der Geographischen Gesellschaft, Herbert G. Ponting, der ein geschulter Filmopérateur ist und sich die Spezialaufgabe gestellt hatte, im ewigen Eise der Antarktis Rinaufnahmen zu machen. Hr. Ponting ist über seine Erlebnisse und Eindrücke befragt worden und hat erzählt:

Natürlich gaiten die meisten Aufnahmen unserem Schiffe und dem Leben unserer Gefährten. Dem Naturfreund aber werden vielleicht die erlangten Naturaufnahmen aus dem Vogel- und Tierleben der Antarktis kaum weniger fesselnd erscheinen. Vor allem die Pinguine. Ich liebe die Pinguine jetzt geradezu, und diese wunderlichen Vögel allein würden genügen, um in mir immer wieder die Sehnsucht nach den Südpolarregionen zu erwecken. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die Pinguine geradezu Mode werden. Im Leben sind diese Vögel eine unerschöpfliche Fundgrube des Interessanten und auch des Humors. Sie sind vielleicht die wunderlichsten und zugleich die dümmsten Vögel der Welt, hängen mit einer rührenden Liebe an ihren Kleinen; das geht sogar so weit, daß verlassene junge Pinguine — deren Eltern irgendwie umkamem — von anderen Pinguinen in Pflegehaft genommen und gleichsam adoptiert werden. Wie ungeschickt und drollig aber auch die ungelungenen Bewegungen dieser Vögel, die nicht fliegen können, sind: im Augenblick der Gefahr post sie ein verzweifelter Mut, mit ihren Flügelstümpfen kämpfen sie wie Boxer, und wir haben gar manche blauen und schwarzen Flecke in solchen Kämpfen davongetragen.“ Wie die Pinguine in gewissen großen Köwen ihre bit-

tersten Feinde haben, so ergeht es den Robben mit den Walfisch-törern. Ponting wurde dabei Zeuge mancher wortloser Tragödien der Tierwelt und mancher aufopferungssoollen Selbentaten der Mutterliebe. So sah er, wie ein Walfisch-törer gierig eine junge Robbe verfolgte und auch erbeutet hätte, wenn sich nicht im letzten Augenblick mit einem verzweifelt Entschluß die Mutterrobbin zwischen ihr Kind und dem Verfolger geworfen hätte. Sie bezahlte es mit ihrem Leben.

Notizen.

— Theaterchronik. Im „kleinen Theater“ ist am Dienstag, den 17. März, die Premiere des dreitägigen Lustspiels „Galos“ von Imre Bödes, einem jungen Ungarn.

— Die Krise im Leipziger Stadttheater. Die Stellung des Intendanten der Leipziger Stadttheater Kartersteig ist erschüttert, da der städtische Zuschuß auf 900 000 M. angewachsen ist. Kartersteig, dessen künstlerische Leistungen unbestritten sind, dürfte demissionieren.

— Das Marionettentheater Münchner Künstler. Das vom Herbst d. J. ab am Kurfürstendam 232 (unweit der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche) sein künftiges Berliner Heim bezieht, wird in einem amphitheatralisch ansteigenden Parfett und einem Rang mit kleinen Logen gegen 300 Zuschauer aufnehmen können.

— Das politische Attentat auf die Venus des Velasquez (angeblich!), das die englische Suffragette ausgedacht hat, wird in seinen Folgen nicht allzu tragisch sein. Die Risse werden geflickt werden (darin haben es die Gemäldereparaturatoren ja weit gebracht) und bald wird die Golde ihre in gelbem Infarnat schimmernde Hälfte (sie ist ja eine dunkelbläulige Spanierin) dem Publikum wieder unverletzt darbieten. — Illig war wie immer die Nachrichtenpresse, die ganze Spalten über die Affäre brachte. Querst sprach sie von einer Art, die einem Konstabler bald den Schädel gespalten hätte, aber schließlich begnügte sie sich mit einem Gademesser. Die Firma, bei der es gekauft war, und das Alter der Attentäterin nebst der Farbe ihrer Strümpfe konnte leider nicht angegeben werden. Es soll aber nachgeholt werden — ebenso die Ansicht des Herrn Velasquez, der zur Zeit leider nicht zu Hause zu treffen war.

— Die Galerie des kleinen Mannes hat man wohl die bisigen Reproduktionen (auch die Postkarten) nach bekannten Kunstwerken genannt, weil sie es auch dem Minderbemittelten er-lauben, sich in schwachen Abglanze künstlerischer Herrlichkeiten zu erfreuen. Mancher wird sich z. B. in diesen Tagen die Venus des Velasquez anschaffen. Die aborne Schmäffeln nach unzähligen Künstlerarten bedroht natürlich solchen Kunstgenuss. Es ist daher begrüßenswert, daß auch der Verein Berliner Künstler sich in einer Eingabe an den Justizminister dagegen gewandt hat. Mit Recht wird darin hervorgehoben, daß die wirksamste Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild die Verbreitung von guten Nach-bildungen edler und reiner Kunstwerke ist — selbst wenn darauf un-befleibete Körper dargestellt sind.

Termin nicht ein, darf er nicht mehr zur Arbeit zugelassen werden und erhält in den nächsten zwei Wochen keine Arbeit nachgewiesen. Dasselbe tritt ein, wenn ein Arbeiter unter Kontraktbruch abtritt oder entlassen wird.

Verbandsverträge, die diese Bestimmungen nicht beachten, werden mit einer Konventionalstrafe von 1000 R. belegt.

Werden den obersten Verarbeitern, unter denen gewissenlose Quertreiber erneute Zersplitterungsversuche machen, angesichts dieses nachteiligen Unternehmertums endlich die Augen aufgehen?

## Soziales.

10 1/2 Millionen Verletzte, 2 1/2 Millionen Schwerverwundete, 167 638 Tote.

Theoretisch ist das Problem des Arbeiterschutzes, vor allem auch das der Unfallverhütung, man kann sagen, so gut wie gelöst. Die Anwendung der in dieser Beziehung gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen in der Praxis würde die Zahl der Unfälle mindestens gewaltig einschränken. Die Zahl der sogenannten unvermeidlichen Unfälle ist in Wirklichkeit sehr gering. Wo Mangel an geeigneten Vorbeugungseinrichtungen eine Katastrophe herbeiführt, da muß die Formel von „höherer Gewalt“ oder vom „unvermeidlichen Ereignis“ herhalten.

Allerdings, Theorie und Praxis sind verschiedene Dinge. Die Praxis läßt Schwierigkeiten heraustreten, an denen die schönste Theorie scheitert. Das zeigt sich auch in der Frage der Unfallverhütung. Diese kostet nämlich Geld. Das ist ihr größtes Hindernis. Der Zweck der Warenproduktion ist ja nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erzielung von Profit. Und alles, was auch nur scheinbar den Profit schmälern könnte, findet den heftigsten Widerstand der kapitalistischen Kreise. Arbeiterschutz ist ihnen ein Greuel. Das zeigte sich noch wieder am Sonnabend, den 7. März d. J., bei den Verhandlungen über die Fabrikinspektion im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Automatisierung des Produktionsprozesses, das Eindringen der Maschine in fast alle Berufsgebiete und für die kompliziertesten Arbeitsgebiete, der Siegeszug der Technik in Handel und Verkehr sowohl als auch in der Warenherstellung hat die Unfallgefahr in einer großen Zahl von Gewerben und Betrieben ganz erheblich gesteigert. Einmal stellt die heutige Arbeitsweise an die Arbeitskraft erhöhte Ansprüche, macht den Körper schneller müde, raubt ihm die Elastizität für die Beachtung der Unfallgefahren; dazu kommt die Steigerung der rein mechanischen Unfallmöglichkeiten.

Mit dieser Entwicklung hat der ohnehin von jeder rückständige Arbeiterschutz nicht gleichen Schritt gehalten. Kein Wunder daher, daß die Zahl der Unfälle mit fast automatischer Sicherheit von Jahr zu Jahr größer wird. Mit ebenso großer Sicherheit steigen allerdings auch die Dividenden hinauf. Das mag manche Aktionäre mit den „unvermeidlichen Unfällen“, die selbstverständlich ihr menschliches Mitleid auf tiefste rühren, etwas ausöhnen, aber den Arbeitern und der Gesamtheit wäre es doch dienlicher, die Zahl der vermeidbaren Unfälle zu ermäßigen, und wenn das auch einen Bruchteil der Dividende kostete. Eine Reihe von Unfällen sind übrigens die Folge alten Schlendrians und främerhafter Engherzigkeit.

Hier kann man sich von alten Arbeitsmethoden nicht lösen, obwohl eine Modernisierung die Produktionskosten zweifellos vermindern würde, dort sieht man eine kleine Ausgabe für Schutzrichtungen, obwohl sie sich bald doppelt und dreifach bezahlt machen würde. Nebenbei sei hier erwähnt, daß z. B. die Durchführung der dreigeteilten Schicht in den kontinuierlichen Betrieben der Eisenindustrie längst bekannte, die Produktion verbilligende technische Verbesserungen allgemein zur Einführung bringen würde. Daß die Achtstundenschicht unerschwingliche Kosten verursachen würde, wagen die Großindustriellen schon gar nicht mehr zu behaupten. Zu einem guten Teil entdringt der Widerstand gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, die auch eine Verminderung der Unfälle im Gefolge haben würde, politischen Erwägungen und Instinkten. Man hält es für zweckdienlich, daß der Arbeiter keine Zeit habe, sich als Mensch zu fühlen, sich zunächst geistig aus den Ketten der kapitalistischen Sklaverei zu befreien und dann bewußter Klassenkämpfer zu werden. Daß 12- bis 15stündige Arbeitszeiten, wie sie noch vielfach zur Regel gehören, die Unfallhäufigkeit steigern, ist eine bekannte und wohl kaum noch bestrittene Tatsache. Ueberstunden kosten Unfälle.

Die herausgestellten Umstände erklären es, daß im Jahre 1912 die Zahl der Unfälle nicht nur sich verminderte, sondern in bedenklicher Weise zunahm. Die Zahl aller Unfälle betrug im Berichtsjahre 742 422 oder 25 838 mehr als im Jahre vorher und 69 461 mehr als im Jahre 1910. In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der versicherten Personen (abzüglich 3 Millionen doppelt Versicherter) von rund 24 550 000 auf 25 400 000 oder um 3,4 Proz. gestiegen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Unfallverletzten um nicht weniger als 10,3 Proz. Schon diese einwandfreien Angaben, die sich aus den Nachweisungen der Berufsgenossenschaften ergeben, lassen keinen Zweifel darüber, daß es mit dem Arbeiterschutz in Deutschland jammervoll bestellt ist. Einen überzeugenden Anschauungsunterricht darüber bietet weiter die nachfolgende Zusammenstellung der Unfälle in den letzten 20 Jahren. Es betrug die Zahl

	aller Verletzten	der entschädigungs-pflicht. Unfälle	der Unfälle mit tödlichem Ausgang
1893	264 180	62 729	6336
1894	282 992	69 619	6361
1895	310 129	75 527	6448
1896	351 789	86 403	7101
1897	389 117	92 926	7416
1898	407 522	98 023	7984
1899	443 313	106 036	8124
1900	454 341	107 654	8507
1901	476 260	117 336	8501
1902	488 707	121 284	7975
1903	590 507	129 375	8370
1904	558 965	137 673	8752
1905	609 190	141 121	8028
1906	645 583	139 726	9141
1907	662 901	144 708	9815
1908	692 321	142 965	9856
1909	664 247	139 070	9963
1910	672 961	132 064	8857
1911	716 584	132 114	9443
1912	742 422	137 089	10800
Zusammen	10 851 951	2 812 837	167 638

10 1/2 Millionen Verletzte, 2 1/2 Millionen Schwerverwundete und 167 638 Tote! Das sind die Opfer, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit dargebracht worden sind. Millionen von Unglücksfällen hätte vorgebeugt werden können. Millionen von Menschen hätte man Leiden und Qualen erspart, vor gesundheitlichen Schäden bewahrt, ihnen die gesunden Glieder und vielen Tausenden das Leben erhalten bei nur einigermaßen ausreichender, dem Stande der Technik und Gewerbehygiene entsprechender Schutzeinrichtungen. Dazu gehört auch der Ausbau der Gewerbeinspektion, vor allem nach der Richtung, daß Kontrolleure, aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen frei gewählt, eingestellt werden.

Aber die herrschende Gesellschaft vermag den notwendigen und möglichen Schutz. Sie ist daher verantwortlich für das fortgesetzte hinaufschwollen der Unheilsziffer, für die erschreckende Vergrößerung des Heeres der Krüppel, für die Vermehrung der Todesopfer, der Witwen und Waisen. Manche der Verantwortlichen geraten gar wohl noch in sittliche Entrüstung über den „Verichtsin der Arbeiter“ und die sündhafte Rentenjudt Unfallverletzter, wie sie Wissenschaftler nach der Art des Professors Bernhard so lebendig schildern, daß man glauben könnte, Arbeiter verlangten geradezu danach, durch Unfall zum Krüppel zu werden, nur um in den Genuß einer Rente zu gelangen. Wenn das wahr wäre: welche furchtbare Anklage gegen die herrschende Gesellschaft läge darin!

### Sind Sie auch gesund?

Viele Prinzipale glauben durch diese an neu zu engagierende Angestellte gerichtete Frage eine gewisse Gewähr für Vermeidung der Arbeitsunfähigkeit zu erlangen. Daß diese Gewähr indessen sehr zweifelhafter Natur ist, zeigte ein vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts jetzt verhandelter Fall.

Der von der erkrankten Angestellten verklagte Chef stützte sich auch auf die Tatsache, daß das junge Mädchen ihm beim Engagement auf die Frage, ob es auch gesund sei, ausdrücklich mit „Ja wohl“ geantwortet habe. Wenn nun das Mädchen in der vorigen Stellung an hochgradiger Gleichschicht und Blutarmut erkrankte und nach wenigen Monaten in der neuen Stellung wegen derselben Krankheit wieder fehlen mußte, so sei die Bejahung der Frage nach der Gesundheit nicht mit der Wahrheit in Einklang zu bringen. Ein Prinzipal müsse doch in der Lage sein, bei Reengagement den wahren Gesundheitszustand der Angestellten zu erfahren. Werde er nach dieser Richtung falsch unterrichtet, so liege ein Irrtum in der Person des engagierten Gehilfen vor, und das Engagement sei wegen Irrtums anzufechten.

Zur Verhandlung hatte das Kaufmannsgericht den Sanitätsrat Dr. M., der das junge Mädchen seit längerer Zeit behandelt, als Sachverständigen geladen. Dieser bekundete, daß bei der Patientin eine ungewöhnlich starke Anämie vorlag, die absolute Arbeitsunfähigkeit bedingte. Wenn Klägerin die Frage: „Sind Sie gesund?“ bei ihrer Vorstellung mit „Ja“ beantwortete, so lasse das keinesfalls die Schlussfolgerung zu, daß sie den Beklagten belogen habe. Sie kann sich zu der fraglichen Zeit sehr wohl ganz gesund gefühlt haben, wie es überhaupt gar nicht zu den Seltenheiten gehört, daß Personen innerlich ernstlich krank sind, ohne es selber zu wissen. Der Sanitätsrat führte aus seiner Praxis Fälle an, bei denen Patienten nicht wahr haben wollten, daß sie krank sind, während der objektive ärztliche Befund dies in zweifelsfreier Weise ergibt. Die Beantwortung der Frage: „Sind Sie gesund?“ von seiten eines Laien ist daher vom ärztlichen Standpunkte aus so gut wie bedeutungslos. — Auf Grund dieses Gutachtens wurde der Beklagte zur Zahlung des Gehalts während der Krankheitszeit verurteilt.

# TUNIKA



## Drei typische Formen!

Cotelé-Kostüm aus vorzüglicher Ware in blau, grün und blau mit schönem gold. Schottenschal auf Seide

31 75

Elegante Fassung, durch den schönen Seidenschal ganz besonders effektiv, voll wirkend, auf Seide

37 75

Der neue karierte Stoff, elegant verarbeitet zum neuen modernen Fassung, auf Seide

29 50

# C & A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

ist jetzt bereits das „sine qua non“ der herrschenden Mode. Und in Verbindung mit dem blusenartigen Jackett ist die Tunika nicht nur äusserst kleidsam, sondern passt sich auch in idealer Weise jeder Grösse und jeder Figur an.

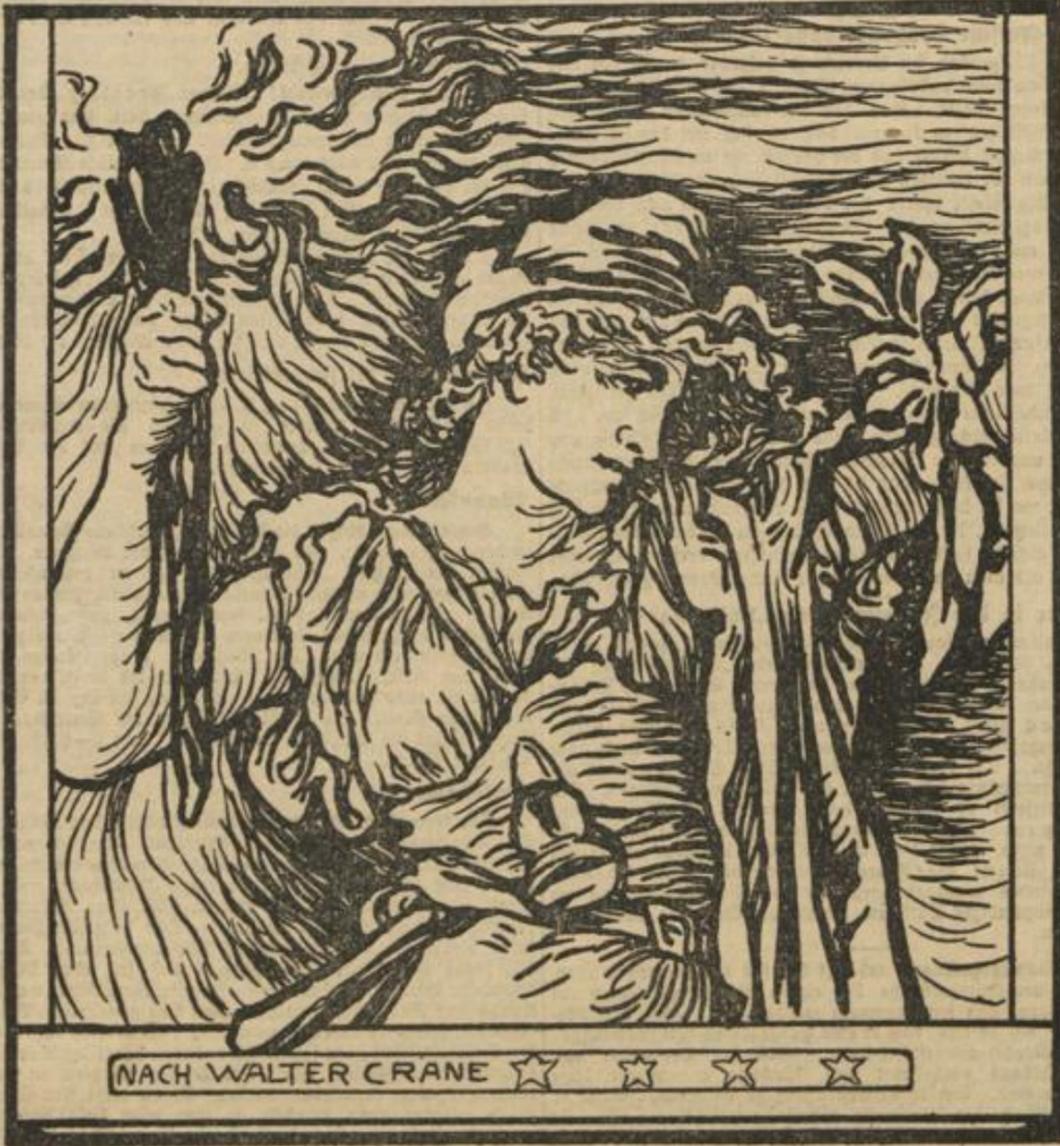
Schon die nebenstehenden drei Abbildungen werden Ihnen beweisen, dass wir der Situation wieder vollkommen gewachsen sind. Denn wie immer bringen wir diese schöne Mode nicht nur in überwältigender Mannigfaltigkeit, sondern auch unserem Prinzip getreu gleich zu Anfang der Saison zu Allen zugänglichen

## niedrigen Preisen!

Königstrasse 33    Chausseestrasse 113  
a. Bf. Alexanderpl.    Beim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen.

# ROTE WOCHE



## Trotz alledem!

Die Polizei hat schwere Tage: Die „Rote Woche“ hat es ihr angetan. Erst war es die Fassung des Plakats, welches die Frauenversammlungen am Sonntag ankündigen sollte. Die Tagesordnung: Heraus mit dem Frauenwahlrecht! Klang gar zu alarmierend. Schließlich wurde auf Beschwerde hin gestattet zu sagen: „Das Frauenwahlrecht“ oder „Besprechung über das Frauenwahlrecht“. Nicht gehindert werden konnte, daß in den Sonntagsversammlungen laut und vernehmlich die Forderung erklang: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ Es konnte auch nicht verhindert werden, daß dort, wo Kauf u. Hartmann kein Monopol hatte, die Plakate mit der Herrn Jagow's ärgersüchtigen Aufschrift angeklebt wurden.

Mit den anderen Plakaten, welche die Aufforderung zum Eintritt in die Wahlvereine und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ enthielten, ging es nicht viel besser. Durften sie nach dem Machtwort Jagow's nicht in den Schaufenstern ausgehängt werden und wurden sie selbst nicht einmal an den Wänden der Lokale geduldet und von Polizeibeamten eingesammelt, so dauerte es nicht lange, prangte der Inhalt dieser Plakate am Sonntag früh bereits auf der ersten Seite des „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ ist aber eine Zeitung und kann beim besten Willen nicht unter das alte Plakatgesetz gebracht werden; man kann niemandem etwas am Zeuge flicken, der das Sonntagsblatt im Zusammenhang öffentlich aushängt. Nun richtet sich wieder der Polizeieifer gegen diese Sonntagsnummer mit der dem Plakat nachgedruckten Inschrift. Anscheinend erinnert der Lapidarstil zu sehr an Jagow's berühmten Anschlag: „Ich warne Neugierige!“

Wie uns berichtet wird, waren Polizeibeamte wieder auf den Beinen, um den vernahelichten „Vorwärts“ vom Sonntag in eine dunkle Ecke zu balancieren. In einem Falle wurde einem Zeitungspediteur gesagt, er möge den „Vorwärts“ vom Sonntag aus dem Ladenfenster nehmen; eine vom Präsidium eingetroffene Depesche verbiete das. Auch bei Restaurateuren erschienen Polizeibeamte mit der Aufforderung, ihnen den „Vorwärts“ vom Sonntag auszuliefern, er dürfe nicht ausgehängt werden. Das ist falsch. Die Polizei hat kein Recht, den „Vorwärts“ zu beschlagnahmen, denn einer Beschlagnahme kommt die Maßnahme der Polizei gleich. Ihr Verhalten ist ungefällig!

Aber wie der Hydra für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue nachwachsen, so ging es auch hier. In der Nacht zum Mittwoch kamen uns die Heinzelmännchen zu Hilfe. Gespenstisch huschten sie hin und her und bald prangten an Häusern, Straßenecken, an Zäunen und an Bäumen Zettel mit der Aufschrift:

Das Anschlag des Plakats für die

## Rote Woche

wurde

### polizeilich verboten!

Es enthielt die Aufforderung:

### Tretet den Wahlvereinen

bei, werdet

### Abonnenten des „Vorwärts“.

In einem Hause am Köttbuser Ufer, in dem sich ein Polizeirevier befindet, klebte dieser Anschlag ganz eintönig neben der polizeilichen Ankündigung: Ausgabestelle für Quittungskarten!

In verschiedenen Stellen lauerte die Gefahr diesen flinken, fleißigen Menschen, die sogar über Kleinstertopf und Pinsel verfügten, auf. Zu Fuß und auf Stahlrossen hatten sich die Abgeordneten Jagow's eingefunden und brachten ihre zahlreichen Opfer nach den Polizeiwachen. Alles umsonst! An die Stelle des einen traten andere. Und am gestrigen Morgen lachte Berlin; lachte über die neueste Phase der Roten Woche, die einzig und allein auf Jagow's Konto zu setzen ist.

Heute geht die Arbeit weiter! Heute muß nachgeholt werden, was bisher noch versäumt wurde.

U n d m u ß die Arbeit vollendet werden!

## Trotzdem und trotz alledem!

## Parteiangelegenheiten.

### Jugendsektion des 5. Kreises.

Genossinnen und Genossen! Benützt die „Rote Woche“ zur Agitation für unsere Versammlung am Sonntag, den 15. März, abends 6 Uhr, in Schulz' Festsaal, Königsgraben 2. Vortrag des Genossen Pleck: „Der 18. März 1848“. Nachdem gefälliges Beisammensein. Niemand fehle! Gäste mitbringen!

Reinickendorf-West. Der auf heute, Donnerstag, angelegte Vortragsabend fällt wegen der „Roten Woche“ aus. Der nächste Vortrag findet am Donnerstag, den 19. März, bei Galmann, Scharnweberstr. 54, statt.

Staaken. Sonnabend, den 14. März, 8 1/2 Uhr, bei Gnäbig: Generalversammlung. Tagesordnung: II. a. Neuwahl des Vorstandes. Die Gemeindevereinerwahl findet am Donnerstag, den 19. März, statt und zwar wählt die III. Abteilung von 2-1/2 Uhr, die II. Abteilung von 5-6 Uhr und die I. Abteilung von 7 bis 7 Uhr. Trotz der unangünstigen Wahlzeit müssen wir alles daran setzen, unseren Kandidaten, den Genossen Karl Schäfer, als den ersten Vertreter unserer Sache in dieses schwarze Dorfparlament zu schicken.

## Berliner Nachrichten.

### Märzstimmung.

Auf den strauchbepflanzten Blüten und den baumbestandenen Straßen der Großstadt ist nun der Frühling eingezogen. Jaghaft und schüchtern sind vorerst noch seine Schritte. Und doch schwellen die Knospen mit jedem werdenden Tage. Hier und da hat sich bereits ein lichtgrünes, gefaltetes Blättchen aus seiner braunen Umhüllung herausgeschält. Ein paar zarte Palme leuchten in der Mittagssonne am Erdboden. Die Schneeglöckchen sind erwacht, Tausendschön blüht weiß im kümmerlichen Rasengrün, Zwiebelgewächse strecken ihre Triebe und Kinderaugen bestaunen das erwachende Leben in der Natur.

Nun macht der Tag wieder der Nacht die Herrschaft streitig. Und wenn auch in fröstelnden Regenschauern grauschmelzende Schneeflocken sich vom Märzsturm erdwärts peitschen lassen, es drängt doch alles zum Lichte empor. Ohne Bewölkung ist der Himmel fast nie, bald verhängen ihn graue Schleier, bald haben weiße Wolkenbänke sein verwachsenes Blau getupft. Und Büsche und Baumkronen heben sich in nur mäßig scharfen Konturen von diesen mehr oder weniger grauen Schleiern ab. Aber die Linien ihrer Ruten haben sich gegen den Winter merklich verändert: sie haben durch die dick geschwollenen Knospen etwas Gezacktes, Knotiges bekommen. Eine feuchte Fruchtbarkeit läßt diese Knospenknollen glänzen und schillern. Und aus dem Erdboden, von dem ihnen Säfte und Kräfte emporsteigen, atmet ein herber und starker Schollenhauch.

Die grauen Steinkästen der Mietshäuser, welche die in ersten Frühlingsschauern sich entwickelnden Bäume und Büsche der Großstadtfläche und -straßen rahmen, stehen starr wie immer. Ihre stumpfen Dächer bleiben farblos selbst im Glanze der Mittagsmärzensonne. Ihre schnurgerade gezogenen Fensterreihen haben zu allen Jahreszeiten das gleiche Gesicht. Nur das Leben der Straße ist ein anderes geworden. Ein Kinderlärm durchjauchst wie Vagelstanz den Straßenpfad durch die städtische Steinwüste. Sie spielen die uralten Frühlingsspiele, tollern und jagen, singen und springen. Eine Laubenschar probt hoch über den unedlen Dächern freifliegende Flüge. Auf einem Schornsteinrand sitzt ein kleiner Vogel und schmettert in den sinkenden Tag hinaus sein jubelndes Lied. Der Lärm der Straße läßt nicht allzu viel davon vernehmen. Automobile jaulen, die Wagen der Elektrischen rasseln und rattern. Ein halbes Duzend blondköpfiger Kinder aber hat sich zum Ringelreigen die Hand gereicht, und eine helle Mädchenstimme singt: „Nacht auf das Tor, macht auf das Tor, es kommt ein goldner Wagen! . . .“

### Stimmungsmache gegen die Rote Woche.

Die Rote Woche hat es manchem angetan. Elferliche Federn sind bemüht, in der gegnerischen Presse die Verbeaktion unserer Partei zu verunglimpfen. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wirft Flugchriften mit den schlimmsten Schmähungen gegen uns in die Massen; andere Gegner haben an Häuser Zettel angeklebt, auf denen zu lesen steht: „Die Rote Woche findet nicht statt.“ Und zahlreiche Schmäharten und Inschriften aus dem gegnerischen Lager flattern auf unsern Reklamationsstisch.

Jetzt wird ein Vorfall gegen uns auszunutzen gesucht, der sich in Charlottenburg ereignet hat. Es wird berichtet, daß in der letzten Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Kaiser-Friedrich-Denkmal auf dem Luisenplatz vor dem Schloß mit der Aufschrift: „Rote Woche“, versehen worden sei. Diese Aufschrift soll etwa 2 Zoll groß und mit rotem Anilinfarbstoff aufgetragen worden sein. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung nahm der Oberbürgermeister das Wort und verurteilte in scharfen Worten diese Besudelung des Denkmals. Und der Polizeipräsident von Charlottenburg sah sich veranlaßt, einen öffentlichen Anschlag anzubringen, in welchem er zur Ermittlung des oder der Täter 1000 M. Belohnung aussetzt.

Auch wir bedauern den Vorfall lebhaft. Öffentliche Kunstwerke stehen unter dem Schutz der Öffentlichkeit und sollen vor jedem Angriff bewahrt bleiben. Auffallen aber muß immerhin der Eifer, mit dem der Vorfall auszunutzen versucht wird. Die Belohnung für die Ermittlung des Täters erfolgt in solcher Höhe sonst nur bei Kapitalverbrechen. Jedenfalls hat der Urheber den Gegnern der Roten Woche einen großen Gefallen getan. Ob das gar beachtlich ist?

### Vom Berliner Milchkrieg.

In dem Streit zwischen den Milchproduzenten der Mark Brandenburg und den Milchpächtern aus Berlin und Umgegend spielen die kleinen Milchhändler eine besondere Rolle. Sie sind Teilnehmer der Milchpächter und befinden gegenüber ihnen sich ungefähr in derselben Lage, wie die Milchpächter gegenüber den Milchproduzenten. Die Milchpächter fürchten, daß die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten sich eine Monopolstellung schaffen will, um dann die Milch nach Herzenslust verteuern zu können. Wehnliches erwarten viele der kleinen Milchhändler von den Milchpächtern, falls es diesen gelingt, die Macht der märkischen Milchproduzenten zu schwächen. In dem Milchkrieg marschieren mit den Milchpächtern ein Teil der kleinen Milchhändler, ein anderer Teil dagegen hält es mit den Milchproduzenten. Die vereinigten Milchhändler des Ostens vom

**Berlin** sind es, die sich für die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten erklärt haben. Sie werfen dem Reichspächtern vor, daß sie nach einer Monopolstellung trachten, die ihnen eine Milchverwertung ermöglichen soll. Auch von der Handelskammer, die inzwischen in den Streit eingegriffen hat und ihn schlichten will, versprechen sie sich nichts Gutes. Die Vermittlerin werde, fürchten sie, nur die Machtgelder der Milchpächter stärken, was zu einer weiteren Schwächung der kleinen Milchhändler und vielleicht zu ihrer Vernichtung führen müsse. Eine öffentliche Versammlung, die von der Organisation der Milchhändler des Ostens einberufen worden war, sollte dem Zusammenschluß des gesamten Milchhändlerhandels dienen. Nach sehr erregter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung bedauert aus tiefster Seele den vom Verein Berliner Milchhändler gegen die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten vom Jahre gebrochenen Streit, der nur geeignet ist, die Existenz der Milchhändlerabnehmer zu schädigen. Die Milchhändler sehen in dieser Interessengemeinschaft ein Unternehmen, das regelnd in die Milchverwertung Berlin eingreifen kann, ohne eine weitere Vertretung der Milch, wie sie von den Berliner Milchpächtern seit Jahren geplant wird, hervorzurufen. Die Versammlung erwartet eine Gerabsetzung der Einkaufspreise des Milchhändlerhandels durch die Pächter und steht jeder Vertretung der Milch feindlich gegenüber.“ Bei diesen Kämpfen zwischen Milchproduzenten und Milchpächtern oder zwischen Milchpächtern und kleinen Milchhändlern hat der Konsument begreiflicherweise vor allem den Wunsch, daß nicht ihm die Milch verteuert wird. Ob die Vertretung ihm von der Milchproduktion oder von dem Milchhändler droht, das macht für ihn keinen Unterschied aus. Auf ihm bleibt zuletzt jede Preisveränderung hängen und er ist es, der den Lebensmittelvertretern den höheren Profit heranschaffen muß.

### Städtische Hochbaudeputation.

In der letzten Sitzung der Deputation gab Stadtbaurat Hoffmann eingehende Auskunft über den gegenwärtigen Stand derjenigen Bauausführungen, die der Hochbauverwaltung unterstellt sind und die infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit besondere Förderung erfahren sollten.

Im Vordergrund stehen dabei die umfangreichen Schulbauten. Vier Gemeindeoberschulen und eine dreifache Schulanlage sind in letzter Zeit fertiggestellt und befinden sich in der Abrechnung. Bis zum 1. April werden fertiggestellt die Baugewerkschule, eine Gemeindeoberschule mit Hilfschule sowie vier größere Ergänzungsbauten älterer Schulanlagen und die Neubauten der Erziehungsanstalt Pichlerberg, wo ab dann mit den Umbauten begonnen wird. Am 1. Oktober werden vollendet die Werkstätte, eine Pflichtfortbildungsschule und drei Gemeindeoberschulen. In der Ausführung begriffen sind bis 1. April 1915 fertiggestellt folgen weiter ein Gymnasium, eine Realschule, eine Oberrealschule, 4 Gemeindeoberschulen und 3 größere Ergänzungsbauten. Projektiert werden ausgedehnt 15 Schulneubauten, von welchen der größte Teil im laufenden Jahre in Angriff genommen wird.

Teils in der Ausführung, teils in der Projektbearbeitung sind 4 Badeanstalten, 8 Krankenhausbauten, 3 Feuerwachen, die Erweiterungsbauten der Zentrale des Wad, die Friedhofsbauten in Buch, ein Verwaltungsgebäude in der Badstraße, die großen Neubauten auf dem Schloßhof, die Großmarkthalle, die Bebauung des Insel-Sprenggrundstücks usw.

Bis zum Frühjahr 1915 werden fertiggestellt 15 große Schulneubauten und 7 umfangreiche Erweiterungsbauten älterer Schulanlagen, die IV. Trennanstalt in Buch, das Leichtkrankenhaus Johannisplatz, die neuen Personalgebäude im Krankenhaus am Friedrichshagen, das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus, die Um- und Neubauten der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße.

In den letzten Monaten sind Tischlerarbeiten für 1 200 000 M. zur Ausführung gegeben, die später in den Bauten Verwendung finden sollen.

Es ist anerkannt, daß die Hochbauverwaltung das im Herbst vorigen Jahres gelegentlich der Arbeitslosenarbeiten vom Stadtbaurat in der Stadtverordnetenversammlung gegebene Bauprogramm durchgeführt hat und das mit größerer Beschleunigung gearbeitet worden ist, als im allgemeinen angenommen wurde. Allein die Hochbauverwaltung darf es nicht dabei bewenden lassen, nur die Neubauten zu fördern, zu ihren Obliegenheiten gehört auch die Instandhaltung älterer Bauwerke auf den städtischen Grundstücken, besonders die Unterhaltung der vielen Schulen. Leider muß hier konstatiert werden, daß viele derselben sich in einem Zustande befinden, welcher der Stadt Berlin keine Ehre macht. Bei den alljährlichen Vorbereitungen werden jedesmal viele bringen notwendige Renovierungen der Klassenzimmer, der Korridore, Treppenhäuser und Fußböden, der Anstrich von Fenstern und Türen zurückgestellt, weil die im Etat angelegten Mittel nicht ausreichen. Pflicht der hier zuständigen Baubeamten dürfte es sein, rücksichtslos der Schuldeputation klar zu machen, was vom bautechnischen Standpunkt alljährlich an Erneuerungen notwendig ist, um auch unsere älteren Schulen in einem einwandfreien baulichen Zustande zu erhalten.

Die Markthallen-Deputation genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig das Bauprogramm und die Etappe für den Neubau der Großmarkthalle an der Weißhofstraße und beschloß, nunmehr die Bauverwaltung um die Ausarbeitung des Vorprojektes zu ersuchen.

### Ausnahme in die Heimstätten.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten wurde eine Neuregelung des Aufnahmeverfahrens beschlossen, nach welchem dasselbe in kürzerer Zeit bewerkstelligt werden soll. Der Vorstand der Heimstätten wird sich zu diesem Zweck mit der Landesversicherungsanstalt und der Ortskrankenkasse zu gemeinsamer Beratung vereinigen. Auch wird man sich mit der Armendirektion zum Zwecke der weiteren Befestigung des bisher üblichen Verfahrens ins Einvernehmen setzen.

Dieser Beschluß ist nur zu begrüßen. Wie wir hören, soll in Zukunft dafür Sorge getragen werden, daß Patienten, besonders Frauen, so rechtzeitig von ihrer Aufnahme in die Heimstätten Kenntnis gegeben wird, daß sie noch Zeit haben, ihre Angelegenheiten in der Familie zu ordnen. Unsere Mitleid in dieser Sache veröffentlichte Beschwerde ist demnach als berechtigt anerkannt worden; sie ist die Ursache zu dem gefassten Beschluß.

### Frauen in der Waisenspflege.

Die Stadtverordneten Cassel und Genossen haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zu Nr. 5 der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unter Abänderung der bestehenden Organisation, die Waisenspflege durch eine besondere selbständige Abteilung der Armenverwaltung zu verwalten zu lassen und zwar derart, daß auch Frauen als stimmberechtigte Mitglieder dieser neuen Organisation gewählt werden können. Die Versammlung ersucht ferner, der Magistrat wolle zur Verwaltung des Fürsorgewesens Frauen als nicht stimmberechtigte Mitglieder hinzuziehen.“

### Herrenlose Sparkassenbücher.

108 Sparkassenbücher mit Guthaben sind seit 30 bezw. 35 Jahren bei der Berliner Sparkasse nicht vorgelegt worden. Bei 85 Büchern erlischt in sechs Monaten das Recht der Sparer an diese Guthaben und bei den übrigen hört nur die Verzinsung der Guthaben auf.

### Brillantendiebstahl.

Mit einem großen Brillantendiebstahl beschäftigt sich zurzeit die hiesige Kriminalpolizei. Es handelt sich um Schmuckfachen im Werte von 2800 M., die auf geheimnisvolle Weise der Frau des Großkaufmanns Rudolph Bergog in ihrer Wohnung in der Nichtensteinallee 3 gestohlen worden sind. Außer einer Brillantbroche im Werte von 1800 M. und einem Platinringe, der 4800 M. wert ist, stahl der geschickte Dieb, von dem bis jetzt noch jede Spur fehlt, sechs Einhundertmarkstücke. Alle Nachforschungen nach dem Täter und dem Verbleib der wertvollen Brillanten waren bis jetzt erfolglos. Auf die Wiederherbeischaffung der kostbaren Sachen ist eine Belohnung von 4000 M. angesetzt.

### Falsche Zeichenrekonstruktion.

Aus dem Torgraben im Grunewald gelandet wurde vor vier Wochen die Leiche eines unbekanntes Mannes, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hatte. Aus den Kleidungsstücken des Toten glaubte man feststellen zu können, daß es sich um den 35 Jahre alten Arbeiter August Schulz aus der Christstraße in Charlottenburg handelte, der von der dortigen Kriminalpolizei wegen Totschlägs gesucht wurde. Als solcher wurde der Mann daraufhin auch beerdigt. Nun wurde vorgefunden an der Charlottenburger Brücke die Leiche eines Mannes aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet, in dessen Taschen man die Sterbeurkunde der erschlagenen Frau Schulz aus der Christstraße fand. Als daraufhin Angehörige der Frau der Leiche gegenübergestellt wurden, erkannten sie in dem Toten den von der Polizei gesuchten Arbeiter Schulz bestimmt wieder. Die erste Rekonstruktion, die ebenfalls von Leuten, die den Mann kannten, gemacht wurde, war also irrig. Wer der im Torgraben gelandete, jetzt wieder unbekanntes Mann sein kann, weiß man bis jetzt noch nicht. Der Arbeiter Schulz hatte keine Frau, die sehr fleißig und ordentlich war und für den Lebensunterhalt sorgte, fortgesetzt mihandelt und zwar so schwer, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie bald verstarb. Die Leichenöffnung ergab, daß eine Schädelverletzung, die ihr Mann ihr beigebracht hatte, die Todesursache war. Schulz sollte daraufhin verhaftet werden, war aber verschwunden, als man zu diesem Zwecke seine Wohnung aufsuchte.

### Feuer in der Industriestätte „Luisenhof“.

Durch dreifachen Alarm wurde die Feuerwehre gestern Abend kurz nach 6 1/2 Uhr nach der Industriestätte „Luisenhof“ in der Dresdener Straße 94/95 gerufen, wo im vierten Stock eines Fabrikgebäudes in der Metallschleiferei und galvanischen Anstalt von Robert Rosä Feuer ausgebrochen war. Die Flammen hatten sich schon gefasst und auch schon einen Teil der Decke zum Einsturz gebracht. Die Wehr gab sofort kräftig Wasser, und es gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen. Ein Teil der Schleiferei ist zerstört, doch tritt bei der Firma keine Betriebsstörung ein. Da der Brand sich in der Decke zum Einsturz festgesetzt hatte, mußte diese in erheblichem Umfang eingerissen werden. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt, da bei Ausbruch des Brandes niemand mehr in der Schleiferei anwesend war. Nach einständiger Tätigkeit konnte die Wehr die Brandstelle wieder verlassen.

Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der Klempner Max, der kürzlich in der Ludwigstraße bei einem Wohnungseinbruch auf frischer Tat ertappt und festgenommen worden war. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß er eine ganze Reihe von Wohnungseinbrüchen in Moabit ausgeführt hatte. Weil der Verhaftete nun schon mit Zuchthaus vorbestraft war, fürchtete er, wieder diese Strafe zu bekommen. Um dieser Bestrafung zu entgehen, knipfte er sich am 27. v. M. in der Arrestzelle des Polizeipräsidiums auf. Er wurde jedoch von Beamten rechtzeitig aufgefunden, abgeschnitten und da er schon gelitten hatte, nach der Charité gebracht. Dort völlig gekümmert wurde er in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Hier gelang es ihm nun, in seiner Zelle sein Verhängnis, seinem Leben ein Ende zu machen, auszuführen. Als man ihn dort auffand, war er schon tot. Er hatte sich erhängt.

Von einem Kraftomnibus überfahren und getötet wurde gestern Abend kurz nach 7 Uhr auf dem Leipziger Platz eine noch unbekanntes Frau von etwa 45 Jahren, die einen Stiefel trug. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht. Die Verunglückte ist etwa 155 Zentimeter groß, hat wellertes Haar und trug einen braunen Hut mit Federn, ein schwarzes Jackett, einen graugestreiften Rock, eine schwarze Taille, eine kunte Federboa und in der Hand eine schwarze Tasche.

7. Berliner Sechstage-Kennen. Der Lauf im Sportplatz ist zu Ende. Es war wie bisher die übliche Jagd nach den von einigen Juchauern ausgelegten Prämien, die das Geld zu kämpfen veranlaßt und besonders in den Nachstunden zu bewegten Szenen Anlaß gab. Das Ziel, dem selbe eine Runde abzunehmen für das 1000 M. Prämien angelegt waren, scheiterte und erst die letzten Tage brachten eine Verringerung der Spitzengruppe. Am vierten Tage wurde das amerikanisch-australische Paar Fogler-Mac Ramara, die Belgier Debocq-Wanffe und die Deutschen Pawle-Marg überwindet; letztere beiden Paare fielen noch weiter zurück und sollten am Beginn des fünften Tages auscheiden. Hierbei gab es großen Tumult, den der Manager Thomann hervorrief, der seine Fahrer durchaus im Rennen behalten wollte. Dieser Tag brachte auch das Auscheiden der Franzosen Brocco-Poulain. Die bis dahin gut gefahrenen Straßensfahrer Aberger-Teichner und Weiss-Dachle fielen zurück. Erste bleiben nach einer Bestrafung noch in der Spitze, nehmen aber am Endkampf nicht teil.

Das Ergebnis des Rennens wurde durch neun Läufe über je 20 Runden ermittelt. In diesen traten die Paare Saldow-Lorenz, Witt-Stellbrink, Stoi-Riquel und Moran-Koot an. Siebenmal gingen Saldow-Lorenz als Erste über das Band, und zweimal als Zweite und errangen somit den Sieg im ganzen Rennen. Ergebnis: 1. Saldow-Lorenz; 2. Stoi-Riquel; 3. Witt-Stellbrink; 4. Moran-Koot; 5. Fogler-Mac Ramara, 1 Runde; 6. Stabe-Paebusch, 1 Runde zurück.

Verloren gegangen ist der Aufnahmegebühren-Laufungsblod Serie 8 Nr. 531-540 der „Vollstuförge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft Hamburg. Falls derselbe gefunden wird, wird gebeten, denselben bei der Rechnungsstelle 1, Berlin SO 16, Engelauer 18, abzugeben. Bis dahin wird der Blod als ungültig erklärt.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsportbundes „Solidarität“ veranstaltet am Sonntag, den 14. März, in sämtlichen Festhöfen der Neuen Welt, Halensheide 105-114, ein bayerisches Kirchweihfest. Es findet unter anderem eine Gratisverlosung statt (diverse Gewinne im Gesamtwert von 200 M.). Anfang 8 Uhr abends. Eintritt 50 Pf. inklusive Konz. Näheres im Inserat am Freitag im „Vorwärts“.

Kleine Nachrichten. Selbstmord verübt haben gestern zwei Männer, der 41 Jahre alte Feizer Julius B. aus der Kopenhagener Straße und der 32 Jahre alte Zimmermann Hermann Z. aus der Grenzstraße. Beide wurden von ihren Angehörigen tot aufgefunden. B. hatte sich mit Gas vergiftet, Z. in der Küche an der Türschwelle erhängt.

### Vorortnachrichten.

#### Schöneberg.

Anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses veranstaltet die Schöneberger Pflichtfortbildungsschule mit ihren angeschlossenen freiwilligen Fachkursen unter Beteiligung des Handwerks in der Ausstellungshalle des neuen Gebäudes vom 28. d. M. bis einschließlich 1. April d. J. eine Ausstellung der Arbeiten ihrer Schüler, zu deren Befestigung eingeladen wird.

### Neukölln.

Bei dem vom Arbeiter-Bundebund in Partschs Festhause veranstalteten Lichtbildervortrag ist ein Metallarbeiter-Kriegsfolter mit wichtigem Inhalt gefunden worden. Abzuholen ist derselbe bei Paul Wagner, Neukölln, Edmundstr. 10.

### Friedrichshagen.

Die Ergänzungswahlen für die 3. Abteilung finden am Sonntag, den 15. März, vormittags von 11 1/2 Uhr bis nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Die 3. Abteilung wählt in zwei Bezirken. Das Wahlkollekt für den 1. Bezirk ist „Restaurant Eiskeller“, Friedrichstraße 96/97, und für den 2. Bezirk Restaurant Conrad, Friedrichstraße 137. Unsere Kandidaten sind die bisherigen Vertreter Genosse Hans Riefe für den 1. Bezirk und Genosse Otto Stephan für den 2. Bezirk.

### Friedersdorf a. d. Ostbahn.

Auf zur Gemeindevahl! Morgen Freitag, den 13. März, finden die Wahlen im Gasthof Gronau statt, und zwar wählt die dritte Abteilung nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Kandidat ist Genosse Konrad Wänichmann. In der zweiten Abteilung, die von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr wählt, kandidiert Genosse Otto Wilinski. Die erste Abteilung wählt von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr; sozialdemokratischer Kandidat ist hier Genosse Franz Dunter.

Die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ auf die Wahl Bezug nehmende Notiz war unter dem Ort „Friedersdorf“ (Kreis Beeskow) bemerkt. Der aufmerksamere Leser wird gewußt haben, daß die in dem Bericht behandelten Dinge unter Friedersdorf gehörten, zumal ja auch von Friedersdorfer Wählern die Rede war.

### Petershagen bei Friedersdorf.

Zu der heute nachmittags 2 Uhr beginnenden Gemeindevorwahl wollen die Wähler so zahlreich als möglich bereits um 1/2 Uhr im Wahlkollekt anwesend sein, um auf die Befestigung des Wahlbureaus Einfluß zu erlangen.

### Wannsee.

Heute Donnerstag ist die Ergänzungswahl zur Gemeindevorwahl in der dritten Klasse. Zu wählen sind zwei Vertreter. Die Gegner machen die größten Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Sozialdemokratie in dem Gemeindepalast vertreten ist. Gestern wurden Flugblätter und Plakate verteilt, unterzeichnet von fast sämtlichen bürgerlichen Vereinen, voran die Freiwillige Feuerwehr, der Kriegerverein usw. Die Mitglieder dieser Vereine wissen aber nichts von dieser Unterfertigung. Was doch die Angst vor der Sozialdemokratie alles zuwege bringt! Morgen Freitag ist Ergänzungswahl in der dritten Klasse. Zu wählen ist hier ein Vertreter. An beiden Tagen findet die Wahl im „Reichsadler“ von 5-8 Uhr statt. Jeder tue seine Pflicht.

### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wählte den Magistratsassessor Dr. Hippardt zum beabsichtigten Stadtrat. Der im vorigen Jahre für die Letztvorwahl eingeführte Vermögenszettel wird erweitert, da er den Bedürfnissen der dortigen Anwohner nicht Rechnung trägt. Es sollen daselbst auch Putz, Käse, Eier, Mäckerwaren und dergleichen mehr verkauft werden. — Das städtische Museum unterstand bisher der Verwaltung des Museumsvereins. Es ist jetzt in den Besitz der Stadt übergegangen und soll vom Magistrat eine besondere Verwaltungsabteilung hierfür eingerichtet werden. Ferner wurde eine Reihe Etats durchgerechnet und genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wird der Oberbürgermeister darauf hin, daß die Finanzen der Stadt außerst gute seien. Besonderen Wert legt er auf das Ansammeln von Fonds. Vor allen Dingen müßten in Zukunft alle Zugausgaben vermieden werden. Wenn diese Ausführungen beifällig aufgenommen wurden, so war man bald darauf erkrankt, zu hören, daß eine Zugausgabe in Gestalt von 500 M. bewilligt zu werden sollte, und zwar zu einem Ehrenpreis für den Potsdamer Weidenerverein, dem nur Preußen und feudale Herren angehören. Selbstverständlich wurde diese Summe bewilligt, weil es die Stadt Potsdam ja für eine Ehrenpflicht hält, in einem guten Verhältnis zu den höheren Offizieren zu stehen.

Vom Auto totgefahren. An der Ecke der Rauener Straße an der Mittelstraße wurde gestern nachmittags der am 29. März 1911 geborene Sohn des Ritters Lindenau von einer Autodrochle überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

### Weihensee.

Ein zweifelhafter Selbstmord beschäftigt gegenwärtig die Kriminalpolizei. In dem Hause Ledderstr. 94 wohnte seit längerer Zeit der Arbeiter Reubaus mit seiner Frau und seinen beiden acht- und 11-jährigen Kindern. Vorgefunden mittig verlor die erst 80 Jahre alte Frau, als der Mann sich auf seine Arbeitsstelle begeben hatte, die Wohnung und brachte das kleinere Kind in das Vorderzimmer, während sie den älteren Knaben zu Bekannten geschickt hatte. Dann öffnete sie den Gashahn und trank ein größeres Quantum Salzlake. Als der Mann am Abend nach Hause zurückkehrte und ihm auf sein Klopfen nicht geöffnet wurde, drang er gewaltsam in die Wohnung ein. Frau R. lag infolge Gashahnöffnung tot auf dem Fußboden des Schlafzimmers, während das kleine Kind, ebenfalls ohne Bewußtsein, auf dem Sofa des Vorderzimmers lag. Ein herbeigeholter Arzt vermochte das Kind nach längerer Anstrengung ins Leben zurückzurufen, doch waren seine Bemühungen bei der Mutter vergeblich. Was die unglückliche Frau, die Mutterfreunden entgegen, in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

### Drewitz (Potsdam).

Der verschwundene Gemeindevorsteher. Seit dem 28. Februar ist der hiesige Gemeindevorsteher Kothler verschwunden. Man behauptet, daß Kothler, der vor 7 Jahren vom Landratsamt seines Amtes als Gemeindevorsteher kommissarisch eingesetzt wurde und vor 2 Jahren auf weitere 6 Jahre wiedergewählt wurde, weit über seine Befähigung gelebt habe. Bei der Öffnung des Geldschrankes der sich unter anschließendem Verhaftung Kothlers befand, wurde nicht ein Pfennig Bargeld gefunden. Der Gemeindevorsteher ist ein Mann von 34 Jahren und hat seine Frau mit zwei unmündigen Kindern zurückgelassen.

Wie uns von anderer Seite noch berichtet wird, soll eine amtliche Revision überhaupt nicht stattgefunden haben. Seit 1910 seien Abrechnungen nicht vorgenommen worden. Auf mehrmalige Anfragen habe R. erklärt, daß er die Abrechnungen noch nicht alle zusammen habe. Als nun endlich auf Grund einer Beschwerde beim Landrat eine Revision vorgenommen werden sollte, verschwand das Ortsoberrhaupt. Nach den bisherigen Ermittlungen fehlen 19 000 M. R. M.

Am Sonntag, den 14. März, finden am Ort die Gemeindevorwahlen statt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn die Arbeiter-Schaft größeren Einfluß auf die Führung der Amtsgeschäfte gehabt hätte, das nunmehr verschwundene Ortsoberrhaupt nicht in beliebigen Weise hätte schalten und walten können. Die Wahl bietet der weitestgehenden Veränderung Gelegenheit, durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten sich einen größeren Einfluß auf die Gemeindevorwaltung zu sichern.

### Markgrafriede.

In den Schulverband wählte die Gemeindevorstellung in ihrer Sitzung die Genossen Wilhelm Riegele und Kay Sträger. Der ehemalige Gemeindevorsteher und jetzige Verbandsschulvorsteher Galsch gab vor der Wahl noch bekannt, daß die Ergänzungswahl des Genossen Otto Graonick vom Landratsamt nicht befestigt worden sei. Die Bekanntgabe dieses Resultats verheißt ihre beachtliche Wirkung. Die von unseren Genossen präsentierten Kandidaten wurden glatt gewählt. Jetzt hat der Landrat wieder das einschließende Wort. Wie es auch ausfallen wird, unsere Genossen werden von ihrem Wahlrecht auch bei zukünftigen Gelegenheiten ausgiebigen Gebrauch machen.



**Achtung!**

# Brauereiarbeiter!

**Achtung!**

Sonntag, den 15. März, vormittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Lokal Neue Welt, Hasenheide 108/114 (großer Saal)

## Allgemeine

# Brauereiarbeiter - Versammlung.

Tagesordnung:

## Bericht der Lohnkommission über das Angebot der Unternehmer.

Diskussion. — Beschlussfassung.

Zu dieser Versammlung sind alle in den Lagerbierbrauereien, Mälzereien, Malzbierbrauereien und Bierniederlagen in Berlin und Umgegend beschäftigten und den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeitnehmer sämtlicher Kategorien eingeladen.

**Kollegen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung.**

Kollegen! Wir ersuchen Euch dringend, recht pünktlich zu erscheinen, da der Saal uns nur bis 2 $\frac{1}{2}$  Uhr zur Verfügung steht und die Polizeibehörde unter keinen Umständen die Abhaltung dieser Versammlung am Vormittag gestattet.

Die Einberufer:

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Deutscher Transportarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer. Deutscher Metallarbeiterverband. Verband der Böttcher. Deutscher Holzarbeiterverband. Verband der Maler und Lackierer. Verband der Kupferschmiede. Verband der Sattler. Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Ortsverwaltungen Berlin.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer  
sowie Berufsgenossen Deutschl. — Geschäftsstelle Groß-Berlin  
Engelauer 15. — Telefon: Amt Mpl. 13261.

## Einladung

zu der am  
Sonntag, den 15. März, vormittags 9 Uhr, in den Andreas-  
Festsälen, Andreasstraße 25, stattfindenden

## Außerordentlichen General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Verbandstage in Leipzig und die dazu gestellten Anträge.  
2. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.

Verte Kollegen! Wir verweisen darauf, daß gleichzeitig am Sonntag, mittags 12 Uhr, eine Allgemeine Betriebsversammlung der Brauereien stattfindet und bitten deshalb, pünktlich zu erscheinen. In der Versammlung wird ein endgültiger Beschluß über die Beitragsregelung gefaßt werden und erwarten wir deshalb, daß alle dienstfreien Kollegen anwesend sind!

Die Ortsverwaltung.

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 13. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

## Außerordentliche

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen. 2. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes. 3. Stellungnahme zum Verbandstage in Hamburg. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Delegierten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Mitgliedsbuch legitimiert!

33/15

Die Ortsverwaltung.

## Theater.

Donnerstag, 12. März 1914.

Anfang 6 Uhr.

Eines Valost am Zoo. Varietés.  
Sichtspiele.

Anfang 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Eines Rollendorfs-Theater. Varietés.  
Sichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Parsfal.

Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Kgl. Opernhaus. Samson und  
Dallia.

Kgl. Schauspielhaus. Ariel Kosta.  
Deutsches. Hamlet.

Leitung. Peer Gunt.  
Jirkus Busch. Galavorstellung.  
Jirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7 $\frac{3}{4}$  Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt  
in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Direktor A. Fürst: Hoch-  
spannung.

Hörsaal: Dr. A. Piotrowski:  
Die seelischen Vorgänge.

Neues Opernhaus (Kroll).  
Geschlossen.

Kammertheater. Der Enob.  
Deutsches Künstler-Theater.

Königsgräber Straße. Die Trent-  
walder.

Trianon. Er und der Andere.  
Komödienhaus. Kammermusik.

Theater an der Weidenbammer  
Brücke. Der zuletzt lacht.

Theater am Rollendorfsplatz.  
Kaufisches Ballett.

Schauspielhaus. Die spanische Flöge.  
Schiller O. Andreas Hofer.

Schiller Charlottenburg. Das  
Glück im Winkel.

Theater des Westens. Polenblut.  
Montis Operetten. Jung-England.

Berliner. Die einst im Mai.  
Kleines. Jettchen Gebert.

Thalia. Die Langoprinzeßin.  
Residenz. Der Regimentspapa.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Fräulein Trallala.

Roß. Die Maschinenbauer von  
Berlin.

Kasino. Die olle Webern.  
Gernfeld. Die von oben und unten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Der Stolz der 3. Kom-  
pagnie.

Anfang 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Suisen. Unser Junge.  
Walhalla. Tangosieber.

Goldes Caprice. Café Pingsheim.  
Der Heiratstanz. Meyerstein.

Anfang 9 Uhr.

Neues Volk-Theater. Die  
Siebzehnährigen.

Anfang 9 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.  
Berliner Ciopafast. Im Krug  
zum grünen Kranz.

Eines Rollendorfs-Theater. Varietés.  
Sichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr:

Die Trentwalder.

Komödienhaus.

8 Uhr:

„Kammermusik“.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidenbammerbrücke

8 Uhr: Der zuletzt lacht...

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dietz, Reutbahn. Für den

## Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Andreas Hofer.

Freitag, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Weh' dem, der lügt.

Schiller-Theater

Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Maschinenbauer.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

## Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.

Sonntagnachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr: Gräfin Fifi.

## Deutsches Künstlertheater

Sozialist.

Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.

Kasse: Rollendorf 1383.

Donnerstag, 8 Uhr: Cafard.

Freitag, 8 Uhr: Cafard.

## Residenz-Theater

8 Uhr: Der Regimentspapa.

## Der Regimentspapa.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.

Anfang 8 Uhr.

## Fräulein Trallala.

Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

## Theater am Rollendorfsplatz 5.

8 Uhr: Russ. Ballett.

„Carneval“, „Festin“, „Sheherazade“

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

## Die Maschinenbauer

von Berlin.

Offe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten

v. A. Wehrmann. Musik v. H. Lang.

Anfang 8 Uhr.

Freitag:

Die Maschinenbauer von Berlin.

## Berliner Prater-Theater

Kasselerstraße 7—9.

Donnerstag, den 12. März 1914:

Satenspiel des Volgt-Theaters.

Das Leben und Lieben einer Soubrette.

Stom. m. Gesl. l. 3 Aufz. v. Sari Gassner.

Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Er und der Andere.

Sonntag 3 Uhr: Die Liebe wacht.

## Passage-Panoptikum.

Der englische

## Riese

Teddy Bobs

Der größte Mensch,

der je gelebt!

160 mm größer als

Machnow

19 Jahre alt.

Ohne Extra-Entree!

## Freireligiöse Gemeinde.

Am Sonntag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, in Obiglos  
Festsälen (fr. Keller), Koppenstr. 29: 54/4

# 69. Stiftungsfest

Konzert. Festrede. Theater. Kinderaufführungen. Ball.

Billetts für Mitgl. 25 Pf., für eingel. Gäste 50 Pf. in den bekannten Billettstellen.  
in der Geschäftsstelle, Pappel-Allee 15—17. und Sonntagvormittag bei den Vorträgen.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. Täglich 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Tangosieber.

8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Unser Junge. Gr. Hoffe m. Gesl. u. Tanz in 3 Akten

in 5 Bildern. Musik v. Hugo Dirck.

## Brauerei Friedrichshain

Dienstag, den 17. u. Donnerstag, den 19. März:

Heitere Opern-, Operetten-

und Künstler-Abende.

Sensations-Programme.

Einlaßkarten in beschränkter Anzahl abzurufen in  
den „Vorwärts“-Expeditionen bei Hrn. Zucht, Immanuel-

Kirchstraße 12. und Hrn. Hanisch, Ackerstraße 174.

# MOBEL MESSE

28. FEBR. — 1. MÄRZ 1914. AM ZOO. ENTRITT FREI  
10-5 UHR.

TISCHLER-INNUNG ZU BERLIN

## „Clou“ :: Berliner :: Konzertthaus

Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.

## Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester

Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brass.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen

Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem

Eintritt.

## Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Letzte Woche! Letzte

Elite-Tag! Boeckbier-Fest!

Prämierung der schönsten farbigen Frisur (Perücke)

3 bare Geldpreise 50,—, 30,—, 20,— Mark.

Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.

Außerdem: Große Schweinebraterei.

Anschluß 9 Uhr. Portion 90 Pf.

Im neuen Saale: Großer Ball.

30 bayerische Madl. 6 Kapellen.

Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

## URANIA

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr:

Direktor A. Fürst:

## Hochspannung.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski:

Die seelischen Vorgänge.

Auflös. d. Zirkus Busch a. 31. März.

## Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 12. März,

abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Große Galavorstellung.

U. a.: Mad. Garniers Sprung mit

dem Fahrrad aus der Zirkuskuppel.

Weiter: Die Bale Troupe, Kunsttrab.

(sow. Aufsir. all. groß. Ultraaktionen.

Jum. Schuk:

## „Pompeji“.

Orig. Ausstattungsgemalt.

Preis! Sonntagnachmittag auf

plattseitig. Samst. die 3 glänzend-

Sauptakte von „Pompeji“.

## Metropol-Theater.

Abends prägnante 7 Uhr 55:

## Die Reise um die Erde

in 40 Tagen.

## Casino-Theater

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr

Ein neues Berliner Volksstück:

## Die olle Webern.

Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!

Einziges Theater in diesem Genre!

Einziges Theater in diesem Genre!

Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchöre.

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger

Unsere süßen

Dienstmädel.

Barleste v. Wenzel

Anfang 8 Uhr.

Sonntag, nachm.

3 Uhr, 3 ermäßig.

Preisen:

Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse

## Admiralspalast.

Eis-Arena.

Täglich:

## Die lustige Puppe.

Großes Ballett auf dem Eis.

Bis 6 Uhr und von 10 $\frac{1}{2}$  Uhr

ab halbe Kassenpreise.

Wein- u. Bier-Abteilung.

## Concordia-Feststie

64 Andreasstraße 64

Jeden Donnerstag u. Sonntag

Soiree der Hoffmann-Sänger

Anfang 8 Uhr.

Nach der Soiree: Frei-Tanz.

Vorzugskart. haben Gültigkeit

Berliner

## Humor-Quartett

W. Wutzky, Oberberger Str. 38

## Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, 12. März,

abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Große Sport-Vorstellung

mit dem

Riesen-Weitstadt-Programm

bestehend aus

erstklassigen 10

Attraktionen 10

Um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr:

d. große Ausstattungstück i. 7 Bild.

„Tipp“

der Derby-Favorit 1914.

Morgen Freitag, d. 13. März:

Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung

zum Besten erholungsbedürftiger

taubstummer Kinder.

## WINTERGARTEN

Reichstag.

233. Sitzung. Mittwoch, den 11. März 1914. nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Solff. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat für das Schutzgebiet Togo.

Die fortdauernden Ausgaben werden debattelos bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben bezweifelt der

Abg. Dr. Paasche (natl.)

die Rentabilität des Sägewerks in Lome, zu dessen Errichtung 65.000 M. gefordert werden; ein solches Unternehmen würde besser von Privaten errichtet als vom Gouvernement.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der

Etat für Neu-Guinea.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Zu Vorarbeiten für Petroleumgewinnung auf Neu-Guinea sind gestern bereits beim Etat für das Reichskolonialamt 500.000 M. bewilligt worden. Dieser Beschluß scheint mir sehr bedenklich. Es ist sehr fraglich, ob wir von dieser halben Million irgendwelchen Nutzen haben werden. Derartig riskante Geschäfte sollte man der Privatindustrie überlassen. Ich behalte mir vor, einen Antrag auf Streichung dieser halben Million in der dritten Lesung zu stellen. Werkwürdig ist, daß für diese unnütze Kolonialausgabe in der Budgetkommission die Sozialdemokratie gestimmt hat.

Staatssekretär Dr. Solff:

Daß die Petroleumquellen auf Neu-Guinea sich über ein weites Gebiet erstrecken, ist bereits sichergestellt. ob ihre Ausbeutung lohnt, soll aber untersucht werden. Nach unserer Schätzung werden diese Untersuchungen etwa 200.000 M. kosten, die Kommission glaubte aber, damit sei nicht auszukommen, und setzte 500.000 M. ein.

Abg. Dr. Pfleger (Z.):

In der dritten Lesung werden wir dem Antrag auf Streichung dieser halben Million zustimmen. Die Sozialdemokraten haben wohl mit Rücksicht auf das Petroleummonopol dieser widerstimmigen aller Forderungen, die je an den Reichstag gestellt sind, zugestimmt. (Präsident Raempp erklärt den Ausdruck „widerstimmig“ für unzulässig.) Das deutsche Volk hat von solchen vom Reich selbst vorzunehmenden Arbeiten gar nichts, man sollte das Privatgeschäftselbst überlassen.

Abg. Gothein (Rp.):

Die Untersuchung, ob Naturschätze in den Kolonien vorkommen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kolonialverwaltung. Das Privatkapital unternimmt derartige Untersuchungen nur, wenn es eine Garantie für die Ausbeutung eines bestimmten Gebietes hat, und würde daher dem Reich ungünstige Bedingungen auferlegen. Deshalb ist es besser, wenn diese Untersuchungen staatliche, vom Reich selbst veranstaltete sind. Die zu diesem Zweck bewilligte Summe darf nicht zu knapp bemessen werden, braucht aber keineswegs völlig ausgegeben zu werden.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Die Zentrumsmitglieder in der Budgetkommission haben für den Beschluß gestimmt, den der Abg. Pfleger hier so sehr angegriffen hat. Es scheint, daß das Fehlen der Reichspartei, speziell des Herrn Arendt, in der Kommission sich in bedauerlicher Weise geltend macht. (Abg. Arendt (Rp.): Sehr richtig! (Heiterkeit.) Erst die Besetzung, die Herr Arendt im Plenum den Herren vom Zentrum erteilt hat, hat diese auf den rechten Weg geführt. (Widerspruch im Zentrum.) Daß wir Sozialdemokraten für koloniale Zwecke noch nie etwas bewilligt haben, ist unrichtig; für vernünftige und Kulturzwecke haben wir stets Gelder bewilligt, ich erinnere nur an die Ausgaben für Baumwolleforschung. Herr Arendt meint, bei uns handelt es sich wohl um die alte Liebe zum Petroleummonopol. Bei ihm handelt es sich sowohl um die alte wie die neue

Liebe für die Interessen des Privatkapitals

und gleichzeitig um die Furcht, daß das Petroleummonopol doch noch zustande kommt. Wenn die Gegner ihre Gründe gegen das Petroleummonopol so weit herholen, muß ihre Position eine recht schwache sein. — Wir wollen verhindern, daß die Naturschätze, die sich in der Kolonie finden, durch das Privatkapital ausgebeutet werden. Der Reichstag hat gar keinen Anlaß, gegen diesen Beschluß in der dritten Lesung etwas zu machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Wir leben vorläufig noch in der kapitalistischen Gesellschaft, nicht in der sozialistischen, und wir können es dem Privatkapital nicht verübeln, wenn es etwas wagen, aber auch etwas gewinnen will. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Erzberger (Z.):

In der Kommission haben Dr. Pfleger und ich bereits gegen die Bewilligung dieser Summe Stellung genommen. Auf alle Fälle aber sollte der Staatssekretär nicht nur den nördlichen Teil, sondern ganz Guinea für das Erhöhen von Petroleum sperren, und zwar sofort, telegraphisch. Die Bohrungen braucht das Reich keineswegs selbst vorzunehmen, sondern es kann einen Vertrag mit einer Privatgesellschaft schließen.

Staatssekretär Dr. Solff:

Die von Herrn Erzberger gewünschte Sperre habe ich bereits am 26. Februar angeordnet. Die Verhandlungen mit Privatgesellschaften habe ich abgebrochen wegen des von mir vermuteten Zusammenhangs mit dem Petroleummonopol. Persönlich habe ich dazu noch gar keine Stellung genommen, und meine persönliche Meinung darüber ist auch gleichgültig. Gerade für erneute Verhandlungen mit Privatgesellschaften muß ich eine Vorfrage haben, muß ich wissen, was für Konzeptionen ich geben kann, und das kann ich nur, wenn ich weiß, wie die Petroleumquellen beschaffen sind.

Abg. Dr. Waldstein (Vp.):

Den Wunsch nach der Sperre sprachen wir bereits in der Kommission aus. Die Frage, ob das Petroleum durch Staats- oder Privatbetrieb auszubenten sei, ist mit der Bestimmung über die anzufeststellenden Vorarbeiten keineswegs entschieden.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Nach den Ausführungen des Staatssekretärs stimmen wir der Forderung zu. In der Frage der Sperre ist der Staatssekretär der Anregung des Abgeordneten Erzberger sofort gefolgt; daher hätte Herr Erzberger auch seinerseits dem Staatssekretär entgegenkommen können. (Abg. Erzberger: Das wäre der reinste Kuhhandel!) Nein, das wäre Liebe und Gegenliebe. (Heiterkeit.) — Wir wollen es gar nicht für ausgeschlossen, daß das Reich die Petroleumquellen auch selbst erschließt. — Wenn Petroleumfachverständige Herrn Erzberger gesagt haben, die Annahme dieser Position wäre der größte Unsinn, den der Reichstag je beschlossen hat, so hätte ich dem Herrn erwidert: Unsinn kann der Reichstag an sich überhaupt nicht beschließen. (Heiterkeit.) Am übrigen dürften die Mitglieder darüber, welches der „größte“ Unsinn ist, den der Reichstag beschlossen hat, innerhalb des Hauses sehr verschieden sein. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Mit Ausnahme des Unsinns, den Herr Dertel so sachverständig besprochen hat (Heiterkeit), kann ich mich ihm fast vollständig anschließen. Wenn in der dritten Lesung eine Änderung der Position stattfinden sollte, könnte sie nur in einer Erhöhung bestehen. Gerade Herr Erzberger hat uns ja auf Grund seiner wertvollen Verbindungen mit dem Petroleumfachverständigen selbst gesagt, daß 500.000 M. viel zu wenig sind. Wenn Herr Erzberger meint, nur dem deutschen Privatkapital solle die Ausbeutung der Quellen überlassen werden, so wird er doch selbst wissen, daß gerade auf dem Gebiete des Petroleumkapitals die Grenze sehr schwer zu bestimmen ist, wo deutsches Kapital aufhört und wo amerikanisches Kapital beginnt. Die Stellung zum Petroleummonopol hat mit dieser Position nichts zu tun. Jedenfalls aber hat die Vorlage des Petroleummonopols schon die eine segensreiche Folge gehabt, daß die Kolonialverwaltung dem Privatkapital die Ausbeutung dieser Petroleumquellen in Neu-Guinea aus der Hand genommen hat. Die Monopolfreundlichkeit des Zentrums ist mindestens so groß wie die unsere, nur mit dem Unterschied, daß das Zentrum für Privatmonopole schwärmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Krinath (natl.)

wünscht erhöhten Schutz der Paradiesvögel.

Staatssekretär Dr. Solff:

erwidert, daß eine anderthalbjährige Schutzfrist für die Paradiesvögel geschaffen sei.

Abg. Dr. Paasche (natl.)

tritt sehr lebhaft für einen noch längeren Schutz ein.

Abg. Koske (Soz.):

Ich bin sehr einverstanden mit dem warmherzigen Einreden des Herrn Paasche für die Paradiesvögel und hätte nur gewünscht, daß er gestern ebenso warm für den Schutz und die Erhaltung der einheimischen Bevölkerung sich ausgesprochen hätte. Die Verlängerung der Schutzfrist ist um so notwendiger, weil mit der Freigabe der Jagd erfahrungsgemäß auch immer Strafexpeditionen gegen die Eingeborenen verbunden sind. — Eine Schädigung der deutschen Federindustrie würde durch die Verlängerung der Schutzfrist keineswegs in irgendwie nennenswertem Maße erfolgen. Dem Luxusbedürfnis sehr zahlungsfähiger Damen kann dadurch Rechnung getragen werden, daß die Verwaltung die Verbreitungen der Eingeborenen fördert, Paradiesvögel zu jählen und den Vögeln die Federn abzuschneiden, wie das bei Gewinnung der Straußfedern geschieht.

Staatssekretär Dr. Solff:

Das Argument einer Schädigung der Federindustrie habe ich im Plenum nicht wieder vorgebracht, weil bereits in der Kommission der Abg. Koske mich überzeugt hat, daß die Schlüsse, die ich in dieser Beziehung gezogen hatte, nicht richtig seien.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der

Etat für Samoa.

Berichterstatter Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.):

Herr Mumm hat als Berichterstatter eine Erhöhung des Etats beantragt; seine Begründung war ein unverständliches Gemurmel. (Heiterkeit.) Das Ganze ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang.

Vizepräsident Dr. Paasche:

Auch ich habe nicht gehört, was Herr Mumm gesagt hat (Heiterkeit), sonst hätte ich das ebenfalls für unzulässig erklärt.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Wir müssen diesen Antrag danach vorläufig als nicht existierend betrachten und abwarten, was Herr Mumm als Abgeordneter tut. Im Jahre 1912 hat der Reichstag die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfes ersucht, der die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sowie das Recht der unehelichen Kinder aus solchen Ehen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt. Dieser Antrag ist mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen worden, also mit einer Mehrheit, wie sie sonst nur bei Reichstagsvoten gegen den Reichsanwalt vorkommt. (Heiterkeit.) Trotzdem hat der Bundesrat darauf noch nicht geantwortet. (Zuruf rechts: Das Reichstagsvotum ist auch nicht beantwortet worden!) Schlimm genug, aber darüber haben wir jetzt nicht zu sprechen, da der Reichstanzler seine Rücksicht mit einer Samoanerin eingegangen ist. (Heiterkeit.) Eine indirekte Antwort des Staatssekretärs, die höchst interessant ist, haben wir übrigens in der Budgetkommission erhalten. Da sagte er, die Richter legen das Gesetz so aus, daß Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen nicht von ihnen als Standesbeamten beurkundet werden dürfen, und auf die Entscheidungen der Richter habe die Verwaltung keinen Einfluß. Hier handeln doch aber die Richter als Standesbeamte, und da haben sie allerdings den Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Dazu kommt, daß der Staatssekretär selbst im Jahre 1912 eine Instruktion an alle Verwaltungsbeamten in Samoa herausgegeben hat, worin es heißt: Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sollen nicht statthaft sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen steht in dem Gesetz vom 4. Mai 1870 über Eheschließungen im Ausland nichts davon, daß Eheschließungen zwischen Weißen und Eingeborenen unzulässig seien. Ein solches Verbot konnte gar nicht darin stehen, weil damals unsere Kolonien noch gar nicht existierten. Ich frage den Staatssekretär, welches Gesetz die betreffenden Beamten berechtigt, solchen Ehen die Beurkundung zu verweigern. Sollte wirklich eine vielbezügliche Bestimmung im Gesetz enthalten sein, so müßte eine authentische Interpretation erfolgen, oder das Gesetz geändert werden. Jedenfalls muß der Beschluß des Reichstags beachtet werden. Die Tatsache des Geschlechtsverkehrs zwischen Eingeborenen und Weißen beachtet jedenfalls trotz der Stellungnahme der Richter. Die Zahl der weißen Frauen ist noch sehr gering, 372 unverheirateten weißen Männern gegenüber gibt es nur 19 weiße Frauen. Da ist es

eine Barbarei,

es den Weißen unmöglich zu machen, sich mit einer Farbigen zu verheiraten. Gewiß halten auch wir eine solche Heirat nicht gerade für wünschenswert, aber wir stehen hier vor einer Returnobligationspflicht, und es kommt darauf an, daß der bestehende Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen nicht mit aller Gewalt auf den Zustand eines unregelmäßigen Verkehrs herabgedrückt wird. Die Samoanerinnen sind noch dazu außerordentlich hochschöne Eingeborene, und man will doch gerade die Eingeborenen in den Schutzgebieten auf ein höheres Kulturniveau heben. Da sollte man sie nicht mit Gewalt auf das niedrige Niveau einer misshandelten Rasse herunterdrücken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Rp.):

Ich bezweifle, daß die Standesbeamten verpflichtet sind, zu tun, was ihnen von der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben wird. Lehnt der Standesbeamte die Vornahme einer Handlung ab, so kann er nur vom Gericht dazu angehalten werden, heißt es in einem Gesetz. Daraus folgt, daß die Beamten selbständig zu entscheiden haben.

Abg. Ledebour (Soz.):

Daraus, daß ein Standesbeamter zu einer Beurkundung

seitens des Beteiligten durch Anrufung des Gerichts gezwungen werden kann, folgt nicht, daß er nicht in seinem allgemeinen Verhalten als Beamter den Vorschriften seiner vorgesetzten Behörde zu folgen hat. Ich verweise nochmals auf die erwähnte Instruktion. Der Staatssekretär hätte sie gar nicht erlassen können, wenn er nicht dadurch auf die Standesbeamten hätte einwirken wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen verlangen, daß diesem greulichen Unfug des Eheverbots ein für allemal ein Ende gemacht wird.

Staatssekretär Dr. Solff:

Ich lasse es dahingestellt, wenn die Standesbeamten unterstellt sind. Jedenfalls finde ich keinen Richter, der sich nicht nur nach dem Gesetz richtet. Der erwähnte Erlaß war kein Erlaß im gewöhnlichen Sinne. Im Eingang heißt es: „Es erscheint mir die Beobachtung nachstehender Grundsätze geboten, nach denen ich künftig zu verfahren bitte.“ Das ist kein Erlaß. Es handelt sich um allgemeine Richtlinien für die Behandlung der erwähnten Angelegenheit. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird wohl mit mir darin einig sein, daß die Risse zwischen Eingeborenen und Weißen unerwünscht sind. Sollten einzelne Grenzfälle vorkommen, so müssen die Gouverneure sich damit abfinden, ohne gegen die Gesetze zu verstoßen.

Abg. Schulz (Rp.):

betont nochmals, daß die Standesbeamten nur durch das Gericht zu bestimmten Amtshandlungen gezwungen werden könnten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Auf das Primiborium der Einleitung des Gesetzes kommt es nicht an. Nachher steht als Punkt 1: „Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen werden nicht mehr geschlossen.“ Das ist ein klares Verbot. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen sind doch früher etwa 100 Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in Samoa geschlossen worden von den namlichen Standesbeamten. Ich frage daher den Staatssekretär nochmals, auf welches Gesetz das Verbot sich stützt.

Dmit schließt die Diskussion.

Abg. Ledebour (zur Geschäftsordnung):

Ich stelle fest, daß der Staatssekretär auf meine dreimalige Frage nach der betreffenden Gesetzesbestimmung keine Antwort hat geben können.

Die fortdauernden Ausgaben werden bewilligt. Bei den „Einmaligen Ausgaben“ beantragt

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.) zum Bau einer Quarantänestation 104.000 M. zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen, der Etat wird bewilligt. Es folgt der

Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Vp.):

Mit der Aenderung des Dispositives zum Etat ist keineswegs, wie außerhalb des Hauses irrtümlich angenommen wurde, eine Aenderung der Schulpolitik in den Kolonien beabsichtigt worden. Trotz aller Anerkennung der Verdienste der Missionschulen muß auch anerkannt werden, was die Regierungsschulen geleistet haben. Den Staatssekretär bitte ich, für eine Hebung der Lage der Lehrer in den Kolonien Sorge zu tragen. Auch muß dafür gefordert werden, daß die Koloniallehrer auf staatlichen Anstalten ausgebildet werden. In der Schulhoheit des Staates muß unbedingt festgehalten werden.

Staatssekretär Dr. Solff:

Die Befürchtung der Missionen, daß durch die Regierungsschulen der Islam gestärkt werde, ist von den Missionen sehr wohl aufzugeben. Natürlich werden die Regierungsschulen mehr von mohammedanischen Kindern besucht als die Missionschulen. — Die Tätigkeit der Lehrer in den Kolonien kann ich nur mit großer Freude anerkennen.

Abg. Böhlendorff (L.):

gibt seiner Bemerkung über den Ausbau des Bahnhofs, der noch weiter gefördert werden muß, Ausdruck.

Abg. Arendt (Rp.):

Schon mit Rücksicht auf den Islam müssen die Regierungsschulen aufrecht erhalten werden, die ganz Vorzügliches leisten. Auch für die Kinder der deutschen Ansiedler muß für genügende Schulen gesorgt werden. Leider ist in Wilhelmshafen ein Schulbau „aus Mangel an Mitteln“ unterblieben, und auch im vorliegenden Etat finde ich keine Mittel hierfür. Der Ausbau des Hafens von Dar-es-Salaam sollte ebenfalls in Angriff genommen werden. — Das Kolonialamt sollte auch ernstlich prüfen, ob nicht die deutsche Währung, wie in allen anderen Kolonien, so auch in Ostafrika einzuführen ist. — Neulich ist der Männer gebildet worden, die sich um die Tanganjikafache Verdienste erworben haben. Dabei hätte man den Mann nicht vergessen sollen, ohne den wir Ostafrika überhaupt nicht besitzen würden, den Dr. Karl Peter.

Abg. Ledebour (Soz.):

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission hat der Staatssekretär in der Bahnfrage Aeusserungen getan, die für unsere Stellungnahme sprechen. Das Steuerfiskum, das man einführt, zwingt die Leute, die sich bares Geld zur Bezahlung der Steuern verschaffen müssen, sich als Arbeiter zu verdienen. Dazu kommt, daß die Möglichkeit der Landbewerbs durch den Bahnbau für die Eingeborenen sehr verschlechtert wird. Die Aeusserung des Staatssekretärs ging nun dahin, daß nicht eine friedliche Durchdringung dieses Gebietes beabsichtigt sei, sondern eine Unterjochung der Eingeborenen. Um so mehr müssen wir diese Unterjochungsbahn ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlagert die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. (Vorher kleine Vorlagen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung. Mittwoch, den 11. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Eydow.

In einer Erklärung vor der Tagesordnung protestiert

Abg. Brütt (H.)

dagegen, daß Abg. Dr. Schifferer (natl.) entgegen dem Brauch des Hauses leghin unter Namensnennung auf eine Aeusserung des Abg. Brütt in der Budgetkommission hingewiesen; außerdem aber diese Aeusserung unrichtig zitiert und eine darauf bezügliche Aeusserung an dem Stenogramm der Schiffererschen Redeborgommen hat. (Hört! hört! rechts.)

Der Bergetat.

Abg. Hue (Soz.):

Der Oberberghauptmann hat gestern einen staatlichen Braunkohlenbergbau abgelehnt. Der Fiskus hätte aber nach den Vorkäufen, die sich an den Namen Weitzel knüpfen, alles Interesse daran, hier Einfluß zu gewinnen, um ausländischen Großkapitalisten möglichst wenig Einfluß darauf zu gestatten. Die Rentabilität des Braunkohlenbergbaues ist durch die hohen Dividenden der Braunkohlenbergwerke nachgewiesen. Bei etwa 70 Millionen Doppelzentner

Braunkohleinfuhr beträgt unsere Ausfuhr nur 600 000 Doppelzentner, wir können also unsere Zufuhrförderung noch erheblich vermehren. — Die Einnahmen der Staatsbergwerke sind mit 357,2 Millionen M., um 17,9 Millionen mehr eingestiegen. Der Kohlenüberschuss beträgt über 48 Millionen Mark, der endgültige Reinertrag über 18 Millionen. Dabei ist der Etat sehr vorzüglich aufgestellt. Nach dem Betriebsbericht war der Ueberschuss im Jahre 1912 um 22,6 Millionen höher als der Voranschlag. Wenn man das, wie es hier geschehen ist, als geringe Rentabilität bezeichnet — wie hoch müssen dann die Ueberschüsse der Privatindustrie sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit einigen Jahren wird von gewissen Kreisen der Staatsbergbau

**systematisch diskreditiert**

und als unrentabel hingestellt, allerdings nur zu dem Zweck, um unsere nationalen Bodenschätze möglichst allein der privatkapitalistischen Ausbeutung zu überlassen. Die Unterkommission der Budgetkommission, die 1912 die Ertragsverhältnisse des Staatsbergbaues untersuchte, hat verlangt, daß er mehr auf Ertragswirtschaftlichkeit gestellt werde und sie hat einen sehr unbegründeten Vorwurf erhoben, als ob auf die staatlichen Arbeiter und Angestellten noch ein zu geringer Druck ausgeübt würde. Nun ist erweiterungsweise der Manchestergedanke verlassen worden und die verschiedenen Erweiterungen des Staatsbergbaues zeigen, daß auch in den Regierungskreisen die Gefahr der privatkapitalistischen Entwicklung erkannt wird und daß man deshalb den Staatsbergbau vergrößert. Nun kämren die Interessenten über die schiefe Ebene des Staatssozialismus, dabei ist aber der staatliche Anteil an der Gesamterzeugung in Preußen, Sachsen und Bayern von 1881 bis 1911 von 17,83 Proz. auf 13,77 Proz. zurückgegangen. Wäre der Staat, wovon ja wieder die Rede ist, die Sache „Hibernia“ erwerben, so würde er allerdings einen starken Einfluß auf die Preisgestaltung der Ruhrkohle haben. Diese Gefahr wittern die Privatkapitalisten und daher der Sturm gegen den staatlichen Bergbau. Der Staatsbergbau soll nicht rentabel sein! Auch unter meinen Freunden sind manche, die aus innerpolitischen Gründen die Vergewaltigung ablehnen, deren unbedingt Freund auch ich nicht bin. Wir arbeiten aber im Ganzen auf das Ziel hin, daß der gesamte Bergbau in den Besitz des Staates übergehen soll. Redner gibt über die Rentabilität der Staatsbergwerke eine Reihe Zahlen. Nach allen Abrechnungen ist immer noch eine Verzinsung von 7,5 Proz. des Anlagekapitals herausgewirtschaftet worden. Wenn diese Rente zu gering ist, — wie hoch muß dann die uns nicht bekannte Rente der Privatunternehmer sein! Die Rente wäre noch höher, wenn man nicht mit der Erweiterung der Bergwerke und namentlich des Kaliberbaues gewartet hätte, bis die Kohlenfelder von privaten Erwerbseigenschaften belegt waren. Erst hat der Fiskus den Privatkapital wertvolle Felder verliehen und dann hat er sie

**zu Apothekerpreisen zurückgekauft.**

Bei der Braunkohle wird sich annehmend dasselbe ereignen. Ein schweres Verhängnis hat 1908 der Landtag befohlen, als er eine Vorlage auf Erweiterung des staatlichen Bergbaues ablehnte. Ein Schulbeispiel, wie es der Staat macht ist der Ankauf des Kaliberwerkes in Wienburg. Dort hatten die Besitzer pro Auz 2170 Mark Zubehöre geleistet, aber dafür 13 650 Mark Ausbeute erhalten und da zahlte ihnen der Staat noch 30 Millionen Mark für das Bergwerk! Und wenn solche Belastungen vorkommen, dann rechnen die Privatunternehmer dem Fiskus vor, daß er nicht rentabel arbeite! Daselbe trifft auch auf die westfälischen Grubenfelder zu. Dort hat sich der Staatsbetrieb sehr kostspielig gestaltet, weil die Gebirgsverhältnisse schlecht waren, was zwar der Staat nicht wissen konnte, wohl aber die Verkäufer wissen mußten! (Sehr wahr links.) Das alles wäre zu vermeiden gewesen, wenn der Fiskus zu rechter Zeit die Interessen der Allgemeinheit gewahrt und eine Einschränkung der Bergbaufreiheit vorgenommen hätte. Trotz alledem aber kann sich der Fiskus in der Ausnutzung seiner Bergwerke selbst mit den rentabelsten Bergwerken messen. (Der Redner weist dies an einer großen Anzahl Zahlen über die Ergebnisse nach.) Sie bedenken es weiter, daß die Privatwerke Erweiterungen und Verschönerungen aus Anleihen decken, der Staat aber aus den Betriebsergebnissen, aus denen er auch noch die geologische Landesanstalt, die Berginspektion und die Bergschulen erhält, von denen auch die privaten Unternehmer profitieren, und zu bedenken ist weiter, daß der Staat sich neue Erfindungen raubend zunutze macht, als der Privatbetrieb, um die technische Ausnutzungsmöglichkeit zu heben und daß er, was wir begreifen, auch stets Versuche anstellt, um die Unfallgefahren zu vermindern. Trotz alledem hat er in Oberschlesien eine Ausbeute von fast 26 Proz. und selbst im Oberharz unter ungünstigen Verhältnissen einen Reingewinn von 15 Proz. Die staatlichen Kaliberwerke lieferten 1912 pro Tonne eine Einnahme von 16,90 M., einen Ueberschuss von 7,27 M. und insgesamt einen Reingewinn von 5 Millionen Mark — pro Arbeiter etwas über 3900 M.! Warum sollten auch die Staatsbetriebe nicht rentabel sein? Sind denn ihre Beamten unfähig? Dann würden sie nicht von den Privatwerken mit horrenden Gehältern abernommen werden! (Sehr gut! links.) Der Staat hat von 1909 bis 1912 im Saargebiet die Arbeitsleistung des Arbeiters um 20 Proz. den Arbeitslohn nur um 6,6 Proz. gesteigert. Er verdient also wahrlich auch keinen Vorwurf, als hätte er die Arbeitskraft noch zu wenig aus!

Dringend warne ich Sie, die Rentabilität der Staatsbergwerke dadurch in Frage zu stellen, daß Sie dem Fiskus raten, sein Schicksal mit dem kapitalistischen Syndikat zu verbinden. Wir zehn Mann können ja nur unsere Meinung darüber aussprechen, die Entscheidung haben Sie. Ich warne Sie, den Fiskus zu veranlassen, noch weniger zu fordern, als er schon vom Kohlenyndikat fordert. Dann steht die Rentabilität des Bergwerkes, die durch die außerordentlich hohen Ausgaben für Feuerwerbungen herabgedrückt ist, sehr in Frage. Die Spuren des Kalihyndikats sollten doch schwinden. Der Wert des Absatzkapitals ist seit 1904 von 2,6 Millionen Mark auf 1,4 Millionen Mark gesunken und muß geradezu auf ein paar Hunderttausend Mark fallen, wenn gegenüber dieser wachsenden Wirtschaft nicht sehr energisch Front gemacht wird. Nun will das Kalihyndikat einige Duzend Werke stilllegen! Erst hat man die größten Kapitalien in den Werken angelegt und jetzt stellt sich heraus, daß man zu viele Werke hat und will sie stilllegen. Wenn eine solche

**Bermittlung volkswirtschaftlicher Werte**

in Preußen gestattet ist, dann können wir uns mit unserem Vergleiche begnügen lassen, und wenn der Staat das duldet, dann wird die Stilllegung der Ruhrkohlenwerke fortgeschritten und das Kapital zur Wüste werden. Das ist keine Parteifrage, sondern eine Frage des allgemeinen Volkswohles. Gestattet die Regierung die Stilllegung der Kohlenwerke, dann ist sie gegenüber der Stilllegung weiterer Kohlenzechen ohnmächtig, und wir haben das Hindertische, was jemals über das Ruhrgebiet hereinbrochen ist. Die heutigen Zustände in der Kalindustrie sind die Folge davon, daß man beim Reichsalltag unsere Vorschläge, zum Beispiel die Bedürfnisfrage für die Errichtung neuer Werke abgelehnt hat. Selbst der Abg. Althoff hat gestern eine Kontingentierung der Salzerzeugung als Vorbedingung für die Sanierung der Salinen gefordert — anders wöhlen wir Sozialisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nicht! Das Kohlenyndikat hat seine Aufgabe, einen Ausgleich zwischen Bedarf und Förderung zu schaffen, angefaßt des immer größeren Dranges nach immer höheren Profit, nach Expansion der Anlagen nicht durchzuführen können. Und trotzdem jetzt schon feierlichst in Ruhrgebiet eingelegt, die Produktion stark beschränkt ist, und ungeheure Vorräte in den Magazinen lagern, werden immer noch neue Riesenzechen angelegt, und zehntausende ausländischer Landarbeiter herbeigeschleppt! Jetzt läuft man nicht mehr Reden — sondern Beteiligungsziffern! (Hört! hört! links.)

Als die Rede Erwald durch das Syndikat gekauft wurde, haben die kleinen Werke heftig protestiert. Damals ist gesagt worden, daß von einer Stilllegung der Werke nicht die Rede sein könne, aber am 1. April dieses Jahres wird die Rede stillgelegt, die Arbeiter

sind gekündigt worden. Die interne Entwicklung unserer Bergverhältnisse unterwühlen in Verbindung mit der Ueberproduktion die Grundmauern des Syndikats. Auch die bisherigen Geldgeber des Kohlenyndikats scheinen an dem neuen Zustandekommen des Konzerns nicht mehr das große Interesse wie bisher zu haben. Die Herren im Syndikat sind die nächsten dazu, die Förderung abzumindern, es liegt an den Herren selbst, wenn sich die Verhältnisse verschlechtern, wenn es im Syndikat knistert und kracht. Es ist bei fast allen Syndikaten so, es knistert im Kohleisensyndikat, es knistert im Zement- und Kalksyndikat und schließlich haben wir den Zusammenbruch des mitteldeutschen Braunkohlenyndikats erlebt. Es ist das Prinzip aller Syndikate, im Ruhezustand hohe, im Weiterverkehre niedrige Preise zu fordern. Um einen höheren Abzug zu erzielen, hat das Syndikat zeitweilig, und zwar 1912, die Kohlenpreise um 8 Pct. ermäßigt. Es gibt also selbst zu, daß eine Ermäßigung der Preise den Abzug erhöht. Darum warne ich Sie, den Fiskus noch mehr als bisher zu veranlassen, sich mit dem Syndikat einzulassen. Das Syndikat zwar schwant so ziemlich alle Interessentengruppen vor seinen Karren, die Nationalliberalen, die Großindustrie usw., um wieder auf die Beine zu kommen, auch die Agrarier gehören dazu. Sogar an einige Arbeiterorganisationen hat sich das Syndikat gewandt, aber das weiß ich, daß, wenn einige Organisationen dem Syndikat günstig gegenüberstehen, um sie es nicht der schönen Augen der Syndikatsherren wegen, sondern in der Erwartung, daß das Syndikat nicht nur die Preise reguliert, sondern auch in der Lohnfrage den Arbeitern entgegenkommt. Das Syndikat möchte sich auch um die Löhne der Arbeiter kümmern, weil selbstverständlich der Arbeitslohn bei der Festsetzung des Kohlenpreises eine Rolle spielt. Aber trotzdem liegt für die Arbeiter das größte Bedenken vor, sich der Syndikatsmacht zu unterwerfen. In einer Eingabe des Bergarbeiterverbandes an den Jochenverband wurde im vorigen Jahre festgestellt, daß die Arbeiterlöhne im Verhältnis zur Kohlenförderung erheblich zurückgegangen sind. Die Behauptung, daß die Kohlenpreise infolge der Mehrbewilligung an Löhnen gestiegen sind, ist also grundfalsch. Es ist nicht richtig, daß während des Syndikatsverhältnisses eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung eingetreten ist, es ist nicht richtig, daß unter der Herrschaft des Syndikats eine stetige Lohnentwicklung herrschte. Der Lohnfall ist gerade während des Syndikats stärker gewesen. Als die Krise im Jahre 1910 im Bergbau herrschte, ist der Lohn der Bergarbeiter z. B. in Oberschlesien um 78, in Niederschlesien um 75, im Ruhrrevier

**um 210 M. gedrückt**

worden. Und dann wollen Sie herkommen und sagen, daß das Syndikat die Arbeiterlöhne befestigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist keine Kriegserklärung, daß man die Position eines Gegners verfehlt, so dumm sind im 20. Jahrhundert selbst wir in Westfalen nicht. Sie, die den Mittelstand und den kleinen Mann vertreten wollen, mache ich darauf aufmerksam, daß das Kohlenyndikat im April 1912 beschlossen hat, eine Preissteigerung für Kohle eintreten zu lassen. Der Fiskus ist damals damit einverstanden gewesen. Aber die Preissteigerung, die am 1. April 1913 vorgenommen worden ist, ging selbst dem Staate zu weit. Die Herren vom Syndikat haben damals wieder erklärt, daß auch diese Preissteigerung notwendig gewesen sei, um die Löhne aufzubessern. Aber die Ueberschüsse sind 1913 gegen 1912 noch gesunken. Der Fiskus ist also vollständig im Recht, wenn er die Kohlenpreissteigerung als eine unnötige und unverantwortliche hinstellt. (Sehr richtig! links.) Die Preissteigerung ist auch schon deshalb unverantwortlich, weil die Zunahme des Gewinns der Bergwerksgesellschaften in den letzten vier Jahren 60,37 Proz. betrug, der Arbeiterlohn stieg nur um 19,88 Proz., die Förderung um 19,5 Proz., also haben die Arbeiter nur 0,35 Proz. mehr Lohn erhalten. (Hört! hört!) Im Jahre 1912/13 ist die Förderung um 7, die Lohnmenge um 6, der Lohn des Arbeiters also nur um 1 Proz. gestiegen. Und im letzten Vierteljahre sind trotz der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse den Arbeitern 7 Millionen Mark an Lohn abgezogen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie können noch so schön reden, aber haben Sie jemals auf die Wünsche der Arbeiter gehört, haben Sie jemals den Arbeiter als berechtigten Faktor anerkannt? Wir haben im Ruhrbezirk eine gewaltige Kapitalkonzentration im Bergbau, 80 Proz. aller Bergarbeiter unterstehen einem Konsortium von vierzehn Herren, und die Regierungsvorlage hat recht, wenn sie sagt, daß der wirtschaftlich Schwächere es nicht wagen darf, gegen diese Macht aufzutreten. Auch in Regierungskreisen hat sich die Ueberzeugung durchgedrungen, daß gegen die gewaltige Konzentration ein Gegengewicht geschaffen werden muß. In Luxemburg zahlen die Bergherren hohe Preise für die Bergwerksberechtigung, in Elberfeld-Löhningen und in Bayern hat man die Bergfreiheit eingeschränkt, und trotzdem sind die Gesellschaften rentabel. In Preußen aber zernern Sie über verderbliche Einschränkung der Bergfreiheit.

**Die Entzweiung im Bergbau führt zum Trutz.**

Sie führt zur Zusammenballung der Macht in wenigen Händen. Sie weisen demgegenüber auf Amerika hin, aber was ist denn eigentlich ein Trutz? Im neuen amerikanischen Antitrustgesetz wird als Trutz eine Vereinigung von Konzernen bezeichnet, die die Macht in wenige Hände legt und die Produktion einzuschränken versucht. Alle diese Debatten treffen Wort für Wort für das Kohlenyndikat zu. Und wenn Sie sich auch vor dem Wort „Trutz“ grauen, bei uns sind die Trutz viel weiter als in Amerika, viel energischer durchgeführt.

In der Gesetzesvorlage, die im Jahre 1904 für den Erwerb der „Hibernia“ vorgelegt wurde, heißt es, nachdem das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat im Jahre 1903 durch einen Vertrag auf 13 Jahre verlängert worden ist, hätte sich eine bemerkenswerte Verschärfung der Kräfte in der Industrie vollzogen, und diese Verschärfung lasse es angebracht erscheinen, die Macht des Staates im Kohlenbergbau zu stärken. Heute ist die Konzentration noch weit stärker als damals. Wenn Sie jetzt dem Staat zumuten, daß er alles desabouiert, was er damals vorgeschlagen hat, so tun Sie es! Aber wir, die wir das nicht verhindern können, weil wir in diesem Hause zu schwach sind, werden Sie später, wenn Sie über schmerzliche Lage des Bergbaues klagen, daran erinnern. Wir Sozialisten haben die Benützung, daß aus bürgerlichen Kreisen mehr und mehr Stimmen für die Verstaatlichung des Bergbaues eintreten. Der rechtsstehende Nationalökonom Professor Dr. Adolf Wagner hat sich auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Hamburg im Vorjahre für die Sozialisierung der Großbetriebe ausgesprochen. Er hat auch die marxistische Lehre bekräftigt, daß die Kluft zwischen den Besitzenden und den Arbeitern immer größer wird, daß sich das Kapital in immer weniger Händen anammelt. Der Gedanke des Staatssozialismus marschiert! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. v. Pappenheim (L.):**

Wir fordern im Interesse unserer Volkswirtschaft dringend die Neubildung des Kohlenyndikats, besonders auch — das betone ich den Ausführungen des Abg. Hue gegenüber — im Interesse unserer Arbeiter, denen ihr Einkommen gefährdet werden muß. Wir mahnen die Regierung an ihr feierliches Versprechen, durch welches sie sich früher verpflichtet hat, an der Neubildung des Kohlenyndikats mitzuwirken. Dabei darf sie nicht in kleinlicher Weise die Sonderinteressen des staatlichen Bergbaues wahrnehmen, sondern das Allgemeinwohl ins Auge fassen. Sie muß sich gleich den übrigen an dem Syndikat Beteiligten zur Tragung von Opfern bereit finden und darf sich nicht hinter angeblichen Betriebsrechten verstecken. Was die Produktion unseres Bergbaues anbelangt, so brauchen wir — das habe ich mit Rücksicht auf unsere Handelsverträge hervor — auf das Ausland keine Rücksicht zu nehmen, die Regierung hat hier die Aufgabe, die deutschen Interessen nachdrücklich und rücksichtslos dem Auslande gegenüber zu vertreten, damit das Uebergewicht unserer Kohlenproduktion bei der Entwicklung unseres Exports in zu-

treffender Weise zum Ausdruck gelangt. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Folgerungen, zu denen der sozialdemokratische Redner gemäß seinen Parteigrundsätzen in bezug auf den Bergbau gelangt ist, sind natürlich von unseren Folgerungen wesentlich verschieden. Aber ich erkenne ausdrücklich an, daß er im Unerkennlichen zu den anderen Vertretern seiner Partei mit großer Sachlichkeit und Sachkenntnis gesprochen hat, so daß es uns möglich ist, darauf einzugehen und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Die Ueberschüsse, die der Abg. Hue für die staatlichen Bergbaubetriebe herausgerechnet hat, sind bei weitem nicht so hoch. Leider hat es die Regierung bis jetzt verabsäumt, Angaben über den wirklichen Wert des staatlichen Bergwerksbesitzes zu veröffentlichen. Es ist ein Antrag Bell-Essen (Z.) eingegangen, der die Regierung ersucht, eine Reform der das Vergleichenrecht regelnden gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen und zu diesem Zwecke eine Kommission einzulegen.

**Minister Dr. Sydow**

entgegnet zunächst auf einige Angriffe des Abg. v. Pappenheim (L.). Von dem Anlauf von Braunkohlefeldern durch den Fiskus muß vorläufig Abstand genommen werden. Was die Frage des Kohlenyndikats betrifft, so hat der Abg. v. Pappenheim mit Recht gesagt, daß man keine Karten erst dann aufdeckt, wenn man das Spiel gewonnen hat. Das mache ich auch mir zu eigen. Ich werde mich auf einige Andeutungen beschränken müssen. Der Abg. v. Pappenheim hat behauptet, die Regierung habe sich durch ein feierliches Versprechen verpflichtet, die Erneuerung des Kohlenyndikats in die Wege zu leiten. Es ist nicht zutreffend, von einem feierlichen Versprechen zu reden. Es gilt dem Staate einen Einfluß auf die Maßnahmen des Syndikats zu sichern. In der Sache der zu dem Syndikat gehörigen Betriebe stehen sehr geschickte, geschäftstunende Leute, mit denen es nicht leicht ist, zu verhandeln. (Heiterkeit.) Ihnen gegenüber habe ich die staatlichen Interessen durchzusetzen. Dadurch daß ich hier, wie es vorhin geschehen ist, gemahnt werde, doch um hinstellen der Bildung des Syndikats nicht in den Weg zu legen, wird meine Stellung ungemein erschwert. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Tourneau (Z.):**

Das Kalifgesetz hat seine Bestimmung voll erfüllt. Zu befürchten ist freilich, daß die Festsetzung der Lieferungsquote durch das Kalihyndikat Arbeiterentlassungen zur Folge haben kann. Die Regierung muß mehr für den Absatz der Kalifolge im In- und Auslande tun.

**Abg. Hasencleber (natl.):**

Der Abg. Hue hat hier wieder die bekannte alte sozialdemokratische Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues vorgebracht. Aber eines war mir neu in seinen Ausführungen: die Behauptung, daß die Arbeiterschaft kein Interesse an dem Kohlenyndikat habe, ja daß sie diesem ablehnend gegenüberstehe. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, der bedeutende wirtschaftliche Wert des Syndikats besteht sowohl in der Gleichartigkeit der Kohlenproduktion, die von ihm erzielt wird, als auch, damit zusammenhängend, in der Stetigkeit und Sicherheit der Löhnerverhältnisse. Wenn die sozialdemokratische Partei jene Ausführungen des Abg. Hue in Westfalen verbreitet, so wird mir nicht lange sein um das Ergebnis der zukünftigen Wahlen. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist mit den Maßnahmen des Kohlenyndikats zufrieden. Freilich, eine Woffahrtseinrichtung ist das Syndikat nicht. Die Steigerung der Kohlenpreise war durch die Steigerung der Produktionskosten notwendig geworden. Den Ausführungen des Ministers kann ich nicht beistimmen.

Auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten erklärt der Minister, daß noch Erwägungen darüber schweben, ob in Dären die Anlage eines Braunkohlewerkes genehmigt werden wird.

**Abg. Münsterberg (Sp.):**

trägt einzelne Wünsche der Eisenindustrie vor. Eisenstücke mit Einschüssen von Tieren und Pflanzen von wissenschaftlichem Wert dürfen nicht zu Spekulationszwecken gemißbraucht werden.

Oberberghauptmann v. Bessen verspricht Verlässlichkeit dieser Wünsche.

Damit schließt die Besprechung.

Abg. v. Pappenheim (L.) bemerkt persönlich, daß er dem Minister nicht „gedrängt“ habe.

Die Einnahmen werden bewilligt. Darauf wendet sich die Besprechung den Beamten- und Gehaltsfragen zu.

**Abg. Brast (Z.):**

bringt einige Lohnforderungen der Beamten und Arbeiter vor. Er sei grundsätzlicher Gegner des Prämienystems, aber es diene, da es besteht, zu einer angemessenen Erhöhung des Einkommens.

**Abg. Hue (Soz.):**

Ich begrüße die Beurteilung des Prämienystems durch den Vordrucker. Da die Prämien aber vorläufig bestehen und zur Erhöhung des Einkommens dienen, so ist es erkennlich, daß in dem Etat ein größerer Betrag für Prämien ausgelegt worden ist. Aber noch erretlicher wäre es, wenn man das Prämienystem gänzlich beseitigt und, der Forderung der Angestellten entsprechend, höhere Gehälter zahlt. Das Prämienystem der Steiger ist schuld an den zahlreichen Unglücksfällen. Der Steigerverband hat sich in einer Petition an die Regierung mit einer Reihe von Wünschen gemeldet und ich bitte den Minister, diese Wünsche wohlwollend zu berücksichtigen. Ferner habe ich für eine Reform der Gewerbegerichte eingetreten. Vor allem muß eine Veränderung des gegenwärtig geltenden Wahlsystems vorgenommen werden. Es geht auch nicht an, Gewerkschafts- und Arbeiterkreise bei den Gewerbegerichten zurückzuweisen, während die Jochenbeamten der Unternehmer jederzeit angelassen werden. Auch diese Wünsche möge man wohlwollend berücksichtigen. Schließlich mache ich den Minister darauf aufmerksam, daß die Vorstehenden — ich will sagen: manche Vorstehenden der Gewerbegerichte die klagenden Arbeiter von oben herab, schwarz, ja höhnisch behandeln und ihnen juristische Schikanen in den Weg legen. Das ist nicht im Sinne des Gesetzgebers und nicht im Interesse des Gerichts. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Hasencleber (natl.):**

Mit der Eingabe des Steigerverbandes sind wir nicht einverstanden. Wir haben das volle Vertrauen zu den Berggewerbegerichten. Fälle von Schroffer Behandlung der Arbeiter durch die Vorstehenden halte ich für ausgeschlossen.

**Abg. Hue (Soz.):**

Daß sich der Abgeordnete Hasencleber mit der Eingabe des Steigerverbandes nicht einverstanden erklären würde, war vorauszusehen. In der Tat wendet sich diese Eingabe auch gegen die Partei, die der Abg. Hasencleber vertritt.

**Abg. Imbusch (Z.):**

fordert gleichfalls eine Reform der Gewerbegerichte. Beim Kapitel „Lohnfrage“ wendet sich

**Abg. Imbusch (Z.):**

entschieden gegen eine Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter, die um so weniger begründet sei, als sich die Leistungen der Arbeiter geboten hätten. Aus dem Saarrevier kommen zahlreiche Klagen über Entlassungen und Lohnreduzierungen, die nicht gerechtfertigt sind. Der Etat ist so günstig, daß eine Lohnerhöhung durchführbar ist.

**Oberberghauptmann v. Bessen:**

Seit Jahren sind die Löhne beständig gestiegen. Entlassungen werden nur dann vorgenommen, wenn es zur Aufrechterhaltung der Disziplin erforderlich ist.

Nach der Tagesordnung kommt Abg. Dr. Schifferer (nat.) auf die zu Beginn der Sitzung vom Abg. Dr. Brütt abgegebene Erklärung zurück und betont, daß er dem Abg. Brütt schon in der Kommission angeklagt habe, daß er die Bemerkung des Abg. Brütt über die wirtschaftliche Bedeutung des Reichs für die Provinz Schleswig-Holstein im Vortrage zur Sprache bringen werde. Ein Verstoß falle ihm daher nicht zur Last. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen zwischen den Abgg. Dr. Brütt und Dr. Schifferer, die aber vom Vorsitzenden Vizepräsidenten Dr. v. Krause für nicht persönlich erklärt werden, verlegt das Haus die Weiterberatung des Verzeits auf Freitag 11 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Kolonialbahnen.

Nach einer längeren Staats- und etatsrechtlichen Debatte über den Antrag Erzberger, den für Landespolizei und Schutztruppe in Südwestafrika zu leistenden Reichszuschuß künftig als Fehlbetrag in den Etat einzustellen, trat am Mittwoch die Budgetkommission des Reichstages in die Beratung des Ambobahn-Projektes ein. Die 305 Kilometer lange Ambobahn, die eine große, von schwarzen Arbeitern nur schwer und mit vielen Opfern zu passierende Durchstraße durchquert, zweigt bei Ojibawana von der Otavibahn ab und geht über Oujjo nach Otavabane. Die Regierungsgeschichte hat die Dringlichkeit des Bahnbaues, der als erste Rate 5 Millionen Mark erfordert, mit ihrer Fürsorge für die Arbeiterinteressen begründet. Abg. Waldstein (Sp.) als Referent empfahl die Bewilligung. Abg. Numan (Wirtsch. Pa.) brachte die bei der Ruandobahnfrage vom Zentrum eingebrachte Resolution, die sich gegen staatlichen Arbeitszwang und Befehlshaltung des Landes durch Weisung, für Arbeiterschutzbestimmungen und Freiheit des Arbeitsvertrages erklärt, erneut ein. Abg. Erzberger (Z.) forderte, daß in der Resolution auch der Schutz der Eingeborenen bei der Anwerbung und Heimbeförderung durch Arbeiterkommissare gesichert werde und begründete eine Resolution, die für den Norden des südwestafrikanischen Schutzgebietes eine solche Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse verlangt, daß eine ungehörige und sachgemäße Erschließung des Landes sich vollziehen kann. Die Resolution ist gegen Spekulationsgesellschaften gerichtet, die bisher nichts für die Förderung der Kolonie getan haben, von dem Bahnbau aber große Vorteile haben würden. Genosse Ledebour trat den Ausführungen Erzbergers bei und betonte, daß die Ruhe der Bahnbauten zu entsprechenden Leistungen herangezogen werden müßten. Die Tatsache, daß der Abg. Semler zuerst die Bahn ge-

fordert habe, sei Beweis genug, daß mit der Bahn die kapitalistische Ausbeutung des Ambolandes bezweckt werde. Die Sozialdemokratie habe keine Veranlassung, durch ihre Zustimmung zu dem Bahnbau sich zur Förderung kapitalistischer Profitinteressen zu machen. Staatssekretär Dr. Solff sprach durch die Aufstellung von Elendsbildern aus dem Ambolande, durch Appellierung an die Menschheitsfreundlichkeit und durch Verlesung einer Depesche des Gouverneurs, in der die Notwendigkeit der Ambobahn nochmals betont wird, eine bewilligungsfreudige Stimmung in der Kommission zu erzeugen. Genosse Kocke forderte unter Hinweis auf die Verlosigkeit papierner Resolutionen die sofortige Aufhebung der ortsrechtlichen Arbeitsordnungen, ohne die an eine Reform der Arbeitsverhältnisse in Südwestafrika nicht gedacht werden könne. Ein vom Abg. Erzberger eingebrachter Antrag will die Grundeigentümer, Besitzer von Bergwerksrechten usw. bei Eisenbahn-, Straßen-, Hafen- und Strombauten im Wirtschaftsbereich dieser Anlagen zu entsprechenden Leistungen für das Schutzgebiet herangezogen wissen. Die Regierung erwiderte hierin eine Durchbrechung der Abgabefreiheit und erklärte sich, unterstützt vom Abg. Grafen Westarp (L.) dagegen; jedenfalls müsse die Frage erst durch den Bundesrat geprüft werden. Da die Regierung auf die von Kocke erhobenen Forderungen nicht einging, nahm Genosse Koch noch einmal Gelegenheit, die für die Sozialdemokratie maßgebenden Gründe gegen den Bahnbau darzulegen. Genosse Ledebour protestierte gegen die von der Regierung beabsichtigte Auslegung des Prinzips der Abgabefreiheit, wies auf die Konsequenzen dieser Haltung hin und plädierte für Annahme des Antrags Erzberger. Genosse Henke ergänzte die von seinem Fraktionskollegen gegen die Bahn erhobenen Bedenken in wesentlichen Punkten. Hierauf wurde die Resolution Annum und der Antrag Erzberger mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Ambobahnprojektes gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen. Der Rest des Etats und die Petitionen wurden alsdann erledigt.

### Schutz militärischer Geheimnisse.

Am Mittwoch wurde in der Reichstagskommission die Debatte über den Presseparagrafen fortgesetzt. Es zeigte sich im Verlaufe der Beratung, daß die konservativen und Nationalliberalen zum Umfalle bereit sind und den von der gesamten Presse als unannehmbar zurückgewiesenen § 9 des Entwurfes in einer etwas veränderten, aber gleichfalls die Presse schwer bedrohenden Fassung zur Durchführung bringen möchten. Auch ein Teil der Fortschrittler befürwortete die Forderung, sich den Forderungen der Gesetzesverwaltung zu unterwerfen. In der Abstimmung wurde nach längerer Debatte ein nationalliberaler Antrag: „Wer fahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Öffentlichkeit gelangen läßt, wird mit Gefäng-

nis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft, wenn er nach den Umständen annehmen muß, daß die Preisgabe des Geheimnisses einen schweren Schaden für die Sicherheit des Reiches zur Folge haben kann“, gegen die konservativen und nationalliberalen Stimmen abgelehnt. Ein Antrag wurde der Satz der Regierungsvorlage: „Wer fahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Öffentlichkeit gelangen läßt“ abgelehnt. Es ist aber damit zu rechnen, daß in der zweiten Kommissionslesung der Verstoß, den Presseparagrafen zu schaffen, mit vermehrten Bemühungen wiederholt wird.

### Diebstahlische Wahlzettel.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat am Mittwoch die Prüfung des im Wahlkreise Labiau-Wahlkreis genährten konserverativen Obersten a. D. v. Rasso fort. Letzterer wurde in der Stichwahl gegen den fortschrittlichen Bürgermeister Wagner gewählt. Die Mehrheit betrug rund 400 Stimmen. Gegen die Wahl liegt ein umfangreicher Protest vor, der eine Anwesenheit der von den konserverativen in Stelbitten beliebten unläuteren Wahlmittel aufzählt. Neben Einschüchterung der Wähler durch Androhung von allerhand Nachteilen und Eingriffen von Antipersonen in die Wahlstation zugunsten des konserverativen Kandidaten spielen Stimmenkauf und Verteilung von Schnaps eine erhebliche Rolle. Unter anderem wird angeführt, daß ein Gutsbesitzer seinen Anwalt dortortig schlug, daß mehrere Tage bettlägerig war. Grund: er erwiderte ihm beim Lesen eines liberalen Flugblattes: „Du darfst solch einen Mist überhaupt nicht lesen. Du hast konserverativ gewählt“, lautete die Beleidigung, die dem Geschlagenen dabei zuteil wurde. In einem Falle wird die Krankenhausverwaltung als Zeuge dafür benannt, daß Wähler wegen Alkoholbergung, die sie sich durch den konserverativen Wahlknaps zugesprochen hatten, ins Krankenhaus eingeliefert worden sind. So liegen noch duzendweise typische Beispiele dafür an, wie in Stelbitten konserverativ Wahlen gemacht werden. Die Prüfung der Wahl wird nächste Woche fortgesetzt.

### Frauen-Leseabende.

Mariendorf. Der für Freitag, den 13. März, beabsichtigte Leseabend fällt wegen der hohen Woche aus. Er findet jetzt am Dienstag, den 24. März, statt.

### Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Pionier, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97: Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Todes-Anzeigen

Nach langen schweren Leiden verstarb am 9. März mein innig geliebter Mann, unser herzensguter Vater  
**Emil Blumenthal**  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Marie Blumenthal**  
Beerdigung: Freitag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, Weihenker, Lothringenstr. 10, neue Halle.

## Sozialdemokratischer Wahlverein

L. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Frankfurter Viertel. Bez. 279 I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metallarbeiter  
**Emil Blumenthal**  
(Wohnstr. 16) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des jüdischen Friedhofes in Weihenker aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner  
**Emil Blumenthal**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der neuen Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihenker, Lothringenstr. 10, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Beerdigungsverein

der Zimmerleute Groß-Berlins.  
Am Montag, den 9. März, abends 11 1/2 Uhr, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Zimmer- und Zimmermeister  
**Julius Schröder**  
Lichtenberg, Sonntagstr. 4, im 63. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes, Südstr. 10, aus statt.  
Der Vorstand.

## Minnaowitzkat

geb. Balzkat  
Für die trauernden Hinterbliebenen  
**Johannowitzkat**  
Weihenker, Lothringenstr. 18.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Bekannten und Freunden geben wir hiermit die Nachricht, daß unser Kollege  
**Emil Blumenthal**  
2. Kassierer der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, am Montag, den 9. d. Mts., gestorben ist.  
Der Verstorbene war uns stets ein Freund und guter Kollege. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des jüdischen Friedhofes, Weihenker, Lothringenstr. 10, aus statt.  
Die Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin.

## Sozialdemokratischer Wahlverein

Charlottenburg.  
Gruppe III.  
Den Vereinstagungsmitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Steinbrudermaschinenmeister  
**Gustav Splettslöber**  
Wendischstr. 77  
am 8. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Weihenker, 37/38 statt.  
Die Genossen ver sammeln sich 3 1/2 Uhr vor dem Krematorium.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler  
**Anton Dawitzki**  
am 9. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Sebastian-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

## Willen Freunden und Bekannten

die traurige Mitteilung, daß am Sonntag, den 8. März, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter  
**Marie Beierle**  
geb. Straußmann  
nach langen schweren Leiden entschlafen ist.  
Die Einäscherung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr, in dem Krematorium Baumhulmenweg, Riechholzstraße, statt.  
Dieses zeigt hierüber an  
**Julius Beierle** nebst Kindern,  
Baumhulmenweg.  
Kranke dankend verbeten!

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Wilhelm Witzke**  
lage allen daran Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
Der Verstorbene dankt.  
Der Verstorbene dankt.

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Nachruf.  
Am 6. März verstarb unser Mitglied  
**Alfred Hänel**  
Lichtenberg, Sophienstr. 9.  
Durch seine tüchtige Tätigkeit als Mitglied der Agitationskommission sowie als Vertrauensmann für Berührungszwecke hat er sich bei allen Genossenschaften ein dauerndes Andenken gesichert.  
Die Beerdigung fand am Mittwoch in Marienbad statt.  
Die Verwaltung.

## Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Karl Stoppel**  
welcher im Betriebe der Gasanstalt Wilmanns beschäftigt war, verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Borsigwalde statt.  
Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Schiffszimmerer Deutschl.

Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Willi Graßnick**  
am 8. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichshagen aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Spezialarzt

Dr. med. Wöckentz, Friedrichstr. 125 (Oraniend. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berührung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8—3, Sonntags 9—11.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1209, 1987, 9714.  
Achtung! Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes.  
Wegen der Beerdigung des Kollegen Blumenthal ist das Verbandsbureau Freitag, den 13. März, von 1-5 Uhr geschlossen.  
Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin · Büro: C 25, Münzstr. 20  
Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikern-Cälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:  
Anherordentl. Mitglieder-Versammlung.  
Tagesordnung:  
1. Der Verbandstag in Hannover.  
2. Wahl von 6 Delegierten.  
3. Verschiedenes.  
Kolleginnen und Kollegen!  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen jedes Mitgliedes dringend notwendig. Wegen der Wahl der Delegierten verweisen wir besonders auf das in Nr. 5 der „H.-Z.“ veröffentlichte Reglement. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.  
Voraufrige: Am Freitag, d. 30. März, findet in dem Lokal unserer Jahres-Generalversammlung (Wahlrechtsbericht, Neuwahlen etc.) statt.

## Offene Füße

Krampfadergeschwülste, wenn auch voralt u. hartnäck., schmerzhaftes Wunden, unerrögl. Jucken heilt ohne Nachteil die mild wirkende „Ollanda-Salbe“ besonders für empfindsame Leiden. Sofort kühlend und lindern, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge! — M 1.— u. 2.50.  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

## Achtung!! St. Felix - Brasil

gestreckte Blätter. Havanaqualität, pro Pfd. M. 1.70.  
**Hamburger Rohtabak - Haus**  
Filiale: Berlin N, Braunnstraße 25.

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 16-26.  
Wir empfehlen:  
**guten, reinen Kakao, lose, à Pfund 84 Pf.**  
Ferner Freitag und Sonnabend in allen Verkaufsstellen:  
**Australische Kaninchen.**  
Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die nächste Besichtigung unserer Betriebsanlagen am Sonntag, den 22. März 1914, stattfindet.  
Der Vorstand.

**Drei Tropfen Kaol**  
geben schmutzigstem Metall Dauerglanz  
Unentbehrlich für Autos  
Überall zu haben in Flaschen.

**Radfahrräderarten Wanderräderarten**  
hält stets vorräthig  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 18 (Coden)

**Möbel**  
kaufen ist Verantw. soz. d. Nation. Sie nur gut gearbeitete Möbel. Lieferung nach allen Ländern Deutschlands gegen die kulantesten Bedingungen. Versuchen Sie meine reich ausgestatteten, mit ganz 100 Abmessungen versehenen Preislisten, bevor Sie kaufen. Besondere Teilzahlung.  
**Möbel Ehrlich's**  
Versand-Abteilung  
Berlin, Alte Schönhauser Str. 32.  
Gegründet 1890.

**Borussia - Festsäle**  
Telephon: Amt Norden 2674  
Opf. Georg Wolffgramm, Adlerstr. 6/7 empfiehlt seine 4 Säle mit 100 bis 800 Personen fassend, zu Verammlungen und Festlichkeiten.  
NB. März und April ist der große Saal noch einige Gemeindegemeinschaften und Comitate frei.  
**Bettfedern**  
Reinigung  
durch elektrischen Betrieb.  
Normaler Stand M. 3.—  
Freie Abholung und Zustellung.  
**R. & S. MOSES**, Reinickendorfer Straße 9-10, Tel. Nord 1417.  
**Dabersche Spelse - Kartoffeln**, gut mehlig, à Str. 2.90 frei Haus.  
Berlin, Lohmühlenstr. 26, Rentner.

